

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. Dezember 1910

3. Heft

Adolf Braun: Internationale Gewerksgenossenschaften

Nach monatelangen heftigen Kämpfen in der Presse der Gewerkschaften und auch in den politischen Organen sind wir nun endlich zum Zusammentritt der Vertrauensleute der tschechisch-separatistischen und der internationalen Organisation gelangt, von denen wir alle hoffen, dass sie aus den Irrungen und Wirrungen, von denen kein Teil des Proletariats einen Nutzen haben kann, einen Ausweg weisen werden. Sicherlich ist für die internationale Gewerkschaftsbewegung der Friedensschluss sehr schwierig, weil sie auf vom internationalen Kongress zu Kopenhagen als notwendig Erklärtes nicht verzichten kann. So sehr wir es zu bedauern haben, wir können es nicht ändern, dass auf absehbare Zeit neben der internationalen Gewerkschaftsorganisation tschechisch-separatistische marschieren werden. Das getrennte Marschieren ist eine Tatsache. Wir müssen wenigstens vereint schlagen.

Die internationale Gewerkschaftsorganisation erkennt die Schwierigkeit der Lage an, sie weiss sie aber einigermaßen auszugleichen durch eine starke Friedensliebe, durch ein energisches Streben, trotz aller Schwierigkeiten, mit denen wir weiter rechnen werden, die Schlagkraft des Proletariats im wirtschaftlichen Kampfe gegen das Unternehmertum unter keinen Umständen mindern zu lassen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung beurteilt den Konflikt mit der separatistischen Gewerkschaftsbewegung und die Notwendigkeit, diesen Zwist aus der Welt zu schaffen, ausschliesslich vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkte. Sie empfindet die Nachteile, die das Nebeneinanderbestehen zweier gewerkschaftlicher Organisationen in den gleichen Berufen gegenüber dem sich immer kräftiger und einheitlicher in Arbeitgeberverbänden und in Kartellen organisierenden Unternehmervereinigungen haben würde; in Erkenntnis dieser Nachteile sucht sie nach Formen, unter denen die gewerkschaftliche Schlagfertigkeit trotz des Nebeneinanderbestehens zweier Typen der Gewerkschaftsbewegung nicht gemindert werden soll.

Wer sich an den Diskussionen beteiligen will, die zur Klärung der Differenzen über den Gewerkschaftstreit führen sollen, der muss sich seiner grossen Verantwortlichkeit bewusst sein, der muss sich klar darüber sein, dass es sich heute nicht darum handeln kann, das theoretisch Wünschenswerte, das wir — wenn auch vergeblich — genug betont haben, noch einmal als notwendig hinzustellen. Wir müssen uns damit bescheiden, das zu verlangen, was uns als das Minimum des zu Gewährenden erscheint; uns bei den grössten Opfern, zu denen man sich entschliessen kann, doch das unbedingt Notwendige zu sichern: den gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wie aus dem Wesen der Diskussion hervorgeht und wie es dem Charakter des „Kampf“ als eines Diskussionsorganes für die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich entspricht, sind die Ausführungen dieses Artikels selbstverständlich nur Beiträge zu einer Diskussion, die durchaus unabhängig, lediglich unter der Verantwortlichkeit des Verfassers veröffentlicht werden. Die Redaktion des „Kampf“ hielt sich verpflichtet, zu der von den Vertretern der Internationale wie der tschechisch-separatistischen Gewerkschafts-

organisation gewünschten Diskussion Stellung zu nehmen, sie hat deshalb erheblich früher die Dezemberrummer erscheinen lassen.

Auch wenn die Selbständigkeit und vollkommene Unabhängigkeit der tschechisch-separatistischen Gewerkschaftsorganisationen zugestanden werden soll, ergeben sich Probleme, deren Lösung zu einem Frieden und zu gemeinsamem Zusammenwirken tschechisch-separatistischer und internationaler Gewerkschaftsorganisationen führen soll. Beide Organisationen haben das Interesse, dass der Konkurrenzkampf zwischen ihnen aufhöre, dass nicht gewerkschaftliche Kraft vergeudet werde in der Bekämpfung von Bruderorganisationen und dass die ganze agitatorische Kraft und alles organisatorische Streben gerichtet werde auf die gewaltigen Massen von Indifferenten, die in unsere Organisationen einzugliedern höchste Aufgabe und Lebensinteresse jeder gewerkschaftlichen Vereinigung sein muss. Dann ist es gemeinsames Interesse der beiden gewerkschaftlichen Organisationen, dass wir mit allem Nachdruck dem Unternehmertum die Forderungen nach Verbesserung der Lohn- und allgemeinen Arbeitsbedingungen präsentieren, dass wir aussichtslose Kämpfe vermeiden, jede Möglichkeit aber ausnützen, um mit Erfolg die Löhne der Arbeiter zu steigern, ihre Arbeitszeit zu senken und die soziale Stellung der Arbeiter auch in den Betrieben zu heben. Hierzu die Arbeiter zu schulen, ihre finanziellen und moralischen Mittel zu steigern und in ungebrochenen Kampfeslinien das Proletariat aufmarschieren zu lassen, das ist die grosse Aufgabe, bei deren Erfüllung kein Tag versäumt werden soll, bei der wir uns nicht schwächen lassen sollen durch organisatorische Einrichtungen, die diesen Zweck in Frage stellen könnten.

Diesen gemeinsamen Interessen, die für die tschechisch-separatistischen wie für die internationalen Gewerkschaftsorganisationen in gleicher Weise gelten, läuft parallel eine Reihe von Wünschen der tschechisch-separatistischen Organisationen, die sich durch ihre Trennung aus der gemeinsamen österreichischen Organisation um so manche Vorteile gebracht haben. Die Genossen in den tschechisch-separatistischen Organisationen entbehren das Gegenseitigkeitsverhältnis mit den internationalen Organisationen in Oesterreich und mit den ihnen verbündeten Organisationen im Auslande. Die Gegenseitigkeit soll den reisenden Mitgliedern den Eintritt in die anderen Organisationen ohne Eintrittsgeld und ohne sonstige Prüfung ermöglichen, soll den Genuss von Unterstützungen, vor allem der Reiseunterstützung, bei den Kassen der anderen Organisationen sichern, soll die Vorteile der gewerkschaftlichen Freizügigkeit jedem Mitgliede schaffen. Hohes Interesse haben die separatistischen tschechischen Organisationen dann an der Anerkennung nicht nur durch die österreichischen, sondern durch die ausländischen Gewerkschaftsorganisationen, an ihrer Aufnahme in die internationalen Gewerkschaftsunionen und in den Verband der internationalen Gewerkschaftssekretäre, so dass ihre Ebenbürtigkeit dann von niemand in Frage gestellt werden könnte.

Trotz der mit dem Streben nach Einigung auf das engste verknüpften Wünsche werden sich auch beim grössten Optimismus immer wieder Differenzen als möglich, ja als naturgemäss ergeben, weil die zwei Organisationen bedeutsame Gemeinsamkeiten haben werden. Um diese Differenzen auszugleichen, müssen Friedensgarantien gegeben sein durch Kommissionen, die aus Vertretern beider Organisationen bestehen würden.

Ein ganz bedeutsames Problem, das auf das innigste verknüpft ist mit den tschechisch-separatistischen und den internationalen Gewerkschaftsorganisationen, ist die Abgrenzung zwischen diesen beiden Organisationskörpern. Diese wichtige Frage wird in einem besonderen Artikel behandelt werden. Hier wollen wir vor allem die im engsten gewerkschaftlichen Sinne entscheidenden Fragen behandeln, die des gemeinsamen Schlagens gegen den gemeinsamen Feind, gegen das Unternehmertum und die Frage der Gegenseitigkeit im Zusammenhange mit den sich hieraus ergebenden organisatorischen Gestaltungen.

Wenn wir von den praktischen Erwägungen ausgehen, was die Gewerkschaften in Oesterreich heute sind und was die Masse der Arbeiter von ihnen erwartet, so finden wir in den Vordergrund der Aufgaben gestellt die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses. Sie kann den Unternehmern abgerungen werden durch den eindrucksvollen

Nachweis der Stärke der Gewerkschaftsorganisation wie durch gewandte, den Zeitpunkt richtig wählende Verhandlung auf Grund genauer Abwägung des in einem bestimmten Augenblick Erreichbaren. Dieser günstige Fall bildet aber leider noch lange nicht die Regel; mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln, vor allem mit dem Streik, muss den Unternehmern abgerungen werden, was im Interesse der Arbeiter gefordert werden muss. Diese beiden Wege zum Erfolge der Arbeiter hängen enger zusammen, als viele meinen. Vermag ich, als Unterhändler, dem Unternehmer zu beweisen, dass hinter mir eine gewaltige Masse organisierter Arbeiter und erhebliche, für den Streik zur Verfügung stehende Geldmittel vorhanden sind, so werde ich weit leichter auf friedlichem Wege den Unternehmern Zugeständnisse abringen, als wenn ich nur mit einem Bruchteile der wirklichen Arbeiterschaft auf ihn einzuwirken vermag. Hier zeigt sich schon, von welcher Bedeutung die Einheitlichkeit nicht nur des Lohnkampfes, sondern auch der Lohnbewegung für die Arbeiter ist. Diese Einheitlichkeit lässt sich aber nicht wie ein einfaches Additionsexempel herstellen; es muss eine wirkliche Zusammenfassung der Arbeiterkräfte vorhanden sein, um auf den Unternehmer nachdrücklichen Eindruck zu machen. Das Additionsexempel erscheint so manchem Unternehmer wie eine Subtraktionsrechnung, er erwartet — leider nicht immer mit Unrecht — dass die Arbeiter, verschiedenen Organisationen angehörend, sich fremd und feindlich gegenüberstehen, nicht mit Herz und Liebe zusammenwirken, sondern in dem Erfolge der anderen nicht immer erfreulichen Nutzen der eigenen sehen. Ist also schon für die Lohnbewegungen eine einheitliche gewerkschaftliche Formation unentbehrlich, so ergibt sich ihre Notwendigkeit in noch weit höherem Masse für den gewerkschaftlichen Kampf im engsten Sinne. Wir sehen das Unternehmertum Gefahr und Verantwortung des Einzelkampfes abwälzen auf die Gemeinsamkeit der Unternehmer, wir sehen uns deshalb immer häufiger vor Riesenkämpfe gestellt, die die Verantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation auf das höchste steigern, die uns weiter zwingen, Mittel anzuwenden, insbesondere finanzielle Mittel, die dem Arbeiter noch vor kurzem, wenn man von ihnen sprach, als phantastische Uebertreibungen galten, die aber heute bei jedem Kampfe in Berechnung gezogen werden müssen, uns also nötigen, mit ihnen auch in ruhiger Zeit zu rechnen. So ergibt sich die Notwendigkeit, zu kompakten gewerkschaftlichen Massen zu gelangen, ohne die der gewerkschaftliche Erfolg auf das höchste in Frage gestellt würde. Wie schon die Betrachtung der Lohnbewegung lehrt, ist diese Einheitlichkeit des Lohnkampfes nicht nur im Augenblicke des Kampfausbruches, sondern stets notwendig. Wir müssen deshalb — unbeschadet des Nebeneinanderbestehens internationaler Gewerkschaften und tschechisch-autonomer — die innige Gemeinschaft von Lohnbewegungen und Lohnkampf mit den hierzu erforderlichen organisatorischen und finanziellen Gemeinschaften als unentbehrlich, als gleich unentbehrlich für alle Arbeiter, in welcher der beiden Organisationsformen sie sich auch sonst wohl fühlen mögen, betrachten.

Heute schon bestehen aus Rücksicht auf unsere rückständige Gesetzgebung neben den Gewerkschaften freie Organisationen, die dem Lohnkampf ausschliesslich gewidmet sind. Die Gewerkschaftsorganisationen sollen nun unter Berücksichtigung der bestehenden Scheidung weiter bestehen bleiben, ohne durch die Neugestaltungen im wesentlichen berührt zu werden. Aber was die freien Organisationen bis nun zu leisten hatten, soll restlos übergehen in eine gemeinsame Organisation, deren Zweck erschöpft wäre in der Führung aller Lohnbewegungen und Lohnkämpfe, ihrer Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen. All die Aufgaben, die die Streikreglements den Gewerkschaften heute auferlegen: Prüfung der Voraussetzung des gewerkschaftlichen Kampfes, seine Bewilligung oder Ablehnung, seine Führung und Beaufsichtigung, wie sein Abbruch oder der Abschluss mit dem Unternehmer, all das fiele dieser neuen Organisation zu. Ihr müssen natürlich die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Kämpfe führen zu können, und zwar die Mittel, die bisher in die Streikfonds der einzelnen Organisationen geflossen sind. Diese Mittel und eventuell für Lohnkämpfe aufgenommene Anlehen sollen ausschliesslich für die Kosten der Lohnbewegung und Lohnkämpfe verwendet werden dürfen. Die Verwaltung dieser Gelder wie die Erfüllung der Ausgaben dieser Organisation fiele einer Neuschöpfung zu, die einen von den bisher bestehenden Verbänden

durchaus verschiedenen Titel tragen sollte. Wir schlagen dafür vor, ohne auf die Worte besonderen Wert zu legen, den Namen Internationale Gewerksgenossenschaften. Das war der Name der auf Grund der Beschlüsse der internationalen Arbeiterassoziation geschaffenen Gewerkschaften, die sich im wesentlichen mit der Vorbereitung und Durchführung von Streiks beschäftigen sollten. Die Verwaltung dieser vorgeschlagenen internationalen Gewerkschaftsgenossenschaften mit ihrem Vermögen und ihren Einnahmen, mit der Registratur ihrer Mitglieder, mit ihrer Korrespondenz über die angezeigten Streiks, mit ihrer Untersuchung der Voraussetzungen und Aussichten der Streiks, wäre einem neu zu schaffenden Sekretariat mit nach Notwendigkeit ihm unterstellten Beamten anzuvertrauen. Im Verhältnis zu der Zahl der Mitglieder wäre ein Gewerkschaftsrat zur Aufsicht über das Sekretariat, vor allem zur Beratung über die Bewilligung, beziehentlich Ablehnung von Streiks, zur Entscheidung über die Beendigung von Arbeitseinstellungen u. s. w. einzusetzen. Dieser Gewerkschaftsrat kann aus Delegierten der internationalen und separatistischen Verbände zusammengesetzt werden, er könnte aber auch direkt auf besonderen Generalversammlungen erwählt werden. Für jede Industriebranche, beziehentlich dort, wo noch Branchenorganisationen bestehen, für jede Branche, wäre eine internationale Gewerksgenossenschaft zu gründen, mit dem dazugehörigen Gewerkschaftsrat. Für alle Gewerkschaften wäre als eine höchste Appellinstanz und als Ausgleichsorgan bei Grenzstreitigkeiten und anderen Differenzen ein Generalrat zu schaffen, der unter Berücksichtigung der Berufsgruppen wie der Nationalitäten innerhalb aller Gewerkschaftsmitglieder jeder klassenbewussten Richtung in Oesterreich zusammengesetzt werden soll. Zur Erledigung einfacherer Geschäfte könnte sich dieser Generalrat aller Gewerkschaften Oesterreichs ein Exekutivkomitee mit genau begrenzten Rechten, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten schaffen.

Diese internationalen Gewerksgenossenschaften würden die Einheitlichkeit des Gewerkschaftskampfes garantieren, sie würden hinter die naturgemäss an Mitgliedern und Finanzen schwachen tschechischen separatistischen Gewerkschaftsorganisationen die Gesamtkraft aller klassenbewussten organisierten Arbeiter des betreffenden Berufes, ja unter Umständen aller Berufe in Oesterreich stellen. Für die internationalen Gewerkschaften hätte aber diese Einheitlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes wie für die tschechischen separatistischen Genossen bedeutsamen Vorteil, indem zwischen den höheren Löhnen im geschlossenen deutschen Sprachgebiete und den niederen Löhnen im geschlossenen tschechischen Sprachgebiete, nicht so starke Spannungen wie bisher bestehen bleiben können, so dass auf der einen Seite die niederen Löhne im tschechischen Gebiete kräftig gesteigert werden, während die Weiterbewegung der Löhne im deutschen Sprachgebiete nicht gehemmt werden würde.

So geht aus diesen Erwägungen hervor, dass die internationalen Gewerksgenossenschaften den Interessen aller Arbeiter, unbeschadet ihres sonstigen Organisationsstandpunktes, zugute kommen würden. Jedes Misstrauen zwischen den Arbeitern, die aus dem gemeinsamen Fonds Gelder beanspruchen würden, wäre da bei gutem Willen nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen. Nicht wäre dies aber der Fall, wenn man auf die Vorschläge, die von separatistischer Seite gemacht wurden, einginge. Wir kämen da zu dem längst veralteten und überall aufgegebenen Standpunkt, dass die Arbeiter der einzelnen Betriebe ohne Rücksicht auf die allgemeinen Interessen und Mittel über den gewerkschaftlichen Kampf entscheiden würden und dass über die Verwendung der Mittel in einseitiger Weise verfügt würde. Das Misstrauen bei jedem Streik, dass die andere Organisation lediglich mit Rücksicht auf die Mittel der eigenen Organisation Streiks wage, wäre nicht aus der Welt zu schaffen. Ununterbrochenes Misstrauen, Streit und Differenzen würden herrschen, sie würden von neuem zur Trennung führen.

Zur Betonung des Einigenden sind klare finanzielle Verhältnisse zwischen den beiden Organisationen unbedingt erforderlich. Dies gilt auch für die Gegenseitigkeit. Die Gegenseitigkeit hat moralische und finanzielle Bedeutung. Die moralische Bedeutung besteht in der Anerkennung vollkommener Gleichwertigkeit der eigenen gewerkschaftlichen Organisation mit allen anderen, die sich in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit ihr begeben. Schon diese Anerkennung wäre nach dem Beschluss des Kopenhagener Kongresses von der grössten Bedeutung für die autonomen

Organisationen der tschechischen Arbeiterschaft. In dieser Anerkennung läge schon ein ausserordentliches Zugeständnis der internationalen Organisation und ein schwer in seiner ganzen Bedeutung zu würdigender Vorteil für die separatistischen Organisationen in Böhmen. Aber diese Gegenseitigkeit hat noch eine andere, die finanzielle Seite, die besonders bei der Reiseunterstützung zum Ausdruck gelangt. Es ist anzunehmen, dass zwar sehr viele Arbeiter aus dem geschlossenen tschechischen Sprachgebiet in das der internationalen Gewerkschaften wandern dürften, während die Arbeiter nur zu einem sehr geringen Teil aus anderen Gebieten in das geschlossene tschechische Sprachgebiet einwandern oder durch dieses wandern dürften. Hieraus würde sich somit eine sehr schwere finanzielle Belastung der internationalen Gewerkschaften zum Vorteil der wandernden Mitglieder der tschechisch-separatistischen Gewerkschaftsorganisationen ergeben, währenddem eine nur irgendwie ins Gewicht fallende Gegenleistung zugunsten der Mitglieder der internationalen Gewerkschaften kaum angenommen werden kann, da die Wanderung in die Gebiete der höheren Löhne, nicht in das der schlechteren Löhne geht. Aus diesen Erwägungen dürfte man im Falle des Zugeständnisses der Gegenseitigkeit doch die Einschränkung machen müssen, dass diese Gegenseitigkeit nur möglich sei im Falle der gegenseitigen Verrechnung der Leistungen für die Mitglieder anderer Organisationen. Derartige Methoden sind nicht selten zwischen Gewerkschaftsverbänden, es geschieht damit also keine unbillige und neue Zumutung an die tschechisch-separatistischen Organisationen. Die anderen Fragen der Gegenseitigkeit, wie der Eintritt der Mitglieder aus einer Organisation in die andere mit gleichen Rechten, würde aus naheliegenden Gründen den Genossen aus der tschechisch-separatistischen Organisation erheblich grössere Vorteile bieten wie den internationalen Organisationen, doch dürfte hier leichter neben dem moralischen auch ein finanzielles Zugeständnis für die tschechischen Genossen zu erzielen sein.

Würde man über die Schaffung der internationalen Gewerksgenossenschaften, über die Gegenseitigkeitsleistungen und Verrechnungen und über die Abgrenzung der gewerkschaftlichen Organisationen einig sein, so würden die anderen Wünsche der separatistisch-tschechischen Organisationen, so ihre Anerkennung als gleichberechtigte Verbände durch die Gewerkschaften des Auslandes, ihr Eintritt in die internationalen Verbände der Gewerkschaftszentralen wie der einzelnen Berufsverbände leicht durchzusetzen sein.

Wir glauben, das Aeusserste festgestellt zu haben, was von den internationalen Gewerkschaftsorganisationen bei Anerkennung der separatistischen Verbände zugestanden werden kann. Das getrennt Marschieren und vereint Schlagen wäre dann möglich und aus dem unseligen Streite könnten alle als Freunde und Sieger hervorgehen, niemand hätte als Feind und Besiegter zurückzubleiben. Wohl wissen wir, dass die Abmachungen, die die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie angeregt hat, selbst bei bestem Gelingen nur die Voraussetzung einer Einigung, nicht die Einigung selbst bedeuten kann. Diese Einigung kann erst zur Tatsache geworden sein, wenn in allen Gewerkschaftsverbänden der Ausgleich auf Grund der Abmachungen der demnächst wieder zusammentretenden Einigungskommission erledigt sein wird. Um das Verfahren zu erleichtern, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, wird es sich empfehlen, Musterstatute für die von mir vorgeschlagenen internationalen Gewerksgenossenschaften auszuarbeiten.

Es ist ein schwieriges Werk, das nun begonnen wird, es ist aber eine notwendige Arbeit, die erledigt werden muss. Sie wird im Interesse des klassenbewussten Proletariats erfüllt werden, wenn an Stelle des Misstrauens und der Furcht vor dem andern Vertragsschliessenden sozialistischer Geist, das Gefühl der Solidarität, die Erkenntnis von der Bedeutung der Internationalität und von der Wichtigkeit des Klassenkampfes im allgemeinen wie des gemeinsamen Lohnkampfes der Arbeiter jedes Berufes gegen die Unternehmer die Massen in beiden Lagern wie ihre Vertreter und Unterhändler nun und künftig stets erfüllen wird.

Otto Bauer: Personalitätsprinzip und Territorialprinzip in den Gewerkschaften

Die Vertreter der Prager Gewerkschaftskommission haben der von der Gesamt-exekutive einberufenen Verständigungskonferenz einen sorgfältig ausgearbeiteten Antrag vorgelegt, in dem die Mittel aufgezählt wurden, die die Separatisten anwenden wollen, um den Krieg in den österreichischen Gewerkschaften zu beenden.

Der Antrag unserer tschechischen Genossen geht von der Voraussetzung aus, dass die separatistischen Organisationen fortbestehen sollen. Das ist nicht verwunderlich. Die Prager Parteileitung und die tschechoslawische Gewerkschaftskommission haben die tschechische Arbeitermasse gelehrt, dass sie nur in selbständigen tschechischen Organisationen ihr Heil suchen könne; sie können natürlich nicht heute widerrufen, was sie gestern noch gepredigt haben. Wer den Frieden will, muss damit rechnen, dass die separatistischen Organisationen heute nicht aufgelöst werden können. Es kann sich heute nur darum handeln, die separatistischen Organisationen der internationalen Gesamtorganisation einzuordnen, nicht darum, sie aufzulösen. Wir begreifen sehr wohl, dass es den zentralistisch gesinnten Genossen schwer wird, die separatistischen Organisationen anzuerkennen. Aber ohne diesen Entschluss ist die Beendigung des inneren Kampfes in den Gewerkschaften, der den Klassenkampf gegen das Unternehmertum erschwert, unmöglich. So gewiss es ist, dass die internationale Union eine zweckmässigere Form der gewerkschaftlichen Organisation ist als die Föderation internationaler und nationaler Organisationen, so ist es doch, wenn und solange die Union nicht erreicht werden kann, immer noch besser, wenn die separatistischen Organisationen einer internationalen Gesamtorganisation eingegliedert werden, als wenn sie von ihr völlig getrennt bleiben, im heftigen Kampfe gegen sie stehen und ihren Klassenkampf gegen das Unternehmertum stören. Ist das Bessere unerreichbar, müssen wir uns eben mit dem erreichbaren Guten begnügen. Und wird erst durch einen billigen Ausgleich die friedliche Stimmung in beiden Lagern wiederhergestellt, dann wird die wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung des Kapitalismus selbst allmählich zu neuen zweckmässigeren Formen der gewerkschaftlichen Organisation führen. Wer die wundertätige Wirkung der wirtschaftlichen Entwicklung kennt, die wahrhaftig grössere Hindernisse besiegt hat und besiegen wird als die nationalen Vorurteile unserer tschechischen Genossen, der wird die Anerkennung der tschechischen Sonderorganisationen als eine unvermeidliche Entwicklungsphase nicht fürchten.

So wenig aber wir von den Separatisten verlangen können, dass sie heute ihre Organisationen auflösen und ihre Mitglieder in die internationalen Reichsverbände zurückführen, so wenig können die Separatisten von uns verlangen, dass wir ihre Organisationen bedingungslos anerkennen. Wir können die separatistischen Organisationen nur unter der Bedingung anerkennen und Gegenseitigkeitsverträge mit ihnen nur unter der Bedingung abschliessen, dass erstens organisatorische Einrichtungen geschaffen werden, die die Einheitlichkeit der Führung des gewerkschaftlichen Kampfes verbürgen, und dass zweitens die Wirkungsgebiete der internationalen und der separatistischen Organisationen möglichst scharf abgegrenzt werden. Wie die organisatorische Verknüpfung der separatistischen mit den internationalen Organisationen durchgeführt werden kann, zeigt die Abhandlung des Genossen Braun in diesem Hefte des „Kampf“. Unsere Aufgabe ist es, zu untersuchen, wie die nationale Abgrenzung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation durchgeführt werden soll.

Die Prager Gewerkschaftskommission schlägt vor, die Abgrenzung in folgender Weise durchzuführen:

„Um die gegenseitigen Schädigungen und Nötigungen zum Uebertritt in national gemischten Gebieten und Unternehmungen hintanzuhalten, ist der Grundsatz einzuhalten: Der tschechische Arbeiter gehört in die tschechische Organisation, der deutsche in die deutsche u. s. w. Niemand darf aber in seiner freien Entscheidung behindert werden.“

Die tschechischen Genossen wollen also der Abgrenzung das Personalitätsprinzip zugrunde legen. Sie nehmen alle tschechischen Arbeiter — auch den tschechischen Metallarbeiter in Wien, den tschechischen Schneider in Eger, den tschechischen Tischler in Innsbruck — für die separatistische Organisation in Anspruch; die internationale Organisation soll, soweit es auf die Tschechen ankommt, in eine rein deutsche Organisation verwandelt werden.

Diese Form der Organisation hätte zur Folge, dass in demselben Betrieb beide Organisationen nebeneinander wirken müssten. Noch in Kopenhagen haben die tschechischen Genossen diese Konsequenz gescheut. Als ich in der Gewerkschaftskommission des Kopenhagener Kongresses erzählte, nach den Wünschen unserer tschechischen Genossen müssten in einer Fabrik in Linz, in der neben 200 deutschen 3 tschechische Arbeiter arbeiten, die drei Tschechen einer anderen Organisation angehören als die 200 Deutschen, haben mich die Genossen Némec, Soukup und Tusar sehr lebhaft unterbrochen und in ihren Zwischenrufen behauptet, dies sei durchaus nicht ihr Wunsch. Und Genosse Némec sagte in seiner Schlussrede in der Kommission ganz ausdrücklich:

„Wir wollen die Trennung nicht bis in jede einzelne Werkstätte, bis zum letzten Mann tragen; aber wir haben grosse geschlossene Sprachgebiete, deutsche und tschechische, und da muss sich eine zweckmässige Organisationsform finden.“

Heute aber legt die tschechische Gewerkschaftskommission einen Antrag vor, der die nationale Spaltung tatsächlich in jede einzelne Werkstätte tragen will. Die Schwierigkeiten, die diese nationale Zersplitterung der Organisation in jedem Betrieb der Führung von Lohnkämpfen bereitet, will die Prager Kommission in folgender Weise beheben:

„Die Lohnbewegung führt nach gegenseitiger Verständigung jene Organisation, die von der Mehrheit der klassenmässig organisierten Arbeiter im Betrieb damit betraut wurde. Das bezieht sich besonders auf die Verhandlungen mit den Unternehmungen und ihren Organisationen. Die Streikkomitees sollen verhältnismässig nach der Zahl der vertretenen Mitglieder zusammengesetzt werden.“

Ob eine solche Lösung des Organisationsproblems den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entspricht, muss nun sorgfältig geprüft werden.

Die Grundlage jeder gewerkschaftlichen Organisation ist der Betrieb. Der Kapitalismus organisiert die Arbeiter in der Herrschaftsorganisation des Betriebes, ehe wir sie in der gewerkschaftlichen Gemeinde organisieren. Das letzte Ziel aller gewerkschaftlichen Arbeit ist, alle Arbeiter eines Betriebes in einer einzigen Organisation zu vereinigen, damit dem einen Unternehmer auch die Arbeiterschaft als einheitlicher Körper gegenüberstehe. Allerdings ist dieses Ziel auch dort nicht leicht zu erreichen, wo keine nationalen Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft bestehen. Die Arbeiter desselben Betriebes zerfallen je nach Beruf, Qualifikation, Höhe des Lohnes in verschiedene Gruppen. Diese Verschiedenheit erschwert ihre Vereinigung in einer Organisation. Daher haben sich die Arbeiter in der Regel nicht nach Betrieben, sondern nach Berufen organisiert. Da die Arbeiter eines jeden Berufes ihre besondere Organisation bildeten, waren in Betrieben, die Arbeiter mehrerer Berufe umfassen, mehrere Organisationen vertreten. Diese Spaltung der Arbeiterschaft hat den Ausbau der Gewerkschaften sehr erschwert. Ueberall sehen wir daher starke Tendenzen am Werk, den beruflichen Separatismus — den „Sektionalismus“, wie die Engländer sagen — zu überwinden und die Arbeiter eines jeden Betriebes in einer einzigen Organisation zu vereinigen.

Am schwersten hat die Arbeiterklasse Grossbritanniens unter dem beruflichen Separatismus gelitten. Die Arbeiter der meisten Industriegruppen sind dort in zahllose Berufsverbände gespalten. Da die einzelnen Berufe nicht reinlich gegeneinander abgegrenzt werden können, greift jeder Verband bei seiner Werbearbeit in das Rekrutierungsgebiet anderer Verbände ein. Zahllose Grenzstreitigkeiten sind die Folge.

Das Urteil der Webbs, der berühmten Historiker der englischen Gewerkschaften, über diesen „Sektionalismus“ ist für uns um so interessanter, als die Webbs keineswegs für alle Fälle die Betriebsorganisation empfehlen. In ihrer klassischen Schrift über die „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine“ setzen die Webbs zunächst die Nachteile auseinander, die der „Sektionalismus“ der Entwicklung des gewerkschaftlichen

Unterstützungswesens bereitet. „Wenn rivalisierende Gesellschaften sich die Mitglieder streitig machen, muss die Konkurrenz unvermeidlich darauf hinauslaufen, dass entweder die gewöhnlichen Unterstützungen zu niedrigeren Prämiensätzen angeboten oder ausschweifend hohe Unterstützungen zu den gewöhnlichen Prämiensätzen versprochen werden. Auf den unerfahrenen Rekruten wirkt die Niedrigkeit des wöchentlichen Beitrages mit fast unwiderstehlicher Anziehungskraft. Der Verein, der Beiträge einhebt, die für die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu niedrig sind, muss natürlich sein eigenes Verderben herbeiführen. Und wenn der unvermeidliche Zusammenbruch kommt, gewinnt die vorsichtige Gesellschaft nur wenig durch die Auflösung ihrer unreellen Rivalin. Die Mitglieder eines Klubs, der seine Verpflichtungen nicht hat erfüllen können, bleiben ein für allemal gegen Organisationen aller Art misstrauisch und sind nicht geneigt, mit neuen Beitragszahlungen zu beginnen Zahlreiche Beispiele lassen uns verstehen, warum die Gewerkvereine, welche die grössten Reservefonds aufgehäuft haben, um ihre zukünftigen Verpflichtungen erfüllen zu können, sich in den Gewerken finden, wo ein einziger Verein die ganze Industrie umfasst.“*

Noch viel mehr als der Ausbau des Unterstützungswesens wird der Kampf gegen das Unternehmertum durch den „Sektionalismus“ erschwert. „Wenn die Beamten der beiden Organisationen auf der Mitgliederjagd gewesen sind und ihre gegenseitige Konkurrenz empfindlich gefühlt haben, dann kann es kaum an Gelegenheiten zu Reibereien und Uebelwollen fehlen. Anklagen auf illoyales Verhalten werden von beiden Seiten gemacht, die bei der Masse der Mitglieder ein Echo finden müssen. Nun ereignet sich ein Streit zwischen einem Unternehmer und den Mitgliedern eines Gewerkvereines. Die Mitglieder desselben werden entlassen oder legen die Arbeit nieder. Die Beamten des rivalisierenden Vereines erfahren von der in Frage stehenden Firma, dass sie Arbeitsstellen frei hat. Mitglieder ihres Vereines wandern auf der Suche nach Arbeit umher und beziehen aus der Vereinskasse Arbeitslosenunterstützung. Diese die freien Stellen einnehmen zu lassen — dem rivalisierenden Verein gegenüber den Streikbrecher zu spielen — hiesse das schwerste Verbrechen gegen den Geist des Trade Unionismus begehen. Unglücklicherweise ist in vielen Fällen die Versuchung unwiderstehlich. Die Reibereien zwischen den rivalisierenden Organisationen, die persönlichen Feindschaften der Beamten, die Ueberlieferungen früher erlittenen Unrechts, die Versuchung des finanziellen Gewinnes für Arbeiter und Verein, alles trägt dazu bei, die Gelegenheit zu einem ‚Ausnahmefall‘ zu machen. In diesem Stadium genügt jeder Vorwand. Die unvernünftige Forderung des anderen Vereines, die Tatsache, dass er seinen Rivalen nicht vor Beginn einer Aktion um Rat gefragt hat, selbst das Ausbleiben des offiziell den Streik meldenden Briefes dienen als überzeugende Entschuldigungen den später folgenden Gegenbeschuldigungen gegenüber. Kaum ein Jahr vergeht, ohne dass auf dem Gewerkvereinskongress ein Verein gegen den anderen die bittere Anklage erhöhe, in einem von ihm geführten Streik zum Streikbrecher geworden zu sein. Ueberall, wo es Rivalität und Konkurrenz um Mitglieder zwischen Vereinen derselben Industrie gibt, finden wir auch zahlreiche Fälle von Streikbrecherei.“** Die Webbs fassen ihr Urteil schliesslich in folgenden Worten zusammen: „Es ist keine Uebertreibung, wenn wir behaupten, dass dieser Konkurrenz zwischen Gewerkvereinen, deren Gebiete ineinander übergreifen, neun Zehntel der Schwäche der Gewerkvereinsbewegung zuzuschreiben sind.“***

In der Tat bemühen sich schon seit Jahren die erfahrensten Gewerkschafter Englands, den „Sektionalismus“ zu überwinden. Die Krise, in der sich die Arbeiterbewegung Englands heute befindet, hat die Kraft dieser Tendenzen gestärkt. Genosse Tom Mann, der schon seit dem Jahre 1891 für die „Amalgamierung“ der Gewerkschaften wirkt, steht an der Spitze dieser Bewegung. Der letzte britische Gewerkschaftskongress hat eine Resolution angenommen, die die Vereinigung der Berufsvereine in Industriegruppen-

* Sidney und Beatrice Webb, „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine“. Stuttgart 1898. I. Band. Seite 101 bis 104.

** Ebenda, Seite 106 f.

*** Ebenda, Seite 108.

organisationen empfiehlt. Auch das konservative England befindet sich auf dem Wege zu dem gewerkschaftlichen Ideal: In jedem Betrieb nur eine Organisation!

Viel näher ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung diesem Ziele. Wenn die reichsdeutschen Gewerkschaften heute schon leistungsfähiger sind als die englischen Trade Unions, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass sie den beruflichen wie den lokalen Separatismus schneller und vollkommener überwunden haben. Trotzdem sind auch unsere reichsdeutschen Genossen mit ihrer Organisation noch nicht zufrieden. Sie bemühen sich, ihre gewerkschaftlichen Kräfte noch mehr zu konzentrieren. Die Leser des „Kampf“ kennen diese Bemühungen unserer Genossen aus der vortrefflichen Abhandlung, die Genosse Deinhardt in unserer Zeitschrift veröffentlicht hat*. In den anderen Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung jünger ist, wurde die Industriegruppen- und Betriebsorganisation bereits in ihrer vollendeten Gestalt übernommen. So berichtet zum Beispiel die Gewerkschaftskommission für Russisch-Polen über die Gründung der Gewerkschaften in der Zeit der Revolution: „Die Organisatoren unserer Gewerkschaften wollten die ganze Erfahrung der Arbeiterklasse Westeuropas ausnützen. Sie haben daher folgende Grundsätze der gewerkschaftlichen Organisation angenommen: die Zentralisation der Gewerkschaften im ganzen Lande, die Bildung der Gewerkschaften nicht nach Berufen, sondern nach Industriegruppen, die Vereinigung der gelernten und der ungelernten Arbeiter in derselben Gewerkschaft.“** So sehen wir überall, in den ältesten wie in den jüngsten gewerkschaftlichen Organisationen, das Streben, zu Organisationsformen zu gelangen, die alle Arbeiter jedes Betriebes in demselben Verband vereinigen.

Dieser Tendenz stellen sich nun unsere tschechischen Genossen entgegen. Sie wollen die Arbeiter, die von demselben Kapitalisten ausgebeutet werden, nach ihrer Nationalität teilen. Alle Gefahren, die schon die berufliche Spaltung der Arbeiter herbeiführt, sollen nun durch die nationale Zersplitterung vervielfacht werden!

In einer Eisenmöbelfabrik in Wien werden Möbelschlosser und Anstreicher beschäftigt. Jene sind im Verband der Metallarbeiter, diese bald im Metallarbeiterverband, bald im Verband der Maler, Anstreicher und Lakierer organisiert. Daraus ergeben sich schädliche Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Verbänden. Nun kommen die tschechischen Genossen und wollen die tschechischen Arbeiter, die bisher mit ihren deutschen Berufsgenossen gemeinsam organisiert waren, aus ihren Verbänden herauslocken und in den „tschechoslawischen“ Berufsverbänden organisieren. Mussten bisher schon zwei Organisationen in dem Betrieb zusammenwirken, so treten nun an ihre Stelle vier: der Oesterreichische und der Tschechoslawische Verband der Metallarbeiter, der Oesterreichische und der Tschechoslawische Verband der Anstreicher. Die Reibungsfläche wird verbreitert, die Konkurrenz zwischen den Organisationen verschärft, die einheitliche Führung von Lohnkämpfen erschwert.

Wir finden in einer solchen Fabrik Arbeiter, die zweifellos Deutsche, andere Arbeiter, die zweifellos Tschechen sind. Zwischen ihnen steht aber eine Gruppe von Arbeitern, die beide Sprachen gleich gut sprechen und von beiden Nationen in Anspruch genommen werden. Da ist ein Anstreicher, der in Mähren eine tschechische Dorfschule besucht hat, im 14. Lebensjahr nach Wien gekommen ist, als Lehrling in der Familie eines deutschen Meisters gelebt, dann als Gehilfe in Wien, in Deutschböhmen, im Deutschen Reich mitten unter deutschen Kollegen gearbeitet, ein deutsches Mädchen geheiratet hat; er spricht und liest nun beide Sprachen gleich gut und vermag selber nicht zu sagen, ob er Deutscher oder Tscheche ist. In allen Industriegebieten Oesterreichs finden wir eine zahlreiche Schicht solcher „kulturellen Mischlinge“*** Zwischen den Deutschen und den Tschechen in Deutschböhmen und Wien, zwischen den Tschechen und den Polen in Ostschlesien, zwischen den Italienern und den Slowenen in Triest steht

* E. Deinhardt, Die Konzentrationsbestrebungen innerhalb der deutschen Gewerkschaften. „Der Kampf“, II., Seite 314 ff.

** Rapport sur le mouvement professionnel en Pologne Russe 1905—1910. p. 5.

*** Vergl. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. „Marx-Studien“, II., Seite 117 f.; Volksausgabe Seite 102. — Die „kulturellen Mischlinge“ werden von Nationalisten oft als „Renegaten“ verachtet. Mit Unrecht! Die Persönlichkeit wird reicher, wenn sich in ihr zwei nationale Kulturkreise verknüpfen. Gerade unter den grossen Gelehrten, Künstlern, Staatsmännern, Technikern ist die Zahl der „kulturellen Mischlinge“ auffallend gross.

eine Schicht, die von beiden Nationen in Anspruch genommen wird. Diese Schicht wird, wenn der tschechische Antrag verwirklicht werden soll, das Kampfobjekt der konkurrierenden Gewerkschaften werden. Sie werden sie zu gewinnen suchen durch niedrige Beiträge, durch hohe Unterstützungen, durch Ueberbietung der konkurrierenden Organisation bei Lohnkämpfen, schliesslich indem sie politische Fragen in die Gewerkschaft hineinzerrn. Auf die Gewerkschaften angewendet, bedeutet das Personalitätsprinzip nicht den Frieden, sondern den Kampf um die Seelen, den permanenten Krieg in den Werkstätten.

Die konkurrierenden Gewerkschaften werden möglichst viele Betriebe beherrschen wollen. Es wird daher ihr Wunsch sein, möglichst viele Angehörige ihrer Nationalität in jeden Betrieb zu bringen: haben die eigenen Nationsgenossen in der Werkstätte die Mehrheit, dann ziehen sie ja auch die „kulturellen Mischlinge“ leicht an sich. Werden Arbeitsstellen frei, dann wird sowohl die tschechische als auch die deutsche Organisation sie mit ihren Nationsgenossen besetzen wollen. Die Konkurrenz der Organisationen würde zum nationalen Kampf um die Arbeitsstellen führen. Nichts kann aber die nationale Empfindlichkeit in den Arbeitermassen stärker reizen, nichts dem Nationalismus so wirksam Vorschub leisten wie ein solcher Kampf. Es scheint uns, dass gerade unsere tschechischen Genossen, die den Arbeitsmarkt deutscher Gebiete nicht entbehren können, diese Gefahr nicht unterschätzen sollten.

Wie soll unter solchen Umständen ein Lohnkampf geführt werden? Stellen wir uns zum Beispiel einen Kampf der Wiener Tischlergehilfen vor. Hier gibt es keinen isolierten Kampf in der einzelnen Werkstätte mehr. Das ganze Gewerbe muss in einer Schlachtreihe stehen. Nun gibt es in Wien Tischlerwerkstätten mit deutscher und solche mit tschechischer Mehrheit; dort wird also die deutsche, hier die tschechische Organisation den Lohnkampf führen. Beide sollen zusammenwirken. Aber ihre finanzielle Kraft kann sehr verschieden sein. Die eine der beiden Organisationen hat volle Kassen, sie will den Kampf wagen; die andere hat ihre Mittel bei einem Kampf in der Provinz erschöpft, sie will mit den Unternehmern einen billigen Vergleich schliessen. Der Gegensatz der Interessen erschwert die Unterhandlungen mit den Unternehmern. Beamte und Mitglieder der beiden Organisationen, durch die Konkurrenzkämpfe um die „kulturellen Mischlinge“ und um die Arbeitsstellen gegeneinander gereizt, beobachten einander mit Misstrauen, suchen einander schliesslich die Verantwortung für einen Misserfolg zuzuschreiben. Gegenseitige Vorwürfe, wachsende Erbitterung, Streikbruch sind die Folgen.

Wir brauchen das düstere Bild wohl nicht weiter auszumalen. Wer die psychologischen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes kennt, kann nicht leugnen, dass die Konkurrenz nationaler Organisationen in einem und demselben Betriebe die gefährlichsten Wirkungen auslösen muss. Es genügt nicht, dass unsere obersten Vertrauensmänner sich verständigen; viel wichtiger ist, dass der Friede in die Fabriken und Werkstätten einkehrt. Der Friede ist aber unmöglich, wo konkurrierende Organisationen um jeden Mann, um jede Arbeitsstelle, um jede Werkstätte kämpfen. Soll der Friede zwischen den internationalen und den separatistischen Organisationen möglich sein, dann darf in jedem Betriebe nur eine der beiden Organisationen bestehen.

Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Man könnte sagen: die Mehrheit der organisierten Arbeiter in jedem Betriebe soll entscheiden, ob der Betrieb der internationalen oder der separatistischen Organisation angehören soll. Aber dieses Prinzip würde erst recht nicht den Frieden bringen. Dann würde erst recht ein erbitterter Kampf um die Mehrheit in der Werkstätte, ein Kampf um jeden Mann, um jede freie Arbeitsstelle entbrennen. Sollen wir uns wirklich verständigen, dann müssen die Wirkungsgebiete der beiden Organisationen so abgegrenzt werden, dass keine Konkurrenz zwischen ihnen möglich ist. Eine solche Abgrenzung ist allerdings nicht leicht durchzuführen. Sie allein aber würde uns den dauernden Frieden verbürgen.

In Nieder- und Oberösterreich, in den deutschen Bezirken Böhmens, Mährens und Schlesiens, in den Alpenländern, im polnischen Gebiete in Schlesien, steht die überwiegende Mehrheit der Arbeiter im Lager der Zentralisten. Diese Gebiete müssten

den Zentralverbänden zugesprochen werden. Wünschen die tschechischen Separatisten den Frieden, dann müssen sie auf jede Tätigkeit in diesen Ländern verzichten. Für die kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse der tschechischen Arbeiter, die in diesem Gebiete wohnen, müsste innerhalb der internationalen Zentralverbände gesorgt werden.

Andererseits steht im tschechischen Teile Böhmens die Mehrheit der Arbeiterschaft im Lager der Separatisten. Ist für Wien und Deutschböhmen der Zentralismus recht, so ist unter denselben Bedingungen für Tschechischböhmen der Separatismus billig. Auf dieses Gebiet müssten daher die Zentralisten verzichten.

Viel grössere Schwierigkeiten stehen der territorialen Abgrenzung in Mähren gegenüber. Einerseits steht die Mehrheit der organisierten Arbeiter Mährens treu zum Zentralismus, ihre Eingliederung in die separatistischen Organisationen ist also kaum möglich; andererseits wollen die Separatisten auf den tschechischen Teil Mährens nicht verzichten. Hier müsste wohl ein Uebergangszustand — vielleicht zunächst eine besondere Landesorganisation, die Zentralisten sowohl als Separatisten vereinigen müsste — eintreten.

Nur auf der Grundlage einer solchen territorialen Abgrenzung ist ein wirklicher Friedensschluss denkbar. Eine solche Abgrenzung heischt allerdings von beiden Teilen schwere Opfer; aber wer den Frieden will, muss diese Opfer bringen.

Die Zentralorganisationen werden freilich nicht leichten Herzens ihre Festungen im tschechischen Teile Böhmens schleifen. Aber die ungestörte Entwicklung unserer Gewerkschaften in Deutschböhmen und Wien wäre dieses Opfer wohl wert.

Die Separatisten werden nicht leichten Herzens auf die tschechischen Minderheiten in Deutschböhmen, in Wien, in Ostschlesien verzichten. Aber sie müssen dieses Opfer bringen, wenn sie diese Minderheiten selbst nicht schweren Gefahren aussetzen, wenn sie die Einheit der Organisation in ihrem eigenen Gebiet wiederherstellen, wenn sie die Anerkennung und Unterstützung der ganzen gewerkschaftlichen Internationale erringen wollen.

Einer solchen territorialen Abgrenzung stehen nicht so sehr gewerkschaftliche Bedürfnisse, als vielmehr ideologische Vorurteile entgegen. Unsere tschechischen Genossen sind leider gewöhnt, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation als eine Frage des vermeintlichen „nationalen Naturrechtes“ zu betrachten. Als Tschechen fordern sie das „Recht“, alle tschechischen Arbeiter, wo immer sie wohnen, in einer einheitlichen Organisation zu vereinigen. Das Personalitätsprinzip wird ihnen so zum Dogma. Es soll nun überall angewendet werden, in der Gewerkschaft und im Konsumverein ebenso wie in der Partei und im Staate*.

Vielleicht ist es darum nicht nutzlos, daran zu erinnern, dass in keinem Lande Europas proletarische Organisationen — selbst politische, geschweige denn gewerkschaftliche — nach der Nationalität gegliedert sind. In der Schweiz, in Belgien, in Grossbritannien gibt es zwar autonome territoriale Körperschaften innerhalb der proletarischen Organisationen, aber, von unbeträchtlichen Ausnahmen abgesehen, keine nationalen Personenverbände. Die russische Sozialdemokratie hat die Gliederung der Partei wie der Gewerkschaften nach der Nationalität der Mitglieder ausdrücklich abgelehnt. „Indem der Kongress den Antrag auf Vereinigung mit dem ‚Bund‘ akzeptiert, spricht er sich nichtsdestoweniger energisch gegen die Organisation des Proletariats nach Nationalitäten aus“, so lautet der Beschluss des russischen Parteitages vom Jahre 1906**. Die allrussische Sozialdemokratie schliesst zwei autonome territoriale Gebilde ein: die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Lithauens und die lettische sozialdemo-

* Die Begeisterung der tschechischen Genossen für das Personalitätsprinzip ist übrigens jungen Datums. Noch auf dem Pilsener Parteitage im Jahre 1907 hatten sie schwere Bedenken dagegen. Damals fasste zum Beispiel Genosse Modráček seine Ansicht in folgenden Worten zusammen: „Ich glaube nicht, dass das Personalitätsprinzip den schwächeren Nationen hinreichenden nationalen Schutz gäbe. Wirksameren Schutz kann den schwächeren Nationen ein nationales Territorium geben.“ Heute behaupten die tschechischen Genossen, das Territorialprinzip sei — das Herrschaftsprinzip der deutschen Bourgeoisie.

** Rapport du Parti Socialiste-Démocrate Ouvrier de Russie au VIII^e congrès socialiste international, p. 78.

kratische Arbeiterpartei. Beide organisieren in ihrem Gebiete die Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, während ihre Volksgenossen in allen anderen Teilen Russlands ebenso wie die Arbeiter aller anderen Nationen in diesem völkerreichen Gebiete der russischen Sozialdemokratie angehören.* Das „natürliche Recht“, die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz in nationalen Organisationen zu vereinigen und sie von den Arbeitern anderer Nationalität im Betriebe und im Orte abzusondern, kennt keine sozialdemokratische Partei der Welt.

Das Personalitätsprinzip ist ein sehr zweckmässiges, ja, ein unentbehrliches Organisationsprinzip in einzelnen Zweigen der öffentlichen Verwaltung. Aber ein Dogma, das immer und überall gelten soll, ein Mittel zur Verwirklichung des „natürlichen Rechtes auf nationale Selbstbestimmung“ ist es nicht. Wir kennen kein nationales Naturrecht. Zur Bewertung von Organisationsprinzipien dient uns nur eine Maxime: das Klasseninteresse des Proletariats. Da die Anwendung des Personalitätsprinzips auf die gewerkschaftliche Organisation dem Klasseninteresse der Arbeiter widerstreitet, muss sie verworfen werden.** Die friedliche Kooperation der internationalen mit den separatistischen Gewerkschaften ist nur dann möglich, wenn ihre Wirkungsgebiete territorial abgegrenzt werden.

Alfred Meissner (Prag): Die deutsch-tschechische Frage und die Sozialdemokratie

Die deutsch-tschechische Frage, die Oesterreich seit Jahren in Atem hält und über die Regierungen und grosse Staatsparteien gestolpert sind, scheint auch für die österreichische Sozialdemokratie verhängnisvoll zu werden. So sehr die täglich sich erweiternde Zerklüftung der deutschen und tschechischen Genossen zu bedauern ist, so könnte sie doch einer natürlichen Entwicklung zugeschrieben werden. Was aber schwer zu entschuldigen sein wird, ist die unerwartete Form, in welcher manchmal die gegenseitigen Anschauungen ausgetauscht werden. Da wird hie und da ein Ton angeschlagen, wie er sonst unter Sozialdemokraten nicht üblich sein sollte, Versammlungen werden gesprengt, kleine Ereignisse werden aufgebauscht, über dieselbe Tatsache wird in einer ganz divergierenden Weise berichtet — je nachdem, welcher Richtung das betreffende Blatt angehört — die Oeffentlichkeit, sowohl die einheimische als die internationale, wird nicht immer vollständig und richtig informiert. Infolge solcher Formfehler wächst die gegenseitige Gereiztheit, und die Möglichkeit einer friedlichen und sachlichen Auseinandersetzung wird erschwert. Jahrelang wurde den nationalen Parteien zum Vorwurf gemacht, dass sie nicht imstande sind, sich ruhig über nationale Fragen auszusprechen und zu einigen, und nun, da es sich um Fragen handelt, die ins eigene Fleisch der Arbeiterschaft einschneiden, wo ein Vergleich „von Volk zu Volk“ eintreten sollte, treten uns dieselben Erscheinungen entgegen, die wir bei den nationalen Parteien für ein Zeichen der Impotenz, nationale Fragen zu lösen, erklärt haben.

Ich will mich an dieser Stelle nicht mit den strittigen Fragen der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sowie überhaupt mit Fragen organisatorischer Natur befassen, sondern bloss auf die divergierenden Meinungen über die Schulfrage eingehen. Es soll nicht geleugnet werden, dass in Deutschböhmen viele deutsche Genossen

* Eine Ausnahme wurde aus besonderen Gründen für die Juden zugelassen. Aber nur für die politische Organisation, nicht für die Gewerkschaften. Nicht nur der sozialdemokratische „Bund“, sondern selbst die national-sozialistische Serp-Gruppe bekennt sich zu dem Grundsatz, dass die nationale und fraktionelle Gliederung der Partei nicht in die Gewerkschaften getragen werden darf. Vergl. den Bericht dieser Gruppe an den Kopenhagener Kongress, Seite 5.

** Wohl aber kann das Personalitätsprinzip auch innerhalb einer territorialen Gewerkschaft für rein kulturelle Zwecke Anwendung finden. Siehe die nationalen „Sektionen“ innerhalb internationaler Verbände in meiner Broschüre „Krieg oder Friede in den Gewerkschaften“.

ein volles Verständnis für die tschechischen Minoritätsschulen haben und dass sie sich in dieser Hinsicht nicht bloss mit platonischen Aeusserungen begnügt haben. Hingegen fand in Wien das Bestreben nach Errichtung öffentlicher tschechischer Schulen bei den deutschen Genossen wenig Verständnis. Lange waren wir uns über die Ansicht der Wiener Genossen im unklaren. Der Vorgang bei den Abstimmungen im niederösterreichischen Landtag, der bei den tschechischen Genossen Erstaunen erweckt hat, konnte als ein offenes Bekenntnis nicht aufgefasst werden. Erst die Abstimmung über die Resolution Staněk und die sie begleitenden Erläuterungen in der Presse haben ein volles Licht in das Halbdunkel gebracht. Nicht dass ich mich über die Abstimmung selbst aufhalten wollte. Die Hauptsache liegt nicht in dieser Abstimmung, sondern in dem jetzt von den deutschen Parteiblättern kolportierten Standpunkt zu Minoritätsschulen überhaupt.

Nun kann darüber diskutiert werden, wessen Ansicht den sozialdemokratischen Grundsätzen mehr entspricht, ob die, welche Errichtung von Kulturinstituten auch für Bruchteile von Nationen und Schutz der nationalen Minoritäten verlangt, oder die, welche mehr Rücksicht auf die Majorität nimmt und über Mittel sinnt, die die Majorität vor der zunehmenden Minderheit schützen sollen. Vom Majoritätsschutz schwärmen in letzter Zeit die deutschen Genossen; was wir fordern, ist Schutz der nationalen Minderheiten.

Die Formel der deutschen Genossen klingt scheinbar sehr einfach und einschmeichelnd. Der hitzigste Kampf wird seit Jahren um nationale Minoritäten geführt. Wären keine tschechischen Minoritäten in Deutschböhmen und Wien, so gäbe es kein Bestreben nach tschechischen Schulen und nach Einführung oder Erhaltung der tschechischen Amtssprache, die Gemeinden würden sich nicht materiell bedroht fühlen und die Majorität wäre in ihrem Besitzstand nicht gefährdet. Wie leicht wird man da zum Schlusse verleitet, dass man bloss zur Aufsaugung der Minoritäten zu arbeiten habe, um zur Lösung der nationalen Frage zu gelangen! Man spricht vom Rechte der Majorität als von höchster Ausgipfelung des demokratischen Prinzips und vergisst dabei, dass die demokratische Maxime nicht nur Anerkennung der Majorität, sondern auch Schutz der Minorität, sei es durch ein Proportionalwahlsystem, durch gesetzliche Festlegung einer bestimmten Vertretung oder durch Zusicherung gewisser vom Willen der Majorität unabhängigen Rechte erheischt. Also nicht mehr Schutz der Minoritäten — wie es noch im Brünner Programm hiess — sondern deren allmähliche Assimilierung. Ob nun die Vernichtung der Minderheiten durch haktistische Mittel oder ganz ruhig und friedlich vor sich geht, ist im Endeffekt und Zweck ganz egal.

Für die Sache selbst ist es nicht ohne Belang, dass man mit dieser Ergänzung des Brünner Programms an den deutschen Arbeiter gerade zu einer Zeit herantritt, wo er gegen den tschechischen Genossen wegen seiner autonomistischen Bestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung erbittert ist. Würden die tschechischen Minoritäten verschwinden — so argumentiert man — so gäbe es wenigstens in deutschen Gegenden keine Autonomisten, sondern lauter Zentralisten, es gäbe nur eine politische Organisation, nur deutsche Parteiblätter, das ganze Parteileben wäre vereinfacht. Nun, was liegt dann näher, als dass der deutsche Arbeiter, der bis jetzt sich gegen tschechische Schulen nicht feindselig gestellt hat, leicht auf eine solche Argumentation eingeht und Minoritätsschulen — wenn er sie nicht vollständig bekämpft — bloss als Mittel zur Assimilierung der Minorität zugelassen haben will? Unter solchen psychologisch leicht begreifbaren Dispositionen ist es dann freilich fraglich, ob der jetzige Zeitpunkt der geeignetste zu einer Einigung in politischen Fragen ist und ob nicht eine Abflauung des Ringens in den Gewerkschaften und Genossenschaften abzuwarten ist. Trotzdem wird es mir hoffentlich nicht verübelt werden, wenn ich schon jetzt auf die Konsequenzen des deutschen Standpunktes hinweisen will, damit in Zukunft die Möglichkeit eines Zusammenfindens in der Schulfrage nicht unmöglich werde.

Für den einzelnen Arbeiter ist die Assimilierung an eine andere Nation nicht von grossem Belang, weder für den Tschechen, wenn er ein Deutscher wird, noch für den Deutschen, wenn er sich der tschechischen Majorität assimiliert. Denn die Zu-

gehörigkeit zu der oder jener Nation bedeutet für den Arbeiter weder einen materiellen Vorteil noch einen Nachteil. Bei Angehörigen von Schichten, aus denen sich Bürokraten oder höhere Geistliche rekrutieren, kann unter den obwaltenden Verhältnissen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Kaste mit materiellen Vorteilen verbunden sein oder nachteilig wirken. Der Anschluss an die Majorität — das bekannte und verpönte Renegatentum — erleichtert die Erlangung von öffentlichen Stellen und Auszeichnungen, die einem Mitglied der Minorität nicht zugänglich sind. Für den Arbeiter bedeutet der Anschluss an die Majorität in gesellschaftlicher Beziehung sehr wenig, auf dem wirtschaftlichen Felde gar nichts. Er wird sein Brot finden, ebenso schwer oder ebenso leicht, ob er nun Tscheche oder Deutscher ist. Die Nationalität übt in dieser Hinsicht keine Wirkung aus. Bloss seine Sprachenkenntnis kann da von Einfluss sein. Beherrscht er bloss seine tschechische Muttersprache, so wird ihm die Aufsuchung der Arbeit in deutschen Gegenden erschwert, der bloss deutsch sprechende Arbeiter wird von nichtdeutschen Gegenden sich meist fernhalten müssen. Die Kenntnis der deutschen Sprache erweitert dem tschechischen Arbeiter sein Arbeitsfeld, er ist nicht mehr an seine heimatliche Scholle gebunden und kann seine Arbeitskraft dort verkaufen, wo er den höchsten Preis erzielt. Dem besseren Fortkommen des tschechischen Arbeiters ist nicht die Umwechslung seiner Nationalität, sondern die Erweiterung seiner Sprachenkenntnisse förderlich. Was wir daher von Schulen fordern müssen, ist nicht die Präparierung zur Assimilation, sondern die Beibringung genügender Sprachenkenntnisse. Deshalb sollte nicht nur in den Minoritätsschulen, sondern in allen tschechischen Schulen die Möglichkeit einer gründlichen Erlernung der deutschen Sprache geboten werden.

Dass die Minoritätsschulen so eingerichtet sein müssen, dass die Schüler die Sprache der Majorität erlernen, steht daher ausser jedem Zweifel. Damit sind wir aber noch lange nicht dort angelangt, wo die deutschen Genossen die Minoritätsschulen haben wollen. Nicht die Tatsache, dass die Sprache der Majorität gelehrt wird, und auch nicht die Art, wie sie gelehrt wird — ob bloss grammatikalisch oder durch Konversation oder mittels Vortrages einiger Unterrichtsgegenstände — macht die Schulen zu Anstalten, die zur Ermöglichung der Assimilation führen, sondern der Geist ist es, in dem der Unterricht erteilt wird. An einigen deutschen Schulen in Prag wird den Kindern das Tschechischsprechen auf der Gasse verboten und als beschämend bezeichnet und ebenso bemühen sich tschechische Lehrer und Professoren, ihre Schüler als selbstbewusste Tschechen zu erziehen. Die Nationalität ist daher nicht bloss in sprachlicher Beziehung massgebend, sondern auch in nationalen Wirkungen von Belang. Wenn nun Genosse Bauer („Kampf“, Jahrgang 1909, Seite 23) in den höheren Klassen der Minoritätsschulen für gewisse Unterrichtsgegenstände tunlichst Lehrer fordert, die der Nationalität der Mehrheit angehören, so will er gewiss mehr erreichen, als tschechischen Kindern das vollständige Erlernen der deutschen Sprache ermöglichen. Lehrer der nationalen Majorität werden wohl trachten, nicht nur Sprachenkenntnisse den Kindern beizubringen, sondern sie auch zur Assimilierung zu präparieren.

Ich halte unter solchen Umständen die direkte Assimilation und das „Nicht-erschweren der Assimilierung“ für ein und dasselbe. Wenn die deutschen Genossen die Assimilierung der Minoritäten als ein geeignetes Mittel zur Lösung der nationalen Frage anerkennen, dann wollen sie die Assimilierung und dann verlangen sie auch Schulen, die die Assimilierung nicht bloss „nicht erschweren“, sondern vorbereiten, ja durchführen, auch wenn sie es offen nicht aussprechen. Es erheischt schon die gegenseitige Aufrichtigkeit — die bei solchen Diskussionen als Vorbedingung bezeichnet werden muss — das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Ganz richtig sagt die „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. August 1910: „Internationale Sozialdemokraten können die Schule aber nicht als Waffe für nationale Eroberungszüge betrachten.“ Nun, welche Schulen dienen als Waffe für nationale Eroberungszüge? Diejenigen, welche die Kinder der nationalen Minderheit ihrer Nation erhalten oder solche Schulen, welche sie der Assimilation an die Majorität zuführen? Beschränken sich die Minoritätsschulen auf Kinder ihrer eigenen

Nation, dann unternehmen sie keine Eroberungszüge in das andere nationale Lager und dann dienen sie auch keiner Tschechisierung einer deutschen Stadt oder der Germanisierung einer tschechischen Stadt. Aber gewollte und bewusst durchgeführte, wenn auch friedliche Assimilierung ist ein Eroberungszug der Majorität in das Gebiet der Minorität. Und „Eroberungszüge wollen internationale Sozialdemokraten nicht“.

Die deutschen Genossen haben in letzter Zeit nur die in deutschen Gegenden auftauchenden und stetig anwachsenden tschechischen Minoritäten im Auge, vor denen wollen sie die Majorität geschützt wissen. Nun gibt es auch andere Minoritäten, alt angesessene und stetig sich haltende und auch im Sinken begriffene Minoritäten. Sollte das Assimilierungsprinzip voll durchgeführt werden, dann müssten die deutschen Schulen in Prag, in Krain, Triest und den Orten Mährens mit überwiegender tschechischer Majorität im Sinne der Forderungen der deutschen Genossen umgewandelt werden, deutsche Mittelschulen müssten von Prag und Pilsen verschwinden. Aber auch in Budweis, wo ja die Majorität der Einwohner die Tschechen bilden, müsste die Assimilierung der zur Minorität herabgesunkenen Deutschen „nicht erschwert“ werden. Ein solches Minoritätsprogramm ist undurchführbar. Es würde als ein allgemein geltendes Prinzip von den Deutschen selbst am heftigsten bekämpft werden und die Folge wäre, dass in Wien und in Deutschböhmen das Programm der deutschen Genossen zur Durchführung gelangen würde, hingegen in Orten und Ländern, wo deutsche Minoritäten sind, das Prinzip des Minoritätsschutzes zur Anwendung käme. Bei einer schrittweise vollzogenen Heilung der verschiedenen nationalen Schmerzen, wie sie eben in Oesterreich vorgenommen wird, laufen dann die deutschen Genossen — vielleicht gegen ihr besseres Wollen — Gefahr, dass sie einmal als Anhänger des Majoritätsschutzes (in Deutschböhmen und Wien), das anderemal als Förderer des Minoritätsschutzes (im Landtag und Landesausschusse Böhmens, Krains etc.) erscheinen. In dieser Beziehung kann den tschechischen Genossen eine Inkonsequenz nicht vorgeworfen werden. Sie halten die Forderung der Deutschen auf einen verhältnismässigen Anteil an der autonomen Landesregierung und den Landesämtern in Böhmen für ebenso berechtigt wie das Verlangen der Tschechen bezüglich der Gesamtregierung und der Zentralbehörden. Sie fordern Minoritätsschulen für die tschechischen Arbeiterkinder in Deutschböhmen und Wien und haben auch das Recht der Deutschen auf Schulen in Prag oder Schüttenhofen für ganz begründet erklärt. Und in letzter Zeit, wo die Montangesellschaft Hunderte deutscher Arbeiter aus der Gegend von Teplitz in ihre Werke nach Königshof herübergezogen hat, hat noch kein tschechischer Genosse dagegen protestiert, dass für die Kinder dieser Arbeiter eine deutsche Schule in einem rein tschechischen Ort errichtet worden ist. Wenn daher die tschechischen Genossen für die Minoritäten jeder Nation die nötigen Kulturmittel verlangen, so stehen sie gewiss den Tendenzen des Brünner Programms näher als die deutschen Genossen mit ihren Assimilierungsbestrebungen.

Was die deutschen Genossen bieten, ist aber auch kein taugliches Mittel zur Verständigung. In den Sudetenländern ist die Errichtung von tschechischen Minoritätsschulen — also das Mittel zur Erhaltung der Minorität — mit Rücksicht auf die Judikatur des Reichsgerichtes und Verwaltungsgerichtshofes durch das Staatsgrundgesetz gewährleistet. Wollten wir auf die Anträge der deutschen Genossen eingehen, würden wir den Minoritäten in Böhmen weniger bieten, als die Deutschliberalen in den Sechzigerjahren für sie festgesetzt haben. In Wien dreht sich der Streit bloss um den Umstand, ob der tschechische Volksstamm in Niederösterreich im Sinne des Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes wohnhaft ist. Sowohl in absoluter als relativer Zahl erreicht die tschechische Minorität in Wien eine Ziffer, welche in anderen Fällen vom Reichsgericht als genügend zur Zuerkennung der Wohnhaftigkeit anerkannt worden ist. Qualitativ unterscheidet sie sich freilich von sonstigen „angesessenen“ Minoritäten. Sie setzt sich nicht in erster Reihe aus Haus- und Grundbesitzern zusammen, sondern meistens aus Arbeitern. Soll dies für Sozialdemokraten ein Grund sein, dem tschechischen Volksstamm die Wohnhaftigkeit in Wien abzuerkennen? Mit Rücksicht auf das abgeänderte Zuständigkeitsgesetz muss für die Frage der Sesshaftigkeit der ununterbrochene zehnjährige Stand

als entscheidend angesehen werden. Die tschechischen Arbeiter erlangen nach zehnjährigem ununterbrochenen Wohnsitz die Zuständigkeit in Wien, aber als Volksstamm sollten sie trotz alledem und trotz ihrer vielen Vereine, Zeitungen, Kulturinstitute nicht angesehen werden? Im Jahre 1904 hat zwar das Reichsgericht alle diese Umstände nicht für genügend anerkannt und den tschechischen Eltern den gesetzlichen Anspruch auf Minoritätsschulen abgesprochen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass dasselbe Gericht bei einer veränderten Zusammensetzung und unter anderen politischen Verhältnissen zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt.

Die bestehende Gesetzgebung ist also für die tschechischen Minoritätsschulen nicht ungünstig. Es bedarf jedoch grosser Kraftverschwendung, um das aus dem Gesetz erfließende Recht in praktische Resultate umzusetzen. Die tschechischen Arbeiter in Deutschböhmen müssen unzählige Kämpfe unternehmen, um eine Schule mit tschechischer Unterrichtssprache zu erwirken. Es muss geradezu bewundert werden, dass Arbeiter mit einer grossen Kinderzahl — und die sind gerade den grössten Verfolgungen ausgesetzt — ihre Existenz in Gefahr bringen einer Schule wegen, die oft erst nach Jahren errichtet wird, wo ihre eigenen Kinder längst den Schuljahren entwachsen sind. Oft habe ich mir die Frage vorgelegt, ob man von einem einzelnen Proletarier solche Opfer annehmen darf, und wäre die Aktion um Errichtung von Minoritätsschulen bloss auf eine Agitation von aussen zurückzuführen, so würde ich die Auferlegung solcher Opfer auf die Schultern unserer Arbeiter für unstatthaft halten. Aber der Ruf nach tschechischen Schulen kommt aus den Kreisen der Arbeiter selbst heraus. Die Mitglieder unserer Organisationen in Deutschböhmen haben sich längst für tschechische Schulen aufgeopfert, bevor noch die führenden tschechischen Genossen der Schulfrage das genügende Interesse zugewendet haben. Seit dem Schulstreik vom Jahre 1908, an dem auch die Sozialdemokraten rührig beteiligt waren, haben die tschechischen sozialdemokratischen Organisationen ein grosses Wachstum zu verzeichnen. Die Nichtbeachtung dieser Forderung würde die Mehrzahl der tschechischen Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig machen und sie den Nationalsozialen und Anarchisten in die Arme werfen. Das Streben nach dieser nationalen Forderung ermöglicht uns, die tschechischen Arbeiter in Deutschböhmen zur Internationalität zu erziehen. Es ist daher ein Gebot der politischen Raison für die ganze Partei, diese Massen, die nicht nur sozial, sondern auch national unterdrückt sind, nicht abzuweisen, nur um ihre minimalen nationalen Bedürfnisse nicht fördern zu müssen. Nationale Ruhe würde dadurch nicht erkaufte werden, denn dieselben Massen würden, zwar nicht als Sozialdemokraten, aber in anderen, und zwar nationalchauvinistischen Reihen dieselben Forderungen erstreben. In sozialer Hinsicht hätten wir aber einen Nachteil zu verzeichnen. Denn durch die Vermehrung der nationalsozialistischen und anarchistischen Organisationen in Deutschböhmen würden auch die Reihen der gewerbmässigen Streikbrecher wachsen und darunter hätten die deutschen Genossen mehr zu leiden, als wenn sie in nationaler Hinsicht Zugeständnisse machen, die ihnen nicht schaden.

Freilich birgt die Schulaktion in Deutschböhmen für den Arbeiter ihre Gefahren. Er ist zuviel mit nationalen Fragen beschäftigt. Aber nicht durch seine Schuld, ja gegen seinen Willen. Die Hindernisse, die seitens der Schul- und Gemeindebehörden seiner Aktion in den Weg gelegt werden, die steten Verzögerungen im Unterrichtsministerium lassen den tschechischen Arbeiter nicht zu Atem kommen. Und in dieser Richtung muss gesetzgeberisch Wandel geschaffen werden. Die Errichtung von Minoritätsschulen muss sowohl in finanzieller als bautätiger Richtung von den Ortsbehörden unabhängig gemacht werden. Es müssen gesetzliche Fristen zur Erledigung von Gesuchen und Rekursen bestimmt werden. Für das Bedürfnis einer öffentlichen Minoritätsschule sollte nicht nur die durchschnittliche fünfjährige Kinderzahl, sondern auch das mehrjährige Bestehen einer privaten Schule mit einer bestimmten Kinderzahl entscheidend sein. Die Kosten der Minoritätsschulen sollten den Schulgemeinden und -Bezirken abgenommen und dem Lande oder dem Staate auferlegt werden.

Eine Minoritätsschule kann aber unter bestimmten Verhältnissen in kultureller Hinsicht auch nachteilig werden. Auf den Fortgang der Bildung der Kinder ist die

Grösse einer Schule nicht ohne Einfluss. Nicht nur die Unterrichtssprache ist von pädagogischer Seite zu beachten, sondern auch die Einteilung der Schule in Klassen. Nach der Durchschnittszahl der Kinder wird nicht nur die Frage der Errichtung der Schule entschieden, sondern auch die Klassenzahl bestimmt. Je geringer die Kinderzahl, desto kleiner die Schule*. Kinder, die mit Rücksicht auf die Grösse des Ortes des gründlichen Unterrichtes einer fünf- bis achtklassigen Schule teilhaftig werden könnten, müssen durch die ganze Schulzeit die Bank in ein und derselben Klasse drücken. Sie erlangen, obwohl sie Einwohner einer grossen Stadt sind, nur die Schulbildung, die sonst die Schule des kleinsten Dorfes zu bieten imstande ist. Dies soll kein Argument gegen Minoritätsschulen überhaupt sein, sondern soll im Gegenteil Anlass zur anderweitigen Ausgestaltung von Minoritätsschulen bilden. Ich würde für eine Verbindung kleinerer Schulen in nahen Orten zu einer grösseren Schule plädieren. Selbstverständlich dort, wo dies die Entfernung und die Kommunikationsverhältnisse erlauben.

Und noch auf eine Gefahr möchte ich an dieser Stelle hinweisen. Es ist vom taktischen Standpunkt nicht immer gutzuheissen, wenn für nationale Postulate gemeinschaftliche Manifestationen mit bürgerlichen Parteien veranstaltet werden. Unerfahrenen Massen werden von bürgerlichen Rednern Schlagworte eingegeben, welche ihre noch nicht befestigten Begriffe über den sozialdemokratischen Standpunkt verwirren, sozialdemokratische Redner sind in der kurzen ihnen zugewiesenen Zeit nicht imstande, den prinzipiellen Standpunkt ihrer Partei klarzulegen, und unlautere Elemente benutzen oft solche Gelegenheiten zu feindlichen Aeusserungen gegen die sozialdemokratische Gesamtpartei. Lange hat die tschechische Sozialdemokratie die Scheidung von den bürgerlichen Parteien eingehalten und derartige gemeinsame Manifestationen gemieden. Wenn es trotzdem, insbesondere in Deutschböhmen und Wien, zu einem gemeinsamen Vorgehen gekommen ist und der Anschluss an bürgerliche tschechische Parteien in Schulfragen fortschreitet, so sind nicht zu allerletzt die deutschen Genossen selbst daran schuld. Den meisten tschechischen Genossen wäre ein gemeinsames Vorgehen mit den deutschen Genossen lieber gewesen. Ja es hätte nicht einmal immer einer offenkundigen Teilnahme not getan. Hätten die tschechischen Sozialdemokraten in ihren Forderungen bei den deutschen Genossen einen Rückhalt gefunden, wäre da eine programmatische Einigung vorausgegangen und hätte man sich auch über die Art der Durchsetzung der einzelnen nationalen Bedürfnisse verständigt, so wäre es — auch wenn in gewerkschaftlichen Fragen die Ansichten auseinandergingen — kaum zu einer so weitgehenden Entfremdung der beiden Parteien gekommen.

Die Schulfrage erheischt eine gründliche Auseinandersetzung in der österreichischen Sozialdemokratie, wenn unliebsame Vorkommnisse und Missverständnisse in der Zukunft vermieden werden sollen. Das Verhalten der deutschen Genossen in letzter Zeit hat bei den meisten tschechischen Genossen Verwunderung hervorgerufen. Im Einverständnis mit den deutschen Genossen haben die tschechischen Abgeordneten ihre bekannte Proklamation gegen das tschechische Staatsrecht gemacht. In dem hierauf entstandenen Kampfe wurde von uns das Staatsrecht mit dem Bedeuten bekämpft, dass es die grosse tschechische Minorität in Niederösterreich ausser acht lässt und dass diese Minorität nur bei Durchführung der nationalen Autonomie ihren Schutz finden kann. Der Internationalismus konnte auf dem heissen Boden Böhmens nur in der Weise Verbreitung finden, dass wir auf die Gerechtigkeit der deutschen Genossen und auf ihre vorurteilslose Stellung zu nationalen Forderungen der tschechischen Arbeiter hinweisen durften. In der letzten Zeit ist dieses Vertrauen jedoch abgeschwächt worden und durch die Aus-

* Bis jetzt überwiegen freilich unter den tschechischen Minoritätsschulen in Böhmen solche mit einer grösseren Klassenzahl, und zwar beträgt die Zahl der Klassen: in Dux 6 (+ 6 Parallelklassen), Bruch 6 (+ 10), Klostergrab 5 (+ 2), Ladowitz 4 (+ 3), Neuossegg 5 (+ 6), Bilin 4 (+ 2), Priesen 1 (+ 2), Hostomitz 2 (+ 2), Eidlitz 1 (+ 1), Brüx 7 (+ 10), Tschauš 5 (+ 4), Kopitz 5 (+ 5), Maltheuern 3 (+ 3), Oberleutensdorf 6 (+ 2), Teplitz 4 (+ 2), Turn 5 (+ 5), Kosten 5 (+ 1), Probstau 1 (+ 1), Schumburg 2 (+ 2), Reichenberg 5, Rosenthal 4 (+ 1), Theresienstadt 3, Trautenau 4, Kleinaicha 5, Dobřan 3 (+ 1), Neudorf 2, Nürschan 5 (+ 3), Prachatitz 2 (+ 1), Krumau 4 (+ 1).

legung, die die deutschen Genossen dem Brünner Programm geben wollen, hat auch die Idee der nationalen Autonomie sehr gelitten. Die Sozialdemokratie in Oesterreich als eine internationale Partei war berufen, nationale Fragen zuerst in ihrem Schosse zu lösen und dann geeint diese Lösung zur Durchführung zu bringen. Die Bedeutung der Sozialdemokratie in Oesterreich soll eben in ihrer Fähigkeit, nationale Fragen zu lösen, bestehen und die deutsche Sozialdemokratie kann nur dann von den bürgerlichen deutschen Parteien in nationaler Hinsicht abstecken, wenn sie sich nicht für die Vertreterin eines bevorzugten Volkes ansieht, sondern die Gleichstellung aller Völker Oesterreichs anstrebt. Der Werdegang der Christlichsozialen, welche sich auf eine Reichspartei hinaufspielen wollten und sich dann ins Schlepptau der Herren Weidenhoffer und Konsorten werfen liessen, muss die deutschen Genossen zur grössten Vorsicht mahnen. Mit dem Hinweis, dass wir uns einst bei der grossen Lösung der nationalen Frage finden werden, ist uns wenig gedient, wenn uns die deutschen Genossen Schritt für Schritt bei den brennendsten Fragen im Stiche lassen. Die fortwährende Wiederholung der Forderungen der geschichtslosen Völker (als welche Genosse Bauer im „Kampf“, III. Jahrgang, Seite 484, die Tschechen, Slowenen und Ruthenen bezeichnet) erscheint nach Ansicht des Genossen Bauer den Arbeitern der historischen Nationen nur als Störung des Friedens. Hiebei scheint Bauer übersehen zu haben, dass in letzter Zeit gerade die sogenannten historischen Nationen, die Deutschen und Italiener, nicht erlahmen, ihre nationalen Forderungen (italienische Universität, Gleichstellung im böhmischen Landtage) in den Vordergrund zu stellen. Nationale Forderungen der Deutschen sind es, die den böhmischen Landtag lahmlegen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes verhindern. Muss da nicht die einseitige Mahnung an die „geschichtslosen“ Nationen zur nationalen Ruhe als eine Hintansetzung gegenüber den Deutschen und Italienern aufgefasst werden?

Auch bei den Sprachenvorlagen Bienert's muss beizeiten vorgesorgt werden. Diese Vorlagen sind für die tschechischen Genossen unannehmbar. Die deutschen Genossen beruhigen uns mit dem allgemeinen Hinweis, auch sie seien nicht für die unveränderte Annahme dieser Vorlagen, aber trotzdem wollen sie ihre geschäftsordnungsmässige Behandlung fördern. Darin liegt eine grosse Gefahr künftiger ernster Konflikte. Ohne vorherige Einigung oder wenigstens Besprechung der deutschen und tschechischen Genossen über den Inhalt sollten die Vorlagen zur Verhandlung nicht zugelassen werden. Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass bei der parlamentarischen Verhandlung die deutschen Sozialdemokraten den Ausschlag geben werden über Bestimmungen, welche die tschechischen Arbeiter in Deutschböhmen am heissesten bekämpfen werden. Es wird wohl unter den deutschen Genossen Böhmens viele geben, welche einer Einigung mit den tschechischen Genossen den Vorzug vor ihrer Niederstimmung und den hiermit verbundenen Konsequenzen geben werden. Ich habe bereits einmal eine Zusammenkunft deutscher und tschechischer Genossen Böhmens behufs Besprechung der Schul- und Sprachenfrage proponiert und beabsichtige, mit diesem Artikel nochmals eine solche zu provozieren. Es gibt wohl manche unter den deutschen Genossen, die die Forderungen der Tschechen nicht mit der genügenden Aufrichtigkeit und Gleichwertigkeit behandeln, ebenso wie es in der tschechischen Partei Genossen gibt, die bereits in chauvinistischen Wässern segeln. Es werden sich aber hoffentlich alle die zusammentun, welche an eine ernste und gerechte Lösung der nationalen Fragen denken und welche als den grössten Erfolg der Internationalität die Unvoreingenommenheit und Gerechtigkeit in nationalen Sachen erblicken*.

Prag, Ende August 1910.

* Genosse Dr. Meissner hat uns ersucht, seinen Artikel möglichst bald zu veröffentlichen. Wir erfüllen seinen Wunsch, fügen aber hinzu, dass wir heute eine Fortsetzung unserer Diskussion über die Frage der Minderheitsschulen für zwecklos halten. Solange der Gewerkschaftskonflikt auf beiden Seiten eine erbitterte Stimmung erzeugt, fehlt jede Empfänglichkeit für die Argumente des andern Teiles. Wie sollen wir uns über national-politische Fragen verständigen, wenn wir nicht einmal den Klassenkampf gegen das Unternehmertum in internationaler Gemeinschaft führen können? Wir werden übrigens auf den Artikel des Genossen Meissner zurückkommen; er gibt uns die willkommene Gelegenheit, die Legende von der nationalen Assimilation zu zerstören. Die Red.

August Wesely (Feldsberg): Der nationale Kampf an der niederösterreichischen Sprachgrenze

Im nordöstlichsten Winkel Niederösterreichs (Gerichtsbezirk Feldsberg) befinden sich die drei Kroatendörfer Bischofwarth (1005 Einwohner), Ober-Themenau (1242 Einwohner) und Unter-Themenau (3462 Einwohner), die als Kriegsschauplatz des nationalen Haders in Niederösterreich berühmt geworden sind; wobei das Charakteristische ist, dass die Kroaten, die fast 94 Prozent der Einwohnerschaft dieser Orte ausmachen, eigentlich den passiven, die restlichen 6 Prozent Deutsche und Tschechen mit ihren auswärtigen Auftraggebern und Anhängern jedoch die aktiven Streitteile bilden. Es ist hier somit das in der Weltpolitik nicht seltene Schauspiel zu beobachten, dass zwei kulturell höher stehende Minderheiten um das Recht der Bevormundung einer kulturell tiefer stehenden Mehrheit kämpfen. Selbstredend wähen hier beide „aktiven“ Streitteile im Rechte zu sein: Die Tschechen, beziehungsweise der tschechische Nationalrat in Prag und der Komenskyverein wollen angeblich nur das bedrohte Tschechentum in diesen Orten erhalten; die Deutschen, respektive die sogenannten deutschen Schutzvereine dagegen wollen nur diese „Einbruchstationen des auf die Eroberung Niederösterreichs ausgehenden Tschechentums“ schützen und die „Vorstösse in die Ostmark“ zurückweisen.

Die Schilderung und Beurteilung der aus obigen Umständen hervorgegangenen nationalen Hetze sowie der Versuch, die beiderseitigen Uebertreibungen und Unrichtigkeiten, die nun fortwährend die nationalistische Presse hüben und drüben erfüllen, auf das Mass des Tatsächlichen zurückzuführen, mögen zum besseren Verständnis der hier geschaffenen Situation mit einer volksgeschichtlichen Skizze des Kampfbodens eingeleitet werden.

Unter den vielen Ortschaften des nordöstlichen Niederösterreich, die im Laufe des Dreissigjährigen Krieges gänzlich verödet wurden, befanden sich auch die drei besprochenen Orte, deren ursprüngliche deutsche Bevölkerung durch Kolonisten aus Kroatien ersetzt wurde, welche von dem in diesem Bezirke reich begüterten regierenden Fürstenhause Liechtenstein hierher berufen wurden — schon deshalb, damit der adelige Grundbesitz wiederum zu den notwendigen Robotkräften gelange. Die kroatische Abkunft dieser Bewohner beweisen schon die südslawischen Endungen *vić* und *ćić* bei den meisten ihrer Familiennamen, noch mehr aber die vollständig beibehaltene malerische Nationaltracht, die sie namentlich an Sonn- und Feiertagen zur Schau tragen. Die Männer haben da reinweisse reichgestickte Hemden, Hosen aus rotem Tuch oder weissem Bockleder, die nach ungarischer Art eng anliegen und mit aufgenähten Schnüren verziert sind, und einen kremenlosen Hut, der mit zahlreichen Bändern und einer Reiherfeder geschmückt ist. Die Frauen tragen ein faltiges Hemd mit einem Spitzenkragen und einen farbenreichen Rock. Die allgemeine Fussbekleidung bilden hohe Röhrenstiefel. Bei kühlem Wetter tragen Männer und Weiber lange Schafspelze. Bei Hochzeiten und Kirchweihfesten erscheinen die Burschen wohl auch ganz rot gekleidet, während die Mädchen noch eine mit Bändern und allerlei Flitter überladene Haube tragen. Ebenso farbenreich ist das Aeussere und Innere der Häuser. Auch ihre heimatlichen Gebräuche und Sitten haben die Kroaten beibehalten, nicht so jedoch ihre heimatliche Sprache. Diese haben sie im Laufe der Zeit verloren, dafür aber nicht vielleicht die tschechische, sondern die der benachbarten Slowaken angenommen, die sie wohl vielfach mit kroatischen Vokabeln vermengt haben. Sie sprechen aber auch Deutsch, was sie in ihren bisherigen Schulen gelernt haben und was für sie von grossem Nutzen ist, da sie in ihrem ganzen Verkehr auf das deutsche Hinterland angewiesen sind.

Damit bin ich aber auch schon beim Ausgangspunkt der hiesigen nationalen Wirrnisse angelangt, zu denen der letztere Umstand, dass unsere Kroaten auch die deutsche Sprache in der Schule lernen, Veranlassung gegeben hat.

Die öffentlichen Landesschulen der drei Orte haben nämlich eine eigene, in Niederösterreich einzig dastehende Organisation, sie stehen sozusagen ausserhalb der niederösterreichischen Schulverfassung; denn die Unterrichtssprache ist auf der Unterstufe slawisch und deutsch, auf der Oberstufe deutsch, während der Religionsunterricht nur in slawischer Sprache erteilt wird. Und die Lehrpersonen müssen laut allen bisherigen Konkursausschreibungen ausser der deutschen auch der slawischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. In diesen Orten bestehen also trotz des gegenteiligen Wortlautes der sogenannten Schutzgesetze für die deutschen Kronländer (Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg) zweisprachige öffentliche Schulen, was beispielsweise in Unter-Themenau schon äusserlich in der Doppelaufschrift des neuen Schulhauses „Schule — Škola“ zum Ausdruck kommt. Diese derart organisierten Schulen, die jeder real Denkende für diese Orte als vernünftig und praktisch bezeichnen muss und die auch dem von Bauer und Tomašek verlangten Minoritätsschultyp ähnlich sind, haben es nun den wenigen Tschechischbürgerlichen, die hier Verdienst und Wohnsitz gefunden, angetan und sie appellierten so lange an das „tschechische Nationalbewusstsein“ der Kroaten, bis endlich die Gemeindevertretung von Unter-Themenau der Prager „Národní rada“ den Bau einer Komenskyschule daselbst ermöglichte; wobei wohl bemerkt werden muss, dass diese Agitation vornehmlich der tschechische Klerus, selbst jener der deutschen Nachbargemeinden, eingeleitet und in die Bahnen geführt hat. Der Feldsberger Kooperator Herold kann hierbei in Bischofwarth um so wirksamer auftreten, als er Seelsorger und Religionslehrer dieser nach Feldsberg eingepfarrten Gemeinde ist. Die sich jetzt sehr „deutschradikal“ gebärdenden christlich-sozialen Landtagsherren haben diesen nationalen Kampfahn aus dem Streitgebiet bisher nicht entfernt, weil eben dieser Pater zugleich christlichsozialer Hauptwahlmacher in Feldsberg, dem Wahlort Gessmanns, ist.

Mit der Gründung der Komenskyschule in Unter-Themenau ist aber nicht nur der Konflikt der dortigen Gemeindeverwaltung mit den jüngst in Niederösterreich gegründeten deutschnationalen Kampfvereinen (die die Angelegenheiten der Kroaten natürlich nichts angehen!) und mit den von diesen gedrängten niederösterreichischen Behörden hervorgerufen, sondern auch der Streit unter den Kroaten selbst entfacht worden. Der vernünftige Teil derselben — und es ist der überwiegende — will natürlich die angepriesene Nützlichkeit rein tschechischer Schulen, als welche sich die Komenskyschulen darstellen, nicht einsehen und hält an der durch jahrzehntelange Erfahrung erwiesenen Notwendigkeit der gemischtsprachigen Schulen fest, was wohl die Frequenzzahlen, die die zwei Schulen Unter-Themenaus aufzuweisen haben, am besten dartun.

Diese ergeben folgende Uebersicht*:

Schuljahr	Oeffentliche Schule			Komenskyschule		
	Knaben	Mädchen	Zusammen	Knaben	Mädchen	Zusammen
1909/10	239	196	435	160	133	293
1910/11	228	206	434	185	150	335

Der Meinungsstreit der Kroaten, der sich übrigens immer noch in urbanen Formen bewegt, wird natürlich übertönt von dem aufdringlichen Radau der zumeist aussenstehenden Deutschen und Tschechen, die abwechselnd, teilweise auch gleichzeitig mit ihren Kampfscharen namentlich Unter-Themenau heimsuchen, um bald das Deutschtum, bald das Slawentum zu „retten“, das heisst sich gegenseitig zu beschimpfen und die Köpfe einzuschlagen; wobei — wie schon eingangs erwähnt — die eingeborene Bevölkerung in Unverständnis solcher „Kulturarbeit“ fast ausnahmslos den zuschauenden Teil bildet und allenfalls ein ungeteiltes Interesse den Aufzügen der „Sokoln“ und „Turner“ sowie dem zahlreichen Gendarmerieaufgebot zuwendet. Fast möchte man da

* Die diesjährige auffällige Schülerzunahme der Komenskyschule ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass diese heuer nicht mehr gezwungen war, Kinder infolge Platzmangels zurückzuweisen. Im Vorjahre noch hatte die öffentliche Schule etwa 30 Kinder in die oberste (sechste) Klasse aufgenommen, die in der Komenskyschule keinen Platz gefunden haben. Es ist also in Anbetracht dessen anzunehmen, dass die Besuchszahlen der zwei Schulen in demselben Verhältnis zueinander geblieben sind.

mit Seume ausrufen: „Seht, wir Wilden sind doch bess're Menschen!“ Ueberhaupt scheint diese Art Agitation, Verhetzung und Parteikampf den an ruhige wirtschaftliche Arbeit gewöhnten Kroaten wenig Freude zu bereiten. Ein Beweis dessen ist wohl die Einstellung des Baues der Komenskyschule in Bischofwarth (infolge ausgebrochener Differenzen zwischen der Gemeindevertretung, die dem Baue widerstrebt, und dem Komenskyverein) sowie auch der Rücktritt der zwölf Dissidenten in der Unter-Themenauer Gemeindestube, was die Beschlussunfähigkeit und Auflösung des Gemeinderates zur Folge hatte. Die anfangs November d. J. durchgeführten Neuwahlen machten auch der tschechischradikalen Gemeinderatsmajorität ein Ende; denn es wurden nur im IV. Wahlkörper zwei Tschechischradikale und ein tschechischer Sozialdemokrat mit 310 gegen 251 Stimmen gewählt, während in den drei übrigen Wahlkörpern die deutschfreundlichen Kandidaten (17 deutschfreundliche Kroaten und 4 Deutsche) durchdrangen. Zu diesen Wahlen wäre wohl zu bemerken, dass bei allen Reichsratswahlen seit 1897 sowie bei den letzten Landtagswahlen unsere Kandidaten dortselbst stets die überwiegende Stimmenmehrheit erlangt haben*, weshalb das Kompromiss mit den Radikalen, dem ein einziger Sozialdemokrat seine Wahl verdankt, unverständlich bliebe, wenn man nicht wüsste, dass die kroatischen Arbeiter diesmal ebensowenig wie die kroatischen Bauern einig geblieben sind.

Der Ausgang der Wahlen lässt aber erwarten, dass die deutschfreundlichen Kroaten, die die Mehrheit erlangt haben, die Geschäfte der Gemeinde nunmehr unbeeinflusst von der Radaupolitik der tschechischen und deutschen Chauvinisten führen werden, was den nationalen Kampf an unserer Sprachgrenze seiner wichtigsten Stützpunkte berauben wird, dessen Unsinnigkeit sich übrigens aus der objektiven Betrachtung der ganzen Sachlage ergibt.

Es ist unrichtig, wenn tschechischerseits von einer ihr gehörenden und national bedrohten Minorität gesprochen wird, aber ebenso unwahr, dass die Vertschechung eines „deutschen Gebietes“ angestrebt wird; denn es handelt sich hier um eine innerhalb der drei Orte geschlossene kroatische Majorität, um eine Sprachinsel wie etwa das deutsche Gottschee im slowenischen Krain oder das deutsche Biala im polnischen Westgalizien.

Insolange daher die Tschechen ihre Propaganda auf diese kroatischen Orte beschränken, kann von einer Gefährdung deutschen Gebietes, von einem „Vorstoß in die deutsche Ostmark“ nicht gesprochen werden, denn an dieser Stelle ist die deutsche Ostmark ebensowenig deutsch, wie das sonst slowenische Krain im Gottscheer Bezirk slowenisch oder das polnische Westgalizien in Biala und Umgebung polnisch ist. Und wenn man die Selbstbestimmung der Nationen anerkennt, dann muss es auch hier alleinige Sorge der Kroaten bleiben, ob sie ihre zweisprachigen Schulen für die rein tschechischen Komenskyschulen eintauschen, ihre kroatische Nationalität aufgeben und in der tschechischen aufgehen wollen, und gibt den Deutschen kein Recht, durch öde Demonstrationen innerhalb des Kroatengebietes einen etwaigen solchen Werdeprozess gewaltsam verhindern zu wollen. Das muss auch einmal den Herren um Weidenhoffer und Pittner gesagt werden, die mit ihren sogenannten Schutzvereinen nur das eine erreichen können, dass die bisherige Deutschfreundlichkeit der Kroaten in den von den tschechischen Chauvinisten gewünschten Deutschenhass umschlägt. Mit der Beschimpfung jener Kroaten (namentlich des letzten Themenauer Bürgermeisters Havliček), die bisher den Tschechen ein williges Ohr geschenkt haben, mit dem dummdreisten Kampfgeschrei „Themenau muss deutsch bleiben“ und dergleichen Unsinn mehr wird nur die Separationsarbeit der Tschechen, nicht aber das ebenso verwerfliche Germanisationsbestreben gewisser Kreise gefördert. Wenn trotz der Jahrhunderte deutscher Amtswaltungen und der „deutschen“ Schule die Kroaten ihre nationale Eigenart beibehalten haben, so wird derselben doch unmöglich diese unreife Politik unserer Deutschnationalen irgendwelchen Abbruch tun können. Die Kroaten werden sich hoffentlich von ihrer beiderseitigen Bevormundung freimachen und den bisher verfolgten Weg der Vernunft nicht verlassen, respektive wieder finden. Die meisten derselben wissen schon heute sehr gut, dass die rein tschechische Schule, die ihnen ihre Prager Freunde bescheren wollen, zu ihrer Ab-

* Bei den Landtagswahlen 1908 erhielt unser Kandidat Genosse Gammer 292, der Christlichsoziale Eisenhut 78 und der Tscheche Dr. Pacák 154 Stimmen.

schliessung und Abgrenzung gegen das deutsche Nachbarland führen soll und muss, was natürlich zum grössten Schaden dieser Orte und ihrer Bewohner gereichen würde; denn die Kroaten sind — wie schon gesagt — in ihrem Verkehr auf die Deutschen angewiesen. Und deutsch ist nicht bloss das niederösterreichische Hinterland, sondern auch die nächste Umgebung auf mährischer Seite; so die Stadt Lundenburg in ihrer grossen Majorität, ferner die Orte Eisgrub, Neudeck, Voitelsbrunn, Nikolsburg etc., denen erst in grösserer Entfernung die ärmlichen slowakischen Dörfer folgen. Die Kenntnis der deutschen Sprache bildet für unsere Kroaten geradezu ein Lebensinteresse; und es ist daher sehr bedauerlich, wenn auch tschechische Sozialdemokraten es mit ihren proletarischen Pflichten vereinbar finden, den Slawen hier und überhaupt die Boykottierung der deutschen Sprache anzuraten. Diese Art nationaler Agitation sollten sie doch den bürgerlichen Chauvinisten überlassen, die wohl dem tschechischen Proletariat Niederösterreichs die Kenntnis der deutschen Sprache vorenthalten wollen, ihren eigenen Kindern aber diese zu vermitteln wissen, weil sie eben die wirtschaftlichen Vorteile der Mehrsprachigkeit am eigenen Leibe verspüren. In Niederösterreich (natürlich auch in Wien!) sollen die tschechischen Arbeiterkinder die deutsche Sprache nicht lernen, aber die tschechische Bourgeoisie darf ihre Kinder sogar aus dem inneren Böhmen ins deutsche Gebiet schicken (gegen sogenannten Eintausch; denn auch das deutsche Bürgertum schätzt die Kenntnis der tschechischen Sprache!), damit sie hier die verhasste deutsche Sprache kennen und gebrauchen lernen.

Ich möchte daher zum Schlusse den tschechischen Genossen den wohlmeinenden Rat geben, sie mögen in Zukunft für unsere Kroaten mehr soziales als nationales Mitgefühl bekunden. In Unter-Themenau beispielsweise haben wir die fürstlich Liechtensteinsche Tonwarenfabrik und die Schrammsche Kunstdüngerfabrik, die zusammen etwa fünfhundert Arbeiter beschäftigen, von denen aber kaum zwei Dutzend in — Lundenburg organisiert sind. Und doch denkt und fühlt die kroatische Arbeiterschaft sozialdemokratisch, was die letzten Reichsrats- und Landtagswahlen bewiesen haben und die soeben durchgeführten Gemeindewahlen nicht ändern werden.

Richard Woldt (Berlin): Die Legende vom kapitalistischen Unternehmer

In allen Tonarten wird uns jetzt in Deutschland das Lied gesungen von dem kapitalistischen Unternehmer als dem Träger der heutigen Produktionsweise, als dem geistigen Führer im Wirtschaftsprozess, durch dessen Initiative und Arbeitskraft die Räder der Produktion erst im Gang gehalten werden.

Dass das Unternehmerproblem reizt, ist erklärlich. Es steht in allen Ländern zur Diskussion, wo kapitalistische Kultur sich durchsetzt, wo die grossbetriebliche Entwicklung einen bestimmten Reifegrad erhalten hat. Nächst Amerika und England hat nun Deutschland in den letzten Jahrzehnten die gewaltigsten Industriewerke entstehen sehen. Unsere deutschen Bergwerke, Eisenhütten, Schiffswerften, Grossmaschinenfabriken sind zu Produktionsgebilden herangewachsen, die eine hochentwickelte Maschinenwirtschaft entfalten und durch eine zwangsläufige Arbeitsteilung ungeheure Menschenmassen in die Kreise ihrer Abhängigkeit hineingezogen haben. Bei der Betrachtung dieser Arbeitsbeziehungen zueinander aber wendet sich der suchende Blick naturgemäss den leitenden Köpfen der neuen Wirtschaftsbildungen zu, es gilt die Wesensart der Führerpersönlichkeiten zu erkennen, um sich über die zukünftige Industrieentwicklung klarer zu werden.

Von zwei Seiten ist in neuerer Zeit versucht worden, eine Analyse des modernen Unternehmers zu geben. Zunächst haben sich bürgerliche Gelehrte, Publizisten und Politiker an diese Aufgabe herangemacht. Von ihnen wurde jene reiche Fülle neuerer Literatur zu verarbeiten gesucht, die unsere Kenntnisse von der Unternehmerpsyche erweitern können. Da sind die „Lebenserinnerungen“ erfolgreicher Unternehmer zu nennen

die Biographien, Nekrologe u. s. w. in der Fachpresse und in den Bourgeoisiezeitschriften und -Zeitungen. Natürlich ist hier eine selbständige und kritische Durchsicht unter allen Umständen notwendig. Haben zum Beispiel die memoirenschreibenden Unternehmer meist den lebhaften Wunsch, ihr ganzes Geschäftsgebaren nach Möglichkeit als einen Ausfluss selbstloser, gemeinnütziger, patriotischer, gottgefälliger Gesinnung hinzustellen, so können wir uns doch dadurch sehr wertvolle Einblicke in die Psyche der heutigen „Subjekte kapitalistischer Wirtschaftsverfassung“ verschaffen, wenn wir die Art beobachten, wie von diesen Lebensschicksalen der Mit- und Nachwelt Kunde gegeben wird. Ferner ist zu erwähnen, dass auch auf dem Gebiet der technisch-historischen Forschung jetzt angefangen wird, fleissig zu arbeiten. Der Ingenieur stand bisher viel zu sehr im Dienste unmittelbarer praktischer Arbeit, im Dienste des Unternehmers für den technisch-konstruktiven Fortschritt, um Ruhe und Musse zu finden, die grossen Entwicklungslinien des technisch-industriellen Aufstieges historisch zu verfolgen. Eine Aenderung tritt jetzt ein, dass auch diese Fragen vom Techniker selbst in den Bereich der Untersuchungen gestellt werden. Der Verein deutscher Ingenieure unterstützt materiell die Herausgabe grösserer historischer Werke (Matschoss: Die Entwicklung der Dampfmaschine, Jahrbuch der Geschichte der Technik und der Industrie). Diese historischen Studien über die Entwicklung des deutschen Industrialismus werden uns ebenfalls den Blick schärfen für die Charakteristik der Unternehmerpersönlichkeiten, die im Vordergrund der Ereignisse standen.

Von der bürgerlichen Forschung wird das Unternehmerproblem allerdings nicht in seiner Gänze betrachtet. Freilich verschliesst man sich nicht der Tatsache, dass die Entwicklung zum Kapitalismus nicht in dem Masse kulturfördernd gewirkt hat, wie man das meist hinzustellen beliebt. Vielmehr haben die Führer im Produktionsprozess als rücksichtslose Eroberernaturen eine Wirtschaftspolitik getrieben, die jenseits aller Gemeinsamkeitsideale lag. Aber man tröstet sich damit, dass solche Dinge ein Uebergangsstadium sind. Nur die Gesetzgebung brauche hier hemmend und hindernd einzugreifen. Im übrigen wird dem Kapitalismus nachgerühmt, dass er uns reicher gemacht und unsere allgemeine Lebensführung gehoben habe. Die menschliche Arbeit sei durch ihn verfeinert worden, die Maschinenwirtschaft habe die frühere Muskelkraft des Handarbeiters der Maschine übertragen, der Mensch werde der Dirigent der neuen Maschinengebilde, der technische Fortschritt im Dienste des Kapitalismus habe also die Arbeit des früheren Muskelkraftarbeiters „vergeistigt“. Und alle diese Herrlichkeiten hätten wir dem Unternehmer zu verdanken, dieser modernen Eroberernatur, dessen individuelle Begabung richtend und bestimmend auf das Gedeihen des Unternehmens einwirkt und deshalb für den gesamten Wirtschaftsprozess unentbehrlich ist.

Zur zweiten Gruppe der Forscher, die sich mit dem Unternehmerproblem beschäftigen, gehören die berufsmässigen Advokaten der Unternehmerinteressen. Die deutschen Industriellen haben das Glück gehabt, dafür sogar einen professoralen Leibjäger zu erhalten. Auf dem Wege einer von ihm selbst zusammengebrauten Methode sucht der Professor Richard Ehrenberg aus Rostock durch seine „exakten Wirtschaftsforschungen“ den Beweis zu erbringen, dass die menschliche Gesellschaft den individuellen Einzelunternehmer als Lokomotivführer nicht entbehren kann, dass die Tätigkeit des modernen Unternehmers uneingeschränkt zur Entfaltung kommen müsse.

Wir erleben gegenwärtig bei uns in Deutschland das an sich ganz lustige Schauspiel einer Professorenhetzerei, in deren Mitte dieser Professor Ehrenberg eine nicht gerade beneidenswerte Rolle spielt. Ehrenberg regaliert die Kollegen seiner engeren Zunft nun mit einer Verteidigungsschrift*, in der ihm das Unglück passiert, wie so oft in solchen Fällen, die Belegstücke für Tatsachen herbeizubringen, deren Richtigkeit er bestreiten wollte. Ganz abgesehen von seinen Theorien, die auch die bürgerliche Forschung fast ausnahmslos als undiskutabel bezeichnet, macht man ihm vor allen Dingen den Vorwurf, dass er sich den Unternehmern gegenüber in finanzielle Abhängigkeiten eingelassen hat. So steht, auch nach seiner Verteidigungsschrift, fest, dass Ehrenberg nicht nur als Agent auf dem Katheder, sondern auch als Stellenvermittler im Interesse

* Terrorismus in der Wirtschaftswissenschaft. Zweites und drittes Heft der Sammlung: Gegen den Kathedersozialismus.

der Unternehmer ausbeutet. Für die Besetzung der literarischen Bureaus in den gross-industriellen Werken und für die publizistische Vertretung durch die Tagespresse besorgt Ehrenberg aus seinen Schülern die notwendigen Hilfskräfte. Deshalb wissen auch die Unternehmer ihren Ehrenberg gebührend zu schätzen, sie haben als Gegenleistung seine Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung „finanziert“. Da Ehrenberg in eine einflussreiche Professur nach Leipzig hineingeschoben werden wollte, haben die Unternehmer durch einen ihrer parlamentarischen Unterhändler (Dr. Stresemann, Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller) dem sächsischen Kultusminister erklären lassen, dass sie die Versetzung Ehrenbergs wünschen. Zugleich wurden dem Vater Staat 30.000 Mark jährliche Subventionen geboten, die die Unternehmer regelmässig zahlen wollten, wenn dieser Mann dort seine einzig wahre Wissenschaft verkündigt. Die ganze Affäre mit ihrem Drum und Dran ist zugleich eine hübsche Illustration zu dem Wort von Marx: „Der Gelehrte ist der Kuli des Kapitalisten.“ Schon diese Daten zeugen, durch welche Mittel bei uns die unternehmertreue Wirtschaftswissenschaft gehegt und gepflegt wird.

* * *

Jede Gütererzeugung hat drei Grundfunktionen zur Voraussetzung, die Arbeit des Kaufmannes, des Technikers und des Organisations. Ganz zutreffend hat das kürzlich in einem Vortrage Dr. Alexander Tille, ein Syndikus der vorwiegend eisenindustriellen Unternehmergruppe Deutschlands, charakterisiert, nur dass er dabei zu ganz anderen Schlussfolgerungen kommt. Soweit der moderne Werkleiter „einen vorhandenen oder einen entstehenden Bedarf erkennt und ihn durch billiges Angebot zu befriedigen trachtet, soweit er tätig ist, den Mitbewerber zu unterbieten, so weit ist er Kaufmann. Soweit er mit technischen Hilfsmitteln Waren erzeugt, so weit ist er Techniker. Soweit er die Herstellung von Waren und den Betrieb organisiert, so weit ist er Organisator“.

Die Argumentation der Tille und Genossen, die bis dahin ganz richtig die prägnanten Gesichtspunkte herausarbeitet, die hier zur Debatte stehen, wendet nur dann die gerissene Dialektik an, alle die hier beschriebenen Funktionen einem Unternehmertyp anzudichten, den es in Wirklichkeit nicht gibt. Der Unternehmer wird als der geniale Kaufmann, der geistig produktive Techniker, der tüchtige Arbeitsorganisator hingestellt, von dessen dreifacher erfolgreicher Tätigkeit das Gedeihen des Unternehmens abhängig ist. Sehen wir zu, wie sich in Wirklichkeit die Dinge verhalten.

Die ganze Beweisführung stimmt schon nicht beim Kleinbürger. Wohl ist zum Beispiel der Kleinmeister in seiner Person Techniker, Kaufmann und Arbeitsorganisator. Er ist Techniker, indem er auf Verbesserung seiner technischen Hilfsmittel, seiner Werkzeuge und Maschinen sinnt, um Waren herzustellen. Er ist Kaufmann, indem er durch billiges Angebot einen bestimmten Bedarf für seine Erzeugnisse zu befriedigen sucht. Er ist Organisator, indem er die Herstellung von Waren und den Betrieb organisiert, indem er seine eigene Arbeit oder die seiner Gehilfen und Lehrjungen möglichst vorteilhaft einteilt. Alle drei Funktionen übt er naturgemäss in sehr kleinem Massstabe aus. Immerhin kann man behaupten, dass der Kleinbetrieb das Spiegelbild der „Unternehmerfähigkeiten“ seines Besitzers aufzeichnen wird. Von dem Fleisse, der Initiative, der rein fachlichen Handgeschicklichkeit, der kaufmännischen Gerissenheit des Handwerksmeisters wird es abhängig sein, ob er sein Geschäft erfolgreich über die Fährnisse im wirtschaftlichen Leben hinwegführen kann oder nicht. Im Kampfe mit seinesgleichen wird sich der geschickte Handwerksmeister und befähigte Unternehmer siegreich behaupten. Aber alle seine „Unternehmertugenden“ können ihm nichts mehr nützen, wenn ihm ein Kampf mit einem Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung aufgezwungen wird. Im Konkurrenzkampf zwischen Handwerk und Fabrik muss der Kleinmeister unterliegen, nicht deshalb, weil der Fabrikant als Unternehmer befähigter ist, sondern weil der Fabriksbetrieb als solcher an technisch-organisatorischen Machtmitteln und vor allen Dingen an Kapitalkraft reicher ausgestattet ist. Der Kleinmeister wird immer mehr ein Spielball der Stürme des kapitalistischen Lebens, ein untergehender Stand, dessen Niedergang und Leidensgeschichte wir gerade erkennen können, wenn wir die historische Wirtschaftsentwicklung der letzten hundert Jahre vor unseren Augen vorüberziehen lassen.

Noch viel weniger treffen die Voraussetzungen für die Unentbehrlichkeit des individuellen Unternehmers im Produktionsprozess des Grossbetriebes zu. Hier zeigt sich, dass die eigentlichen Unternehmerfunktionen Lohnarbeiterfunktionen sind.

So ist der Erfinder im heutigen Industriebetrieb ein Lohnarbeiter. Es wäre an sich ein reizvolles Kapitel, das Erfinderproblem im modernen Grossbetrieb eingehend zu erörtern. Hier geht die bürgerliche Forschung flüchtig und verständnislos vorbei. Wie inhaltslos und armselig ist das, was Professor Werner Sombart in seiner trotz ihrer Mängel sonst sehr nachdenklichen neueren Studie über den kapitalistischen Unternehmer* zu sagen weiss. Der technisch-industrielle Fortschritt ist heute längst nicht mehr von der Geistesarbeit personaler Unternehmer abhängig, wie es in bedingten Grenzen im Anfangsstadium der grossindustriellen Entwicklung noch möglich war. In zwangsläufiger Arbeitsteilung wird die konstruktive Erfindungsarbeit einer Angestelltengruppe, einer Lohnarbeiterschicht, übertragen. Der Konstrukteur entwirft die neue konstruktive Idee rein zeichnerisch auf dem Papier. Sie ist vorläufig noch halbfertig und unvollständig. Die Zeichnung wandert durch verschiedene Instanzen, wird verbessert und abgeändert. Das erste Modell wird in der Versuchswerkstatt ausgeübt, dann ausprobiert und erleidet auch hier durch die Mitarbeit der verschiedenen Praktiker mancherlei Veränderungen und Verbesserungen. Die fertige Konstruktion wird nachher als sogenannte Etablissemenserfindung angemeldet, den Nutzen zieht die Firma, nicht der Angestellte. Und wenn auf einer Ausstellung die Aesthetiker des Kapitalismus vom Schläge Naumans eine neue kunstvolle Maschine bewundern, dann preisen sie die Unternehmertüchtigkeit und kommen nicht auf den Gedanken, dass hier das Resultat einer wunderbar durchgeführten Arbeitsteilung von einer ganzen Gruppe anonymer Lohnarbeiter vorliegt, der Unternehmer und das Unternehmen dagegen nur den Profit herauschlägt.

Ebenso ist der Unternehmer in seiner Person auch nicht Kaufmann. Auch dafür hat er seine Angestellten. In der Verkaufsorganisation eines grossen Werkes muss der leitende Beamte mit seinem Stab von Hilfskräften für den Unternehmersäckel eine profitable Verkaufspolitik und Preistreiberei vornehmen. Wenn am Jahresschluss der Profit ausbleibt, werden die dafür „verantwortlichen“ Angestellten, sofern sich ihre Schuld nachweisen lässt, als untüchtig ihres Amtes enthoben. Und der Angestellte als Organisator muss die Fähigkeit in reichem Masse besitzen, „die Herstellung von Waren und den Betrieb zu organisieren“, wenn er sich in seiner Stellung behaupten will. Aus dem Zeichensaal, aus dem kaufmännischen Kontor, aus der Werkstatt ist also der Unternehmer herausgetreten, er lässt durch eine Bureaucratie von abhängigen Angestellten seinen Betrieb leiten und verwalten. Welche Funktionen sind nun noch für ihn übrig geblieben?

Hier haben wir eine Unterscheidung zwischen passiven und aktiven Unternehmern zu machen. Als passiven Unternehmer möchte ich den Kapitalisten bezeichnen, der wohl sein Geld hergibt, sonst aber zu dem Betrieb in keinen Beziehungen weiter steht. Er meldet sich nur auf der Generalversammlung, um die Bestimmung der Dividende zu verlangen, die für ihn im Laufe des Geschäftsjahres erarbeitet worden ist. Dieser Typ führt also eine Parasitenexistenz, ist eine Schmarotzerpflanze am kapitalistischen Wirtschaftskörper. Seine Notwendigkeit als Arbeitskraft bei der Werterzeugung lässt sich beim besten Willen nicht nachweisen. Dagegen sucht man den aktiven Unternehmer, der als Aktienbesitzer Generaldirektorenstellen bekleidet, im Aufsichtsrat der betreffenden Gesellschaft sitzt oder sonst auf die Betriebsführung einen persönlichen Einfluss ausübt, als die „wirtschaftliche Persönlichkeit“ zu verherrlichen.

Der aktive Unternehmer ist einerseits „Arbeitsorganisator“ höherer Ordnung, andererseits Börsenspekulant. Er ist Arbeitsorganisator der höheren Verwaltungsbureaucratie gegenüber, die er ebenfalls in eine zwangsläufige Arbeitsweise einspannt. Er „organisiert“ die ihm unterstellten Arbeitskräfte zum planvollen Zusammenarbeiten. Jede Kunst der „Organisation“ ist eine besondere Form der Ausbeutung, der aktive Unternehmer ist also auch in diesem Sinne zunächst als Ausbeuter zu bezeichnen.

Aber seine Tätigkeit spielt sich noch in einem viel grösseren Rahmen ab; auf dem Wirtschaftsmarkt werden von ihm börsentechnische Transaktionen vorgenommen.

* Archiv für Sozialpolitik und Sozialwissenschaft, 3. Heft, Jahrgang 1909.

So werden die Produktionsunternehmungen mit allen möglichen Tochtergesellschaften „verschachtelt“, die Praxis erfordert hier Leute, die mit den Künsten und Pfiffen finanzieller Börsenmanöver erfahren sein müssen. Der Unternehmertyp hat nach dieser Richtung hin ganz bemerkenswerte Veränderungen erfahren. Man stelle einmal als Beispiel dem alten Siemens den jetzigen Generaldirektor Rathenau der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gegenüber. Beide erfolgreiche Unternehmer des gleichen Industriezweiges und doch in der Art ihrer Lebensarbeit grundsätzliche Unterschiede. Man mag sich frei halten von allem Personenkultus, den die Biographen mit dem alten Siemens machen, um doch zuzugestehen, dass Siemens vor allen Dingen Techniker gewesen ist, dass er auf seinem technischen Fachgebiet als ein wissenschaftlicher Geistesarbeiter ersten Ranges gearbeitet hat. Demgegenüber verkörpert E. Rathenau den neueren Unternehmertyp, dessen Verdienste nicht mehr in fruchtbarer technisch-wissenschaftlicher Geistesarbeit bestehen, sondern auf dem Gebiete börsentechnischer Finanzoperationen liegen. Als die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft vor zwei Jahren ihr 25jähriges Jubiläum feierte, haben die Schreiber der Fachpresse in ihrer Art Rathenau, den Gründer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, ganz richtig gewürdigt. Sie haben ihn wegen seiner Geschicklichkeit angelobt, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft durch einen Rattenkönig von allen möglichen Gründungen finanziert zu haben. Die inneren Notwendigkeiten zur Ausdehnung des kapitalistischen Betriebes führen dazu, sich durch börsenmässige Schiebungen auf dem Wirtschaftsmarkt das Verfügungsrecht über die dazu notwendigen Kapitalien zu sichern*. Und diese Börsenpolitik muss mit den schlimmsten Mitteln durchgeführt werden.

Nicht ganz zufällig haben sich auf dem Sumpfboden des amerikanischen Kapitalismus die erfolgreichen Unternehmer und Milliardäre zu kapitalistischen Bestien entwickelt. Das Studium der amerikanischen Kultur gibt uns wertvolle Einblicke in die Entwicklungstendenzen, die der Aufstieg zum Kapitalismus an sich im Gefolge haben muss. Dort mussten sich die feinsten Typen des modernen Unternehmertums herausbilden und die Aesthetiker des Kapitalismus sollten nicht verfehlen, sich mit dieser Kehrseite der Medaille zu beschäftigen.

So zeigt uns schon eine flüchtige fragmentarische Betrachtung ein anderes Bild, als es uns die literarischen Advokaten der Unternehmerinteressen einreden wollen. Nur in der Frühperiode des aufkommenden Industrialismus treten die ersten Unternehmer als Führerpersönlichkeiten klar und sichtbar in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens. Sie sind, in bedingten Grenzen betrachtet, noch in ihrer Person Kaufleute, Techniker, Organisatoren, als individuelle Arbeitskräfte für das Gedeihen des einzelnen Betriebes von ausschlaggebender Bedeutung. Mit der Vergrößerung des Unternehmens werden diese Tätigkeitsgebiete zu Lohnarbeiterfunktionen ausgebildet. Der eigentliche Unternehmer wird in die Rolle eines Geldgebers und Geldspekulanten hineingedrängt. Er verliert als individuelle Arbeitskraft alle Beziehungen zum Unternehmen. Als Aktionär wird er zum Parasiten, als aktiver Unternehmer zum Börsenspieler. Die sachlich kapitalen Triebkräfte drängen auch hier auf der ganzen Linie das persönliche Element, die persönlichen Fähigkeiten des Menschen, in den Hintergrund und der moderne Grossbetrieb zeigt sich uns als ein wunderbar fein verästelter Organismus, dessen inneres Leben nur durch eine zwangsläufig durchgeführte Lohnarbeit bedingt ist. Und darin schlägt die Stärke des modernen Grossbetriebes zugleich in sein Gegenteil um. Mag das betriebsorganisatorisch hochentwickelte Bergwerk, Hüttenwerk, die Schiffswerft, die Grossmaschinenbauanstalt in der ganzen Massigkeit der Erscheinungsformen uns entgegentreten, die anonyme Lohnarbeit der Gesamtheit der Arbeitnehmer, der Hand- und Kopfarbeiter, ist doch das einzige Lebensmoment in diesen Wirtschaftsgebilden. Wo diese Lohnarbeit versagt, wird der moderne Grossbetrieb zum leblosen Körper. Die literarische Leibgarde des Unternehmerkapitals mag sich die Finger wund schreiben, sie wird diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen können.

* Der Freiburger Professor Liefmann hat gerade darüber jetzt eine sehr lesenswerte Studie über Finanzierungsgesellschaften veröffentlicht.

Franz Pattermann: Ein Stück kapitalistischer Entwicklung

Die österreichische Arbeiterbewegung hat schwere Hindernisse zu überwinden. Sie hat nicht nur den allgemeinen Indifferentismus der Massen zu bekämpfen, die nationalen Wirren lenken die Aufmerksamkeit von den ökonomischen Fragen ab, die Abwehr des mächtig aufstrebenden Klerikalismus legt Kräfte brach und nimmt viel Zeit in Anspruch und dazu kommt, dass unsere Jugend mit vollständig unzureichender Elementarbildung aus der Volksschule austritt und in den meisten Fällen mit getrübttem Blick ins Leben tritt. Alle diese Zustände bringen es mit sich, dass sich der Grossteil der organisierten Arbeiterschaft wenig oder gar nicht mit ökonomischen Fragen beschäftigt. Die Triebkräfte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bleiben ihm fremd und so finden wir in den eigenen Reihen Anschauungen, die sich durch nichts von denen der christlichsozialen und nationalen Mittelständler unterscheiden. Das Parlament, die Abgeordneten sollen helfen, die kapitalistischen Fortschritte zu hemmen. In allen bürgerlichen Parteien finden sich Demagogen, welche solche Anschauungen unterstützen. Ich selbst war einmal Zeuge, wie organisierte Arbeiter einem christlichsozialen Referenten Beifall klatschten, als er vom Staate eine Beschränkung der Maschinen, also einen Verzicht auf die Ausnützung des technischen Fortschrittes forderte. Selbst ein grosser Teil unserer tätigen Vertrauenspersonen ist sich der Notwendigkeit des technischen Fortschrittes nicht bewusst und man kann sehr häufig ganz rückständige zünftlerische Anschauungen hören, die auch gar nicht selten in den Gewerkschafts- und Parteiblättern laut werden. Nachstehend eine beschränkte Uebersicht, wie die kapitalistischen Triebkräfte in der österreichischen Tabakindustrie wirken:

Bis Ende 1896 wurde das österreichische Tabakmonopol ganz bürokratisch verwaltet. Fabrikation und Verschleiss waren getrennt. Die Fabrikation unterstand einer Zentralkommission, der Verschleiss den Landesfinanzdirektionen. Diese Stellen waren in ihrem Wirkungskreis noch durch das Finanzministerium beschränkt. Es ist selbstverständlich, dass unter solchen Produktionsbedingungen jedes Vorwärtsschreiten ausgeschlossen war und ganz unhaltbare Zustände eintraten. In der einen Fabrik lagen die Vorräte aufgestapelt, in der anderen war Mangel daran. Bis sich die einzelnen Instanzen verständigt hatten, verging lange Zeit und die Frachtspesen erreichten eine beträchtliche Höhe.

Mit 1. Jänner 1897 wurden alle Agenden der Generaldirektion der Tabakregie übertragen und wenn auch nicht aller Bürokratismus beseitigt wurde, war damit die Vorbedingung der normalen kapitalistischen Entwicklung geschaffen. Zur Zigarettenfabrikation wurden Maschinen aufgestellt und neue Arbeitsmethoden versucht, um die persönliche Leistung zu steigern. Solange die Erzeugung wesentlich Handarbeit war, scheiterten alle Versuche, die Arbeiterschaft zu organisieren. Erst die technische Entwicklung führte zu einem Erfolg. Die damalige Leitung der Tabakregie war nicht so kurzsichtig, diese Bestrebungen zu unterdrücken, und nur einzelne Fabrikleitungen schufen sich ein Gegengewicht durch tatkräftige Unterstützung der Christlichsozialen.

Als man daranging, kapitalistisch zu reformieren, wurden Mängel sichtbar, die man früher gar nicht beachtet hatte und die noch nicht vollständig beseitigt sind. So zum Beispiel ist es heute noch der Fall, dass in Goding der Zigarettentabak für Landskron geschnitten wird und dadurch unnötige Frachtspesen entstehen. Immerhin hat die Entwicklung rasche Fortschritte gemacht und in absehbarer Zeit wird die Handzigarettenfabrikation zu existieren aufhören.

Welche Fortschritte gemacht wurden, zeigen nachstehende Ziffern. Es waren motorische Kräfte vorhanden:

	1897		1908	
	Anzahl	Pferdekräfte	Anzahl	Pferdekräfte
Dampfmotoren	23	688	28	1685
Elektromotoren	4	75	340	801
Wassermotoren	1	4	3	68

Die Steigerung der motorischen Betriebskräfte ist ausschliesslich in der Zigaretten- und Rauchtobakfabrikation erfolgt. Die Zahl der Arbeitskräfte im Vergleich zur Zigaretten-erzeugung hat sich in folgender Weise entwickelt:

Jahr	Bei der Zigaretten- fabrikation waren Personen beschäftigt	Erzeugte Stück Zigaretten
1899	7678	2.563,736.715
1900	8401	3.101,120.900
1901	8286	3.253,138.685
1902	8161	3.414,002.575
1903	7998	3.430,009.110
1904	8209	4.136,882.409
1905	7924	4.416,195.822
1906	7593	4.255,939.240
1907	7128	4.843,787.490
1908	6636	5.238,097.620

Selbstverständlich mussten Investitionen gemacht werden, um diese Entwicklung zu ermöglichen. Der Wert der Gebäude, Maschinen und Rohmaterialien betrug Ende 1897 123,425.970 K, Ende 1908 schon 176,562.358 K. Dagegen betrug der an die Staatskasse abgeführte Reinertrag im Jahre 1897 127,359.980 K, im Jahre 1908 166,339.124 Kronen. In Wirklichkeit ist die Steigerung noch höher, denn 1897 war eine Aktivaverminderung von 2,258.178 K, im Jahre 1908 eine Vermehrung um 9,073.297 K zu verzeichnen.

Durch die Organisation war es der Arbeiterschaft möglich, eine Reihe wesentlicher Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu erreichen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 54 Stunden im Jahre 1905 auf 51 Stunden in zwei Raten herabgesetzt. Wie bei allen Arbeitszeitverkürzungen wurden auch in den Tabakfabriken die gleichen Erfahrungen gemacht. Ein Teil der Arbeiterschaft war der Meinung, dass es unmöglich sei, bei kürzerer Arbeitszeit die gleiche Leistung zu erreichen, aber schon nach kurzer Zeit trat eher ein Steigen als ein Sinken der Leistung ein. Bemerkenswert ist, dass die christlichsoziale Organisation eine Verminderung der Leistung verlangt hatte. Selbstverständlich mussten sich die Leiter dieser Organisation klar sein, dass ein solches Zugeständnis ausgeschlossen ist; sie hatten die Forderung eben nur aufgestellt, um die Arbeiterschaft irrezuführen. Hier soll von den anderen Verbesserungen abgesehen werden und nur die Lohnfrage eine kleine Beleuchtung erfahren. Der Jahresdurchschnittsverdienst einer Arbeitsperson betrug 1897 K 413'71, im Jahre 1908 K 641'95, die Lohnsteigerung beträgt also 55 Prozent. Trotzdem ist der Jahresdurchschnittsverdienst beschämend niedrig. Im Jahre 1897 kamen auf eine Arbeitsperson Verschleisseinnahmen K 4831'53, im Jahre 1908 K 6701'77, die Steigerung beträgt demnach 39 Prozent. Der beste Beweis, dass die Lohnsteigerungen durch den technischen Fortschritt mehr als wettgemacht wurden.

Der technische Fortschritt der letzten Jahre hatte sich auf die Rauchtobak- und Zigarettenfabrikation beschränkt. Der Geschmack des Publikums hat sich vollständig verändert, die Pfeife ist fast ganz verschwunden und auch der Zigarrenkonsum geht zurück, dagegen ist der Zigarettenkonsum gewaltig gestiegen. Die Zigarrenraucher klagen mit Recht, dass die Qualität der Zigarren gesunken ist, deshalb wird nun eine allgemeine Reform der Zigarrenfabrikation durchgeführt. Der Rückgang der Qualität erklärt sich auf einfache Weise. Die Preise des überseeischen Rohtabaks sind in den letzten Jahren ganz bedeutend gestiegen und die Tabakregie hat sich beholfen, statt des früheren Rohtabaks bester Qualität mindere Sorten einzukaufen. Der Beweis für diese Manipulation ist, dass der Durchschnittseinkaufspreis für einen Meterzentner Ausländer-Rohtabak im Jahre 1897 K 268'48, im Jahre 1908 K 228'02 betrug. Trotz der gestiegenen Preise wurde billiger eingekauft! Nun sollen die Klagen der Raucher beseitigt werden, dazu sollen zweierlei Reformen durchgeführt werden. Erstens eine Erhöhung der Verschleisspreise. Die Verwaltung der Tabakregie hüllt ihre dahinzielenden Pläne in vollständiges Dunkel. Nur so viel ist sicher, dass mehrere neue Sorten eingeführt werden, deren Preise direkt höher gestellt werden. Ob auch die Preise der jetzigen Sorten erhöht werden, hängt von den Vereinbarungen mit der ungarischen Tabakregie ab;

diese soll auf eine Erhöhung drängen. Eine Erhöhung haben auch österreichische Politiker, so der Abgeordnete Otto Steinwender, angeregt, um der Finanznot des Staates zu steuern. Diese Angelegenheit ist aber ausschliesslich Sache der Zigarrenraucher.

Zweitens wird die Erzeugung technisch, durch Einführung der neuesten Maschinen, ausgestaltet. Gegenwärtig sind bereits mehr als 40 Puppenwickelmaschinen aufgestellt. Eine Maschine erzeugt bei Bedienung von drei Personen eine Wochenleistung von 30.000 Stück, die Handleistung einer Arbeiterin beträgt 3000. Auch zum Einspinnen der Puppen werden bereits Maschinen aufgestellt. Eine dieser Maschinen erzeugt bei Bedienung von zwei Arbeiterinnen 12.000 in der Woche, während bei der Handarbeit ebenfalls im Durchschnitt 3000 erzeugt werden. Diese technische Ausgestaltung muss ein weiteres Sinken der Zahl der Beschäftigten zur Folge haben und die Tabakarbeiterschaft beschäftigt sich lebhaft mit dieser Frage. Weil nun die Kenntnis der ökonomischen Entwicklung fehlt, verfallen viele auf falsche Wege. Die Tabakfabriken befinden sich zum grössten Teil in industriell rückständigen Gegenden, wo die Tabakfabrik die einzige Verdienstmöglichkeit bietet. Einige Fabriken, wie Sternberg, Zwittau etc., liegen in Textilzentren, wo die Löhne ausserordentlich niedrig sind. Es ist deshalb leicht erklärlich, dass ein christlichsozialer Redner Beifall findet, wenn er die Einschränkung der Maschinen, selbstverständlich nur in der Versammlung, verlangt. Die Unkenntnis der Arbeiterschaft über die Notwendigkeit der technischen Entwicklung bedeutet aber eine schwere Gefahr für sie, weil sie sich der Möglichkeit beraubt, auch für sie einen Vorteil herauszuschlagen.

Für diese Entwicklung in der Tabakregie waren freilich auch noch andere Triebkräfte vorhanden, welche öffentlich nicht wahrnehmbar sind. In einigen Orten, wie in Sternberg, Neutitschein und Zwittau, haben die Unternehmer fortwährend Beschwerde erhoben, dass ihnen die Tabakfabrik die besten Arbeitskräfte wegnimmt. Wenn diese Behauptung auch unrichtig ist, so hat sie doch dahin gewirkt, dass man Mittel in Erwägung zog, um sie zu beseitigen. Die Wahrheit über die Ursache des Mangels an Arbeitskräften ist, dass die besten und tüchtigsten Arbeitskräfte ausgewandert sind, weil sie bei den niedrigen Löhnen in der Heimat nicht existieren konnten. Würden sich die Unternehmer nur einmal die Frage ernstlich vorlegen, wie es möglich ist, dass die Textilarbeiter in Sternberg bei einer Unterstützung von 5 K wöchentlich durch neun Monate streiken konnten, so müssten sie zur Selbsterkenntnis kommen. Das Geheimnis löst sich auf einfachste Weise damit, dass der wirkliche Verdienst in den dortigen Fabriken, im Durchschnitt, nicht viel höher ist. Die Organisation der Tabakarbeiterschaft hat unter diesen Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Arbeiterschaft vor Irrwegen zu bewahren.

Hans Zähler: Die nächste Volkszählung

Am letzten Tage dieses Jahres findet in Oesterreich eine Volkszählung statt. Gerade für die Arbeiter, die an der Aufhellung der sozialen Zustände und deshalb an statistischen Arbeiten das grösste Interesse haben sollten, ist die Ermittlung des Bevölkerungsstandes von der grössten Wichtigkeit. Die Bedeutung eines so umfassenden Zählwerkes sollte jeder erkennen, leider ist aber die Bedeutsamkeit der Statistik im allgemeinen, der Volkszählungen im besonderen, viel zu wenig Gemeingut des Volkes; selbst elementare Tatsachen über die Volkszählungen, über die Notwendigkeit, sie zu fördern, sind noch viel zu wenig verbreitet. Die Statistik erscheint vielen als etwas Unnötiges, die Volkszählung als eine bedauerliche Belästigung der Bevölkerung. Wo das Interesse für sie vorhanden ist, empfindet man es peinlich, dass nicht die wirklich entscheidenden Gesichtspunkte die Anteilnahme der Bevölkerung erklären, dass die Volkszählung, die eine objektive Feststellung des Zustandes der Bevölkerung sein soll, zum Zankapfel der Parteien wird, so dass eine tendenziöse Ausfüllung der Fragebogen weit mehr durch das Interesse an dieser Zählung vorbereitet wird, als eine wirkliche Feststellung unseres Bevölkerungsstandes.

Für uns ist die Volkszählung eine an sich wichtige und bedeutsame Feststellung, sie ist uns weiter die Voraussetzung der meisten uns im engeren Sinne interessierenden statistischen Erhebungen des Staates, der Länder, der Korporationen und auch der Privaten. Insbesondere die Sozialstatistik kann aus der Volkszählung erhebliche Kenntnisse ziehen und mannigfache Anregung zu weiterer Arbeit finden. Bei uns interessiert man sich bei der Volkszählung weit mehr als um sozialstatistische Probleme um die Frage des nationalen Bekenntnisses. So sehr ist unsere Volkszählung Streitobjekt, dass wir noch immer unsere Volkszählung auf Grund eines in mannigfacher Beziehung veralteten Gesetzes vornehmen, des Gesetzes vom Jahre 1869. Man wagt nicht, dieses Gesetz abzuändern, weil man fürchtet, dass unerfüllbare Forderungen nationaler Art aufgeworfen würden, wenn man den Mut hätte, nach 41 Jahren eine Reform dieses Gesetzes vorzuschlagen. Auch internationale Vereinbarungen über den Zeitpunkt und den Umfang der Volkszählungen haben bisher unsere Volkszählungen kaum beeinflussen können. Dass unsere Volkszählung und die für den Vergleich besonders wichtigen Volkszählungen in benachbarten Staaten nicht gleichzeitig stattfinden, ist im hohen Masse bedauerlich. Im Deutschen Reich zum Beispiel wird die Bevölkerung am 1. Dezember um die Mitte und am Ende jedes Jahrzehnts gezählt, bei uns am letzten Tage jedes Jahrzehnts. Auch die Volkszählungen anderer Nachbarstaaten fallen nicht mit dem Zeitpunkt unserer Zählung zusammen. Bei der Aufstellung der Fragebogen für die Volkszählungen der verschiedenen Länder sehen wir weit mehr Verschiedenheiten, als es im Interesse der Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse und für internationale Feststellungen erwünscht sein kann.

Vieles wäre über die nicht erfüllten Anregungen und über manches in den Fragebogen sonst Wünschenswertes zu sagen. Doch wir wollen uns nicht mit der Frage der besten Form der Zählungen befassen, wir wollen das Hauptgewicht auf die nun vollständig vorbereitete Volkszählung legen, die am letzten Tage des Jahres stattfinden wird. Jeder weiss, dass gerade die Vorbereitung der ersten Zählung in unserem Jahrhundert mit besonders ungünstigen Umständen zu rechnen hatte. Die Vorarbeiten mussten mehrmals gemacht werden. Nachdem der mit der Vorbereitung beauftragte Beamte aus dem Dienste der amtlichen Statistik geschieden war, wurden die Arbeiten von neuem aufgenommen und wieder unterbrochen, da der Präsident der Statistischen Zentralkommission Professor Dr. v. Juraschek starb, worauf eine lange Pause eintrat, bevor ein Nachfolger gefunden war. Dann wurden die Vorarbeiten wieder von neuem aufgenommen, so dass es als eine bedeutsame Leistung erscheinen musste, dass überhaupt die Vorbereitungsarbeiten für die Volkszählung rechtzeitig zum Abschlusse kamen und dass die Ministerialverordnung über die Volkszählung* nicht später veröffentlicht wurde, als das bei den vorangegangenen Zählungen der Fall war.

Gebunden durch das Gesetz vom Jahre 1869, kann die Volkszählung im wesentlichen nicht anders wie in den früheren Jahren vorgenommen werden. Vor allem gilt die Beengung durch das alte Gesetz für die Art der Aufnahme, so dass Experiment und Erfahrung anderer Länder nicht genügend verwertbar sind und eine praktische Anpassung an die Technik der elektrischen Zählmaschinen im Aufnahmeformular nicht möglich ist. So kann zum Beispiel die Kombination von Zählkarte und Liste, die die schweizerische Volkszählung vom Jahre 1888 in ihren Aufnahmematerialien charakterisiert, nicht angewendet

* Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. August 1910 betreffend die Vornahme der Volkszählung nach dem Stande vom 31. Dezember 1910 ist in der Nummer 148/1910 des Reichsgesetzblattes veröffentlicht. Diese Verordnung mit dem Volkszählungsgesetz vom Jahre 1869 ist in der Handausgabe der österreichischen Gesetze und Verordnungen in Heft 24 (Verlag der Hof- und Staatsdruckerei), Preis 80 h, erschienen. Zur Literatur der österreichischen Volkszählung ist noch anzuführen: „Die Volkszählung in Oesterreich vom Standpunkt des geltenden Gesetzes, ihre Durchführung und Reform“, von Dr. Heinrich Mayrhofer v. Grünbühl. Fünfte, unveränderte (!) Auflage (Graz und Wien 1910, Verlag Styria). In der von der k. k. Statistischen Zentralkommission herausgegebenen statistischen Monatsschrift finden sich mehrere Aufsätze, von denen wir als besonders wichtig hervorheben den des Präsidenten der Statistischen Zentralkommission Dr. Robert Meyer, „Die nächste Volkszählung“, im September 1910, Seite 661 bis 699. In der Oktobernummer der „Sozialen Rundschau“ (XI. Jahrgang, Nr. 10) findet sich auf Seite 650 bis 654 „Der sozialpolitische Inhalt der Volkszählungsvorschriften“ und auf Seite 716 bis 726 ein Auszug aus der Volkszählungsverordnung, aus den Formularen wie aus der Belehrung.

werden. Mit einer Kritik einzusetzen, fruchtet heute nicht. Das statistische Amt hat sich bemüht, so manches in dem ihm gelassenen Spielraum zur Modernisierung und zur erhöhten sozialstatistischen Ausnützbarkeit der Volkszählung beizutragen. Wichtiger als jede Kritik an dem Fragebogen, bedeutsamer als unser Bedauern, dass nicht allen Anregungen der sozialistischen Mitglieder des Arbeitsbeirates Rechnung getragen wurde, ist die Interessierung möglichst weiter Kreise, um befriedigende Resultate der Volkszählung zu sichern.

Deshalb wollen wir an der Hand der Fragebogen, die man sich heute schon durch das Reichsgesetzblatt, beziehentlich durch die Gesetzesausgabe verschaffen kann, den Umfang des am 31. Dezember dieses Jahres durch die Volkszählung zu erforschenden klarlegen. Wir finden in der Verordnung des Ministeriums vor allem einen Anschreibezettel, der nach der Feststellung der genauen Wohnung, von Land, politischem Bezirk, Ortsgemeinde, Ortschaft, Gasse, Haus- und Wohnungsnummer eine Reihe von Fragen stellt, die alle beantwortet werden sollen für Mitternacht zwischen dem letzten Tage dieses Jahres und dem ersten Tage des nächsten Jahres. Diese Fragebogen sollen spätestens am 3. Jänner 1911 abgegeben werden. Der Anzeigezettel ist vor allem verfasst für diejenigen Orte, in denen keine Erhebung der Wohnungsverhältnisse stattfindet, weiter gibt es Fragebogen, in denen in beschränkter Weise die Wohnungsverhältnisse erhoben werden und weiter Fragebogen, die eine eingehendere, wenn auch lange nicht erschöpfende Erforschung der Wohnungsverhältnisse ermöglichen sollen. Durch den Fragebogen sollen festgestellt werden die befragten Personen, die Familienverhältnisse, Geschlecht und Geburtsjahr, Geburtsort, Heimatsberechtigung und Staatsangehörigkeit, Glaubensbekenntnis und Familienstand, Umgangssprache, Kenntnis des Lesens und Schreibens, dann die Blinden und die Taubstummen. Eine Reihe von weiteren Fragen wollen erfassen den Hauptberuf und die Stellung in ihm, die Bezeichnung des Betriebes, in dem der Hauptberuf ausgeübt wird, und zwar der Hauptberuf und die Stellung im Hauptberuf nicht nur für den Zeitpunkt der Volkszählung, sondern auch für das Jahr 1907. Weiter sucht man festzustellen den Nebenberuf und die Stellung in ihm und den Wechsel zwischen Haupt- und Nebenberuf. Die Besitzverhältnisse für Grundstücke, ländliche und städtische, sollen gleichzeitig erfasst werden. Weiter soll Anwesenheit und Abwesenheit, wie Aufenthaltsort der Abwesenden konstatiert werden. Auch eine Feststellung der häuslichen Nutztiere und deren Besitzer wird mit der Volkszählung verknüpft. Des fernern schliesst sich, freilich nur für diejenigen Gemeinden, die sich hierfür besonders interessierten, eine Feststellung der Wohnungsverhältnisse an. Er wird da gefragt, wie viel Haushaltungen an der Wohnung teilnehmen, in welcher Stockwerkhöhe sich die Wohnung befindet, wie viele und welche Bestandteile die Wohnung besitzt, ob Arbeitsraum und Wohnraum verbunden sind, ob Mietzins zu entrichten ist, ob die Wohnung möbliert gemietet ist, wie viel Personen in den Räumen wohnen, beziehentlich schlafen. In dem ausführlicheren Fragebogen über die Wohnungen wird auch gefragt, wie viel Fenster die Wohnung hat, wohin sie gehen, ob Gartenbenützung mit der Wohnung verbunden ist.

Auf einem Umschlagbogen, der das Verzeichnis der gesamten Anzeigezettel enthält, wird nach dem Zweck des Hauses, Wohnzwecke, Benützung für land- und forstwirtschaftliche Gewerbe und sonstige Betriebe gefragt. Diese Umschlagezettel werden in den Ortschaften, wo Wohnungserhebungen stattfinden, mit mehr Fragen versehen. Es wird nach den baulichen Verhältnissen, nach der Versicherung des Hauses, nach der Zeit des Aufbaues u. s. w. gefragt. In der Verordnung finden sich neben weiteren Formularen auch Ortsübersichten, Gemeinde-Bezirksübersichten zum Zwecke der Zusammenziehung der Resultate der aus dem Aufnahmebogen gezogenen Daten. Den Formularen sind umfangreiche Erläuterungen angefügt, die genau gelesen werden sollten, bevor mit der Ausfüllung der Fragebogen begonnen wird.

Bei der Besprechung des einzelnen Fragebogens wollen wir das vorwegnehmen, was in Oesterreichs öffentlichem Leben am meisten aufregt und interessiert, nämlich die Feststellung des nationalen Besitzstandes. Schon mehr wie drei Jahre vor dem Stichtage der Volkszählung, am 16. Oktober 1897, wurde eine Interpellation von tschechischen Abgeordneten eingebracht, die sich mit der Erhebung des sprachlichen

Moments durch die Volkszählung befasste. Im ersten Halbjahr 1909 sind zwei weitere Interpellationen erfolgt. Es ist natürlich nur ein Ausweg aus den Schwierigkeiten, die freilich unüberwindlich sind, wenn man sich damit begnügt, die Umgangssprache festzustellen. Es gibt unzweifelhaft — das beweist schon der Streit der wissenschaftlichen Anthropologen und Ethnologen — keine zwingenden Unterscheidungsmerkmale für die verschiedenen Nationalitäten. Die Vermischung der Nationen ist in Oesterreich ein, trotz allen Nationalitätenkampfes, ununterbrochen vor sich gehender Prozess. Deutsche werden tschechisiert, Tschechen werden germanisiert, Slowenen italienisiert, Italiener werden Kroaten, Ruthenen werden Polen. Hier festzustellen, welcher Nationalität die einzelnen angehören, übersteigt alle Möglichkeiten statistischen Unterscheidens. Aber auch die von vielen gewünschte Feststellung der Muttersprache führt nicht zu den genauen Resultaten, die gewünscht werden. Die gewaltige Wanderbewegung innerhalb unserer Bevölkerung mindert den Wert der Feststellung der Muttersprache. Wir glauben freilich auch, dass der Begriff der Umgangssprache in seiner Bedeutung ausserordentlich stark überschätzt wird. Es gibt Menschen mit wechselnden Umgangssprachen, es gibt Menschen mit mehreren Umgangssprachen, die Angaben sind nicht kontrollierbar, dem Gutdünken oder dem Interesse des Befragten, dem Drucke nationaler Terroristen, der Willkür der die Fragebogen revidierenden Beamten und vielleicht vor allem der Entscheidung des Gemeindedieners oder des sonstigen „freiwilligen Zählers“, der tatsächlich die Fragebogen ausfüllt, ist da Tür und Tor geöffnet, wie die Geheimgeschichte der österreichischen Volkszählungen beweist. Es ist unter den gegebenen Verhältnissen begreiflich, dass man die einfachste Lösung darin fand, was früher bei der Volkszählung üblich war, zu belassen, sich also auf die Erhebung des sprachlichen Moments der Umgangssprache zu beschränken. Freilich ist in der Resolution des Abgeordnetenhauses vom 23. Juli 1910 beschlossen worden, neben der Umgangssprache noch die Nationalität festzustellen, aber Ministerium und statistische Zentralkommission entschieden sich, dieser Resolution nicht beizustimmen. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten würde es gar nicht begriffen haben, wenn man neben der Umgangssprache noch nach der Nationalität gefragt hätte. Im übrigen ist dafür gesorgt worden, dass auch die Feststellung kleiner Nationalitätensplitter nicht unterlassen wird.

Ueber die Aufnahme der menschlichen Gebrechen durch eine Volkszählung ist vieles dafür und dawider in der statistischen Literatur geschrieben worden. Man begnügte sich mit der Feststellung offenkundiger Gebrechen, der Blindheit und Taubstummheit, man unterliess die schwer feststellbare, mit mancher Unannehmlichkeit verknüpfte Aufnahme der Geisteskranken. Die Gruppen, die uns wichtig erscheinen, die uns viel bedeutsamer dünken als die Differenzen über die Nationalitätenfeststellung, das ist die Konstatierung der Berufsverhältnisse, die leider nur fakultative Feststellung der Wohnungsverhältnisse und endlich des Viehstandes. So merkwürdig es im ersten Augenblick erscheint, so ist vielleicht die Feststellung der Zahl der häuslichen Nutztiere und ihrer Besitzer heute das wichtigste Resultat, das wir neben den allgemeinen Angaben über die Bevölkerung von der nächsten Volkszählung erwarten dürfen. Neben Pferden, Mauleseln, Ziegen, Bienenstöcken und Geflügel sollen die Rinder gezählt werden, und zwar Kälber, Kühe, Ochsen und Stiere, Mast- und Zuchtvieh voneinander geschieden, ferner Schafe und Schweine. Für die Frage der Fleischversorgung und für die Beurteilung einer Möglichkeit günstigerer Bedingungen inländischer Fleischversorgung in absehbarer Zukunft können die Ergebnisse dieser Erhebung von der allergrössten Bedeutung werden.

Die bisherigen Erhebungen über diese Verhältnisse der Bevölkerung sollen in eigenartiger Weise erweitert werden durch die Feststellung, ob, beziehentlich wie sich Hauptberuf und Stellung im Beruf seit 1907 verändert haben. Wichtig ist auch die Feststellung, in welcher Art die Beschäftigung ausgeübt wird, da die Statistik mit den so häufigen Antworten, Fabrikarbeiter, Kaufmann, Landwirt, Bauer nichts Rechtes anzufangen vermag. Die klare Belehrung über die Ausfüllung der Berufsrubriken lässt eine günstige Feststellung erwarten. Leider wird die gerade diesmal so wichtige Frage nach der Arbeitslosigkeit nicht einmal, wie im Jahre 1900, fakultativ gestellt. Dagegen findet eine fakultative Wohnungszählung statt. Es ist lebhaft zu be-

dauern, dass man sich nicht zu einer allgemeinen Wohnungsaufnahme entschlossen hat. So wichtig die Feststellung der Wohnungsbedingung und Wohnungszustände in den Städten ist, so falsch ist es, die Untersuchung der Wohnungsverhältnisse nur in den Städten für notwendig zu halten. Längst ist es eine durchaus unbegründete Annahme, dass die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande befriedigend sind. Sie sind vielfach noch beengter, unhygienischer, unkomfortabler, entsprechen den Anforderungen der Sittlichkeit noch weniger als die durchschnittlichen Proletarierwohnungen in den Städten. Ist man schon sehr vorsichtig in der amtlichen Aufhellung der sozialen Zustände in den Städten, so ist man aufs ängstlichste besorgt, dass über die Zustände auf dem Lande möglichst nichts in Erfahrung gebracht wird. Die Aufnahme der Wohnungen soll voraussichtlich für alle 83 Gemeinden stattfinden, für welche schon im Jahre 1900 eine erweiterte oder beschränkte Wohnungsaufnahme durchgeführt wurde. Ausserdem werden noch in anderen volkreichen, durch die politische Behörde zu bestimmenden, hauszinssteuerpflichtigen Gemeinden die Wohnungen aufgenommen werden. Unseres Wissens ist ein Verzeichnis dieser Ortschaften bisher noch nicht bekanntgemacht worden. Die Wohnungsaufnahme beschränkt sich auch in der erweiterten Gestalt auf eine verhältnismässig geringe Anzahl von Fragen, von der Feststellung des Luftraums und anderer wichtiger Momente sieht sie leider ab. Doch würde schon die richtige Feststellung der durch die Fragen zu eruiierenden Wohnungszustände zu bedeutungsvollen Resultaten führen.

Der Bevölkerung ist ein begrenzter Fragebogen natürlich immer erwünschter als ein vollendeter. Und jedes statistische Amt muss sich schon aus diesem Grunde, aber auch aus mancherlei anderen Erwägungen bei der Fragestellung bescheiden. Das hindert natürlich nicht, dass sich leicht Meinungsverschiedenheiten ergeben über Fragen, die man sich sparen könnte, und über andere, deren Unterlassung bedauert werden muss.

Auch unsere Volkszählung vom Jahre 1910 bietet, wie ja auch die für die Erhebung verantwortlichen Personen zugestehen, mancherlei Anlass zu derartigen Erwägungen. Es ist aber nun nichts mehr da zu bessern, jetzt heisst es nur, das Gelingen der Arbeit, wie sie nun vorbereitet ist, zu fördern. Das wird nicht so leicht sein, als man vielleicht vermutet. Ist doch die grosse Masse des Publikums vollständig gleichgültig diesen Erhebungen gegenüber und so weit sie ein Interesse an ihnen hat, ist es ein engbegrenztes und es erstreckt sich nicht auf die wesentlichen Gebiete. Die grosse Masse des Publikums wird über eine Ueberfülle von Fragen klagen. Alle, die an der Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse der Bevölkerung ein Interesse haben, müssen die Bevölkerung über die Wichtigkeit der Volkszählung aufklären und das Verständnis für die hohe Bedeutung der Erhebung in die weitesten Kreise tragen. Sicherlich ist die richtige Ausfüllung der Fragebogen die unentbehrliche Voraussetzung jeder Erhebung. Alles übrige kann noch so gut eingerichtet sein: wenn die Fragebogen nicht ehrlich und genau durch die Bevölkerung ausgefüllt sind, so kann natürlich auch das vortrefflichste statistische Amt keine befriedigenden Resultate produzieren.

Es wäre jedoch verfehlt, lediglich der Bevölkerung eine Verantwortung aufzulegen. Wie es in der Bevölkerung Interessenten gibt, die die Eintragung in die Volkszählungsliste politisch bestimmen wollen, so gibt es auch Beamte, die mit der Durchsicht der Kontrolle und der ersten Zusammenfassung der Fragebogen betraut sind, bei denen die Pflicht objektiver Arbeit ertötet wird durch ihr politisches Interesse, durch ihr Streben, innerhalb ihres Machtbereiches auf die statistische Feststellung der Nationalitätenszusammensetzung einen korrigierenden Einfluss auszuüben. In dem Volkszählungsbureau muss deshalb eine Kontrolle der Kontrolleure stattfinden, wenn man gerade über die strittigen Fragen zu einem richtigen Resultat zu kommen hoffen soll. Vor neue Probleme wird das statistische Amt bei der Zusammenfassung der Resultate gestellt. Sieht man den Fragebogen an, so ergeben sich die Möglichkeiten mannigfacher Kombinationen, falls alle einzelnen Fragen, soweit sie nicht Kontrollfragen sind, auch wirklich aufbereitet werden. Natürlich ist es nicht notwendig, alle mathematisch denkbaren Kombinationen auszuführen, aber überaus bedauerlich ist es, dass bei unseren Volkszählungen die zu spärlich zur Verfügung gestellten Mittel oft bloss die Verarbeitung nur eines Teiles der Fragen gestatteten und zu einer viel zu beengten kombinatorischen Tätigkeit zwangen.

Verlangt man von der Bevölkerung eine genaue und vollkommene Ausfüllung der Zählpapiere, dann übernimmt der Staat die Verpflichtung, auch alles, was sich in nützlicher Weise aus diesen Materialien herausarbeiten lässt, zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen. Wir wissen nicht, wie weit man mit der Sparsamkeit bei der Verarbeitung der am 31. Dezember von der Bevölkerung auszufüllenden Fragebogen gehen wird, wir wissen aber, dass die Resultate früherer Erhebungen auch in der letzten Berufszählung viel zu spät veröffentlicht wurden und dass grosse Mengen bedeutungsvoller, vollständig ausgearbeiteter Resultate der österreichischen amtlichen Statistik nicht publiziert wurden, weil man dazu kein Geld angewiesen erhielt. Mit aller Entschiedenheit ist zu verlangen, dass die Bevölkerung ihre Pflicht vollständig bei der Ausfüllung der Fragebogen erfüllt, dass aber ebenso Beamtschaft und Regierung das leisten, wozu sie durch Vornahme der Volkszählung verpflichtet werden.

Julius Fischer: Die Rückwanderung aus den Vereinigten Staaten

Als im Spätherbst des Jahres 1907, unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise in den Vereinigten Staaten, die dort mit der grössten Eile und Rücksichtslosigkeit und in einem kaum je zuvor dagewesenen Umfange in fast allen Industriezweigen — am stärksten im Bergbau und der Eisenindustrie, im Eisenbahnbau und bei der Erzeugung von Eisenbahnmaterial — durchgeführten Arbeiterentlassungen in Europa bekannt wurden, da konnte man vielfach die Befürchtung hören, dass diese Massenentlassungen alsbald eine sehr fühlbare Einwirkung auf den europäischen Arbeitsmarkt ausüben würden. Zumal die Krise bei ihrem Ausbruch am heftigsten gerade diejenigen amerikanischen Industrien getroffen hatte, die die meisten ausländischen Arbeiter verwenden, schien unvermeidlich auf die ungeheure Steigerung, die die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten während der letzten Prosperitätsperiode erfahren hatte, nunmehr ein überaus gewaltiges und plötzliches Anschwellen des Rückwanderungsstromes folgen zu müssen. Grosse Massen arbeitslos gewordener Eingewanderten würden, in die Heimat zurückdrängend, allenthalben die Reihen der industriellen Reservearmee füllen. Und dieser Zuzug würde sich desto drückender fühlbar machen, da die industrielle Krise, einmal in Amerika ausgebrochen, sicherlich binnen kurzem auch die europäischen Industriestaaten ergreifen musste.

Letztere Voraussicht hat sich erfüllt: binnen Jahresfrist hatte sich die wirtschaftliche Depression fast über ganz Europa ausgebreitet; und in ihrem Gefolge ist auch die schwere Arbeitslosigkeit nicht ausgeblieben, deren verheerende Wirkungen die industrielle Arbeiterschaft noch bis zur Stunde auszuhalten hat. Dagegen besitzen wir keine Anhaltspunkte, dass die Krisenrückwanderung als solche an diesen Wirkungen einen nennenswerten Anteil besitzt, dass sie eine starke Vermehrung des Arbeitsangebotes hervorgerufen hätte.

Hiefür soll in den nachfolgenden Seiten eine nähere Begründung versucht werden, die uns zugleich zu einer kurzen Betrachtung der Stellung des Rückwanderungsprozesses im Rahmen der heimischen Volkswirtschaft hinleitet.

Da der Rückwanderungsstrom so gut wie der Auswanderungsstrom ständig fliesst und im allgemeinen in einer gewissen Proportion zu der einige (3 bis 5) Jahre zuvor stattgefundenen Auswanderung steht, so dürfen wir als eigentliche Krisenrückwanderung nur den Mehrbetrag ansprechen, um welchen die Rückwanderung in der dem Ausbruche der Krise unmittelbar nachfolgenden Periode das normale Ausmass überschreitet.

Ueber den Umfang der gesamten Rückwanderung aus den Vereinigten Staaten bei Ausbruch der Krise unterrichten uns folgende Zahlen:

Allein durch den Hafen von New-York, über welchen zirka 90 Prozent der Rückwanderung ihren Weg nehmen, sind in den sechs Monaten von Oktober 1907 bis März 1908 zirka 197.000 und während des ganzen Fiskaljahres 1907/08 354.399 Zwischendeckpassagiere abgegangen. Für das gesamte Unionsgebiet stellt sich ihre Zahl auf rund 395.000. Die Hauptmasse der Krisenrückwanderer drängt sich auf wenige Wintermonate zusammen; speziell die vier Monate Oktober bis Jänner zählen zirka 147.500 Rückwanderer über New-York, was einer Zahl von zirka 165.000 für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten entspricht, während in den nächstfolgenden zwei Monaten nur etwa 50.000 und auch in den fünf Monaten Februar bis Juni 1908 insgesamt nur etwa 141.000 Personen zurückwanderten. Seit dem Sommer 1908 bewegt sich die Rückwanderung in völlig normalen Grenzen.

Um zu ermessen, wieviel wir von dieser Gesamtzahl auf die Rechnung der Krise zu setzen haben, ist ein Vergleich mit den Ziffern anderer Jahre erforderlich:

Die Zahl der (Zwischendecks-) Rückwanderer betrug:

im Fiskaljahre	1904/05	297.504	Personen
"	"	1905 06	254.333
"	"	1906/07	303.082
"	"	1907/08	395.073

Hieraus ergibt sich die sehr überraschende, aber offenbar unanfechtbare Tatsache, dass die ganze eigentliche Krisenrückwanderung insgesamt eher unter als über 100.000 Köpfe betragen hat, das ist zirka 7 bis 8 Prozent der Einwanderung des Vorjahres und auch nur zirka 13 Prozent der so stark verringerten Einwanderung des Krisenjahres 1907/08 selbst.

Das reicht nun nicht entfernt an die Vorstellungen heran, welche man sich beim Hereinbruch der Krise über die Stärke des Rückwanderungsstromes gemacht hatte: 100.000 zusätzliche beschäftigungslose Arbeiter stellen, auf dem grossen europäischen Arbeitsmarkt, wenn auch keine bedeutungslose, so doch sicher nicht eine für die Gesamtsituation entscheidende Quantität dar, sie konnten schon allein deshalb innerhalb der gesamten Krisenwirkungen keinen massgebenden Einfluss üben. Es kommt aber weiters in Betracht, dass das ganze Rückwanderungsplus sich im wesentlichen nur über beschränkte Gebiete: Süditalien, Polen, Ungarn und einen Teil der Balkanländer ergiesst und dass es innerhalb einer kurzen Zeitspanne mit grosser Geschwindigkeit herandrängt.

Suchen wir der Frage, wie weit ein Rückwanderungsdruck auf dem Arbeitsmarkt innerhalb solcher engeren räumlichen Grenzen etwa fühlbar wurde, speziell für das österreichische Wirtschaftsgebiet näherzutreten. Der Druck müsste hier in den ersten Frühjahrsmonaten des Jahres 1908 eingetreten sein und seinen Ausgang etwa von Schlesien (Oderberg) als der Einbruchsstelle der Rückwanderer genommen haben.

Es betrug nämlich die Anzahl der Rückwanderer folgender Nationen:

	im Fiskal- jahre 1907/08	im Winter- halbjahre allein (Oktober 1907 bis März 1908)
Böhmen und Mähren	—	445
Kroaten und Slawonier	28.364	16.884
Slowaken	23.426	12.353
Polen (hiervon zirka 45 Prozent aus Oesterreich- Ungarn)	28.048	21.508
Deutsche (Die meisten aus Ungarn)	13.000	5.845
Ruthenen	—	1.637
Magyaren	29.118	16.764

Nach der amerikanischen Hafenstatistik sind im genannten Fiskaljahre insgesamt 130.197 Nichtkajütenpassagiere nach Oesterreich-Ungarn abgereist. Nach einer in der Grenzstation Oderberg geführten Statistik betrug die Zahl der im Jahre 1908 in die Monarchie Rückgewanderten 167.646, darunter 58.584 Oesterreicher und 109.063 Ungarn. Hievon entfallen auf das erste Halbjahr 120.209 (36.075 Oesterreicher, 84.134 Ungarn), auf das zweite Halbjahr 47.437 (22.509 Oesterreicher, 24.928 Ungarn).

Die Rückwanderung habe an den Grenzstationen am heftigsten im Februar eingesetzt, sei bis zum Mai stark gewesen und von da ab wieder auf die normale Stärke zurückgegangen.

Ueber die Gestaltung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt stehen uns nun leider in Oesterreich lediglich die Berichte der öffentlichen Arbeitsnachweise zur Verfügung; die gewerkschaftliche Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsstatistik — soweit überhaupt eine solche vorhanden — erfasst die soeben oder vor kurzem Rückgewanderten natürlich nicht; anderweitige Arbeitslosenzählungen haben nicht stattgefunden. Von den erwähnten Anstalten tut lediglich das Krakauer Kreisarbeitsvermittlungsamt der Einwirkungen der Rückwanderung überhaupt Erwähnung. Allein sein ziffermässiger Ausweis zeigt für das Jahr 1908 gegenüber dem Vorjahre nur eine ganz unbedeutende Steigerung der Zahl der Stellengesuche von 5535 auf 5915; an positiven Beobachtungen über die Wirkung der Rückwanderung weiss das Amt nur zu berichten, dass die Saisonauswanderung aus Galizien (worunter hier durchaus die Abwanderung von landwirtschaftlichen Saisonarbeitern nach Deutschland und Nordeuropa verstanden wird) im Jahre 1908 früher einsetzte als in anderen Jahren und dass dies in gewissem Grade auf den Rückgang der transatlantischen Auswanderung infolge der Krise zurückzuführen sei; ferner, dass in diesem Jahre eine geringfügige Hinlenkung der galizischen Saisonwanderer nach den österreichischen Sudetenländern und nach Frankreich sich bemerkbar machte. Von allen übrigen Anstalten in Oesterreich wird nichts gemeldet, was sich zu einem Schlusse auf das Hineinspielen der Rückwanderung verwerten liesse, so dass tatsächlich ein Druck der Rückgewanderten auf den Arbeitsmarkt in Oesterreich nicht zu konstatieren war. Speziell bei den schlesischen Anstalten, die auch die Hauptrückwanderungsstation Oderberg umfassen, steigt die Arbeitsnachfrage vom Jänner bis zum Herbst 1908 ein wenig, jedoch unbedeutend, nämlich von zirka 25 auf 40 Stellengesuche auf je 100 offene Stellen, ein Zifferverhältnis, welches übrigens den minimalen Einfluss dieser Nachweise auf die Gesamtsituation des inländischen Arbeitsmarktes erkennen lässt, jedenfalls aber auch zeigt, dass ein drängender Arbeitsmangel in jenem Zeitpunkte nicht stattgefunden haben kann. Es stimmt hiermit überein, wenn von den Grenzstationen berichtet wird, dass die Rückwanderer, meist mit Geldmitteln versehen und grossenteils von der Absicht beherrscht, bei Wiedereintreten der Konjunktur sofort nach Amerika zurückzukehren, über Befragen erklären, im Inlande derzeit Arbeit nicht annehmen zu wollen. Diese Mitteilung klingt ganz plausibel: es ist durchaus begreiflich, dass die Rückwanderer, eben erst der jahrelangen aufreibenden Arbeitsqual und -Hast in den amerikanischen Bergwerken und Fabriken entronnen, lieber erst ein wenig menschlich ausrasten wollen, anstatt sich allsogleich wieder, und zwar zu Bedingungen, deren ganze Armseligkeit ihnen erst jetzt, da sie die amerikanischen Löhne kennen gelernt, zum Bewusstsein gelangt ist, an die Arbeit zu stellen.

Aber stärker als dieses psychologische wirken andere Momente: So darf nicht übersehen werden, dass in Oesterreich die territorialen Kreise, aus denen sich die Binnenwanderung, der Zug zur Stadt und in die Industriegebiete, rekrutiert und diejenigen, aus denen die Auslandswanderung vorzüglich herrührt, nur zum geringen Teile zusammenfallen. Es besteht da eine Scheidung zwischen dem industriellen Nordwesten einer-, den östlichen und südlichen Landesteilen andererseits. Während die Deutschösterreicher ein sehr geringes, auch die Tschechen ein vergleichsweise schwaches Auswanderungskontingent (1 bis 2 Promille ihrer Bevölkerungszahl) haben, in welchem noch dazu die temporären Auswanderer nur eine verschwindende Minderheit bilden, sind es gerade diese beiden Nationen, welche die Hauptmasse des industriellen und städtischen Proletariats in Oesterreichs stellen. Im Gegensatze dazu machen die Polen und Ruthenen, Slowenen und Dalmatinern nur einen kleinen Teil der österreichischen Industriebevölkerung aus und es ist insbesondere keine Rede davon, dass die ländlichen Geburtenüberschüsse dieser Nationalitäten, wie es bei den erstgenannten der Fall, zur Gänze oder auch nur zum überwiegenden Teile sich dem inländischen industriellen Proletariat zuwenden.

Ferner: Die einmal ausgewanderten europäischen Industriearbeiter, namentlich die qualifizierten, kehren in der Regel überhaupt nicht mehr zurück. Die Angehörigen der agrarischen Nationalitäten, die drüben als „Tagelöhner“ und „Landarbeiter“ registriert werden, treten zwar meistens gleich nach der Landung als unqualifizierte Berg-, Erd-, Fabriksarbeiter auf den Arbeitsmarkt. Aber wenn sie nach längerer oder kürzerer Zeit

zurückkommen, behalten sie den neugewonnenen städtisch-industriellen Charakter nicht bei, sondern gehen eben in ihre heimatlichen Landgemeinden und damit auch in ihr früheres ländliches Milieu zurück; in der Folgezeit aber entschlossen sie sich viel leichter zu einer nochmaligen Reise nach Amerika als dazu, innerhalb des Staatsgebietes oder ins benachbarte Ausland auf landwirtschaftliche Saisonarbeit zu gehen.

Man kann daher behaupten, dass derzeit noch die binnenländische und die überseeische Arbeiterwanderung sich in ziemlich scharf von einander getrennten Kreisläufen vollziehen; ein weiterer Grund dafür, dass ein Rückschlag innerhalb der einen Bewegung nicht mit seiner ganzen Wucht in der anderen wirksam wird. Mit dem Vordringen der Industrialisierung des Ostens nimmt diese Scheidung allmählich ab und es ist auch heute schon die Fernhaltung eines erheblichen Teiles der Rückgewanderten vom hiesigen Arbeitsmarkte nur darauf zurückzuführen, dass sie vermöge ihrer in der Fremde erzielten Ersparnisse in der Lage sind, sich eine gewisse Zeit durchzubringen.

Diese Ersparnisse sind es nun auch, die der neuerdings in der bürgerlichen Betrachtungsweise zum Durchbruche gelangten optimistischen Auffassung des Auswanderungsphänomens am meisten Nahrung geben. Nicht ganz mit Unrecht: Es handelt sich da wirklich um sehr namhafte Summen, die auf die Gestaltung der internationalen Zahlungsbilanz der Auswandererländer eine ganz wesentliche Einwirkung üben.

Für Oesterreich-Ungarn zum Beispiel betrug die Summe der bekanntgewordenen Geldsendungen dieser Art (abgesehen von den Beträgen, die die heimkehrenden Rückwanderer mit sich führten) nach den Angaben des österreichischen Finanzministeriums in Millionen Kronen:

im Jahre 1902	149.16	im Jahre 1906	309.95
„ „ 1903	176.31	„ „ 1907	361.37
„ „ 1904	184.91	„ „ 1908	214.70
„ „ 1905	222.68		

und dürfte in Wirklichkeit bedeutend höher sein. So wurden diese Geldsendungen auch in Italien schon vor einer Reihe von Jahren auf zirka 200 bis 250 Millionen Lire geschätzt und sind in neuerer Zeit sicher gleichfalls wesentlich höher.

Für unsere Untersuchung kommt in erster Linie der Betrag der Einzelerparnisse in Betracht. Mangels einer genügenden Statistik wissen wir weder wie viele Ausgewanderte an den regelmässigen Geldsendungen teilnehmen, noch wie gross die Einzelsendungen sind, noch wie oft sie erfolgen. Durchschnittlich mögen es nach den vorliegenden Anhaltspunkten etwa 600 bis 1000 K sein, die der österreichische oder ungarische Auswanderer unter günstigen Arbeitsverhältnissen und bei der auf die äusserste Bedürfnislosigkeit zugeschnittenen Lebensweise, welche bei den eingewanderten Werks- und Erdarbeitergemeinschaften in den Vereinigten Staaten üblich ist, jährlich zurücklegen kann. Ueber die Höhe der mitgebrachten Ersparnisse unterrichtet uns eine Enquete, die im Jahre 1907 in Oderberg vorgenommen wurde. Dieselbe erstreckte sich auf 2081 durchreisende Rückwanderer aus allen Teilen der Monarchie. Von diesen hatten nicht weniger als 298 keine Ersparnisse erzielt, während 48 die Auskunft verweigerten. Die übrigen 1735 Personen führten insgesamt 3,811.850 K mit sich, die sich wie folgt verteilten:

weniger als 200 K besaßen	33 Rückwanderer
200— 500 „ „	148 „
500— 1000 „ „	437 „
1000— 2000 „ „	580 „
2000— 3000 „ „	229 „
3000— 5000 „ „	206 „
5000— 10000 „ „	93 „
über 10000 „ „	9 „

Wir ersehen aus diesen Ergebnissen — soweit ihre Verallgemeinerung statthaft — dass zwar ein relativ grosser Teil der Arbeiterauswanderer keinen oder keinen nennenswerten Erfolg erzielt, dass aber die Mehrzahl von ihnen als Frucht ihrer Anstrengungen immerhin einen Geldbesitz aufzuweisen hat, wie er in annähernd gleicher Höhe zu Hause nie und nimmer hätte errungen werden können.

Indessen besagen diese „Erfolge“ doch in Wahrheit lediglich, dass soundso viel hunderttausend nominelle Kleinbauern und dergleichen aus Süd- und Osteuropa, die in Wirklichkeit amerikanische Industrieproletarier sind, im ganzen wesentlich schlechter, unter erheblich drückenderen und ungewisseren Verhältnissen leben, als die übrige amerikanische Arbeiterschaft.

Schon allein durch die Notwendigkeit, die Kosten der mehrmaligen Ueberfahrt aus dem Arbeitsverdienste zu decken, unterscheidet sich die Lage der Eingewanderten sehr zu Ungunsten von derjenigen ihrer amerikanischen Arbeitskollegen. Es kommt dazu, dass die Rechtlosigkeit des fremden Proletariers, wie unzählige Fälle gerade wieder aus der allerneuesten Zeit zeigen, in den Vereinigten Staaten eine ganz ungeheure ist; dass er neben der legitimen Ausbeutung durch die Unternehmer infolge seiner Unkenntnis der Verhältnisse des Landes noch allen erdenklichen anderweitigen Brandschatzungen preisgegeben ist; dass er des Schutzes durch die gewerkschaftliche Organisation meistens entbehrt, daher nicht nur allen Bedrückungen seiner Ausbeuter wehrlos ausgeliefert ist, sondern auch bei eintretender Verminderung der Beschäftigung zuerst den Platz räumen muss. Vor allem aber, dass er in der Regel überhaupt viel schlechter entlohnt wird, als der Einheimische.

Werden schliesslich die Gefahren an Leib und Leben in Betracht gezogen, denen der Arbeiter unter dem amerikanischen Kapitalismus in besonders hohem Grade ausgesetzt ist, und die potenzierte Verausgabung von Lebenskraft und Arbeitsfähigkeit, so zeigt sich, dass die temporäre Auswanderung, so wichtig sie für die allgemeine Emporhebung des osteuropäischen Proletariats ist, für den einzelnen Proletarier nicht unbedingt einen Gewinn bedeutet. Ihm bieten sich übrigens zweifellos Aussichten auf ein weit ruhigeres und stabileres Leben, wofern er sich entschliesst, nicht mehr zurückzukehren, sondern sich in Amerika einzubürgern.

Blicken wir nun auf die Einwirkung, die die temporäre Aus- und Rückwanderung über die unmittelbar beteiligten proletarischen Volkskreise hinaus mit ihren Begleiterscheinungen auf das Ganze der heimischen Volkswirtschaft ausübt, dann finden wir auf der einen Seite die schon erwähnte Beeinflussung der auswärtigen Zahlungsbilanz durch die Geldsendungen, der eine erhebliche Bedeutung zumal in den letzten Jahren zukommt, da wir in die Aera der passiven Handelsbilanz eingetreten sind, ohne dass das Passivum in den Zuflüssen der österreichischen Volkswirtschaft aus auswärtigem Kapitalbesitz zurzeit seine ausreichende Bedeckung fände. Die Auswanderergelder sind zur Erhaltung des Gleichgewichtes in der internationalen Zahlungsbilanz Oesterreich-Ungarns einstweilen unentbehrlich. Es werden ferner hierdurch die im Inlande vorhandenen Zahlungsmittel um einen erheblichen Betrag gesteigert und es fliesst überhaupt das Einkommen zahlreicher Haushaltungen, mit welchem sie als Käufer auf dem inneren Markte erscheinen können, fast gänzlich aus dieser Quelle. Demgegenüber steht aber eine ganz gewaltige Schwächung der Konsumtionsfähigkeit des inneren Marktes und der verfügbaren Produktivkräfte, durch die Auswanderung an und für sich, welche nicht im entferntesten wettgemacht wird durch den Sonderprofit, den einige einheimische Kapitalisten aus ihr ziehen. Es ist überhaupt für die volkswirtschaftliche Wertung ein sehr grosser Unterschied, ob die Geldzuflüsse, welche ein Staat vom Auslande empfängt, aus dem Export von im Inlande hergestellten Arbeitsprodukten oder aus dem Export von Arbeitskräften herrühren. Und die Tatsache, dass Oesterreich in so hohem Masse auf den Export von Arbeitskräften angewiesen ist, dokumentiert die Zurückgebliebenheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung aufs deutlichste: es zeigt sich darin, wie wenig trotz jahrhundertelanger politischer Zusammengehörigkeit seiner Teile das Staatsgebiet bisher ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in einem intensiveren Sinne geworden ist, wie gering der innere Zusammenhang der Teile, wie stark die zentrifugalen Tendenzen auch im Wirtschaftsleben noch sind. Es haben Hunderttausende Polen mit Illinois und Minnesota mehr zu schaffen als mit Wien, mit Böhmen, ja selbst als mit dem benachbarten mährisch-schlesischen Industriegebiet. Weit wichtiger als die Kaufkraft der Städter, der Beschäftigungsgrad der Industrie in Oesterreich und Ungarn ist für die Bevölkerung weiter Striche ruthenischer, magyarischer, slowakischer Erde der Ausfall der Ernte im Westen von Kanada und der Fortgang der Eisenbahnbauten dorten.

Und stärker war und ist bis auf den heutigen Tag die wirtschaftliche Förderung, die die Bewohner der dalmatinischen Küsten und Inseln aus der Levante, aus Südamerika, von Australien empfangen, als die Impulse, die ihnen vom Zentrum des Reiches oder selbst von seinen südlichen Handelsemporien zugehen.

Die regen Beziehungen, die die Bevölkerung unserer Agrarländer zum überseeischen Auslande besitzt, sind nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlichen Schwäche des gesamten Wirtschaftsgebietes, seiner unzulänglichen industriellen Entwicklung, der mangelhaften Entfaltung der Produktivkräfte überhaupt und einer hierdurch bewirkten faktischen Dürftigkeit der Güterversorgung. Und es weist der Massenexport von Arbeitskräften, durch welchen allein die Bevölkerung dieser Gebietsteile ihrem Notstande einigermaßen begegnen kann, keineswegs auf eine ihr zukommende besondere Leistungsfähigkeit hin; es ist ja vielmehr ausschliesslich die ausserordentlich niedrige Lebenshaltung, welche sie zu ertragen vermag, der ungeheure Abstand zwischen dem Existenzniveau der südosteuropäischen Landbevölkerung einer- und der amerikanischen Bevölkerung andererseits, was die Ausfuhr von Arbeitskraft und die ihr entsprechende Wertbewegung ermöglicht.

Noch bleibt zu erwägen, ob die „erfolgreiche“ Rückwanderung innerhalb der unmittelbar beteiligten Volkskreise sozial konservierende Wirkungen hervorzurufen vermag. Zweierlei Möglichkeiten gibt es da: die Erhaltung in Bedrängnis geratener bäuerlicher Elemente im Grundbesitz oder ihre Ueberleitung ins selbständige Kleinbürgertum. Beide Fälle kommen als Folgewirkung zeitweiliger Auswanderung zweifellos vor; wie oft, entzieht sich der statistischen Erfassung. Doch geben uns die vorhandenen Hinweise immerhin Veranlassung, namentlich die Häufigkeit des zweitgenannten Falles nicht zu überschätzen. Aus der oben angeführten Oderberger Enquete ersehen wir zum Beispiel, dass doch kaum 5 Prozent der Rückwanderer Beträge mitgebracht haben, die zur Begründung einer einigermaßen gesicherten, entwicklungsfähigen Existenz in Gewerbe oder Handel hinreichen: etwa von 5000 K aufwärts. (Es versteht sich, dass hier, wo es nicht auf den Schein, sondern auf das Wesen des Aufsteigens zur besitzenden Klasse ankommt, von allen kleinsten, kümmerlichen, von Anfang an gefährdeten und zur Kapitalshörigkeit verdamnten Betrieben im Kleinhandel und Kleinhandwerk abzusehen ist.) 5 Prozent aber und selbst erheblich mehr als 5 Prozent der ländlichen Ueberschussbevölkerung finden schliesslich, besonders in industriearmen Gegenden, auch ohne den Umweg über Amerika, den Anschluss ins Kleinbürgertum. Davon also, dass aus den Reihen der Rückwanderer die Schichten der selbständigen gewerblichen Produzenten einen irgend ins Gewicht fallenden Zuzug erhalten, kann keine Rede sein. Wirklich namhafte Ersparnisse, die zur Grundlage eines etwas erweiterten Erwerbsunternehmens dienen könnten, 10.000 K und mehr, kamen überhaupt nur in ganz vereinzelt Fällen und ausschliesslich bei Leuten vor, die als gelernte Handwerker nach Amerika gegangen waren und lange Jahre dort gelebt hatten.

In der Regel denkt man denn auch an die andere Eventualität. Die Einwirkung des auswärtigen Gelderwerbes auf die ländlichen Grundbesitzverhältnisse ist in allen Rückwanderungsländern eine ziemlich merkbare, in Süditalien ebensowohl wie in Ungarn, in Galizien, Dalmatien etc. Die bäuerlichen Rückwanderer entwickeln eine lebhaftere Nachfrage nach Grund und Boden, die in allen diesen Gebieten ein starkes Emporschnellen der Bodenpreise bewirkt. Zahlreiche Grossgrundbesitzer ergreifen die günstige Gelegenheit zur gewinnbringenden Parzellierung und Abstossung ihres Grundbesitzes. Daneben gehen Zwangsverkäufe und gewerbsmässige Parzellierungen. Die allenthalben, wo es eine zahlreiche landwirtschaftliche Ueberschussbevölkerung gibt und die Grundbesitzverhältnisse nicht absolut konsolidierte sind, vorhandene Tendenz zur Bodenzersplitterung unter gleichzeitiger Steigerung der Grundpreise weit über das durch die faktischen Bodenerträge begründete Niveau erfährt in solchen Gegenden eine gewaltige Verstärkung. Stellenweise hat der Landhunger der kleinbäuerlichen Bevölkerung in den wenigen Jahrzehnten, seit es eine namhafte Rückwanderungsbewegung gibt, schon zu beträchtlichen Verschiebungen geführt. So wird aus den slowakischen Komitaten Oberungarns berichtet, dass dort eine deutlich wahrnehmbare Verdrängung der magyarischen Grundbesitzer durch slowakische Kleinbauern stattfindet. Aehnliches erfahren wir aus verschiedenen Teilen Italiens.

Ob aus dieser „Verdrängung“ im Prinzip auf eine Rekonsolidierung des selbständigen bäuerlichen Grundbesitzes geschlossen werden kann, ist aber sehr fraglich; jedenfalls setzt die ganze Sache neuerlich mit einem Akt der Ausbeutung ein: der angehende Grundbesitzer bezahlt für das Recht, sich auf einem eigenen Stückchen Landes abzurackern, einen viel zu hohen Preis; je mehr kauflustige Rückwanderer vorhanden sind, desto stärker werden die Preise in die Höhe getrieben und es wird den Späterkommenden immer mehr die Möglichkeit erschwert, überhaupt noch ein zur selbständigen Lebensfristung hinreichendes Stück Boden zu erwerben. Es versteht sich darnach, dass, so sehr die agrarische Auswanderung den Grossgrundbesitzern ein Dorn im Auge ist, sie eine wesentlich veränderte Haltung zu der mit Rückwanderung verbundenen Abwanderung einnehmen; deren nächste Folge ist es ja, dass ihnen die Gelegenheit geboten wird, sich ihres meist mehr oder minder verschuldeten Besitzes vorteilhaft zu entäussern: die „Verdrängung“ der Grossgrundbesitzer durch die Kleinbauern läuft in der Tat auf eine Sanierung der zerrütteten Vermögensverhältnisse der ersteren auf Kosten der letzteren hinaus. Der ganz grosse, wirtschaftlich gefestigte Latifundienbesitz, vor allem der fideikommissarisch gebundene, kommt als Parzellierungsgut natürlich nicht in Betracht. Andererseits ist es gewiss, dass die Grösse der Besitzungen, die sich die Rückwanderer mit ihren Ersparnissen kaufen können, in der Regel den Umfang des eigentlichen Parzellenbesitzes nicht überschreitet; die ganze Bewegung geht daher auf eine Schwächung der mittleren Besitzstufen unter gleichzeitiger gewaltiger Vermehrung des Zwergbesitzes hin, also gewiss nicht auf dasjenige, was eine konservative Agrarpolitik unter Erhaltung des Bauernstandes versteht.

Als konservierende Wirkung der Rückwanderung wird neben dem Grunderwerb durch Rückwanderer angeführt, dass sie ihre Ersparnisse in grossem Umfange zur Entschuldung ererbten Besitzes verwenden. In der Tat ist sehr wohl die wirtschaftliche Möglichkeit vorhanden, dass ein junger Hofübernehmer, der für eine Reihe von Jahren ins Ausland geht und dies eventuell noch ein- oder zweimal wiederholt, unter normalen Verhältnissen so viel erspart, um selbst eine beträchtliche Verschuldung abzustossen. Allerdings ist die Voraussetzung, dass es gelingt, den Besitz in der Zwischenzeit zu bewirtschaften und zu halten. Diesen Fall kann man vielleicht als den Hauptfall der erfolgreichen temporären Auswanderung ansehen; er ist in vielen Gegenden geradezu die Regel und es kann hier wirklich mit einiger Berechtigung davon gesprochen werden, dass die Auswanderung ein Mittel war, das drohende Herabsinken der Familie ins Proletariat zu verhindern.

Allein man darf nicht übersehen, dass die Ursachen, welche das erste Mal die Verschuldung des Besitzes und damit die Proletarisierungsfahr herbeigeführt haben, bei unveränderten Besitz- und Bewirtschaftungsverhältnissen wirksam bleiben, ja mit dem Vordringen der kapitalistischen Wirtschaft an Gewalt beständig zunehmen, und dass daher aller Wahrscheinlichkeit nach binnen einer Reihe von Jahren sich wiederum die Notwendigkeit herausstellen wird, die neuerlich angewachsene Schuldenlast durch ausserordentliche Massnahmen, also durch abermalige Auswanderung zu tilgen. Dann aber haben wir es auch nicht mehr mit einem selbständigen bäuerlichen Wirtschaftsbetrieb zu tun. Indem der Grundeigentümer zur Erhaltung seines Besitzes genötigt ist — sei es selbst in längeren Zeitabständen — für eine Reihe von Jahren als Arbeiter auszuwandern, ist die Kapitalhörigkeit, der Verlust der selbständigen Produzentenrolle bereits für ihn zur Tatsache geworden. Dass dies nicht nur in formalem Sinne der Fall ist, ergibt sich ebenso aus der Erwägung, dass nunmehr die Möglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Betriebsmittel für den Landwirtschaftsbetrieb nicht so sehr von den Vorgängen auf dem Warenmarkt, wo dessen Produkte zum Verkauf gelangen, als von der Lage des Arbeitsmarktes, auf welchem der Grundbesitzer als Verkäufer von Arbeitskraft erscheint, abhängig ist, wie aus dem Umstand, dass dasselbe Individuum andererseits in der Entfaltung seiner Erwerbspersönlichkeit an seinem Grundbesitz alsbald weit mehr eine Hemmung als eine Stütze erfährt, da es dieser Grundbesitz ist, der ihn der vollen Freizügigkeit beraubt, seine Einbürgerung in dem Lande seiner Beschäftigung verhindert.

Mit der fortschreitenden Steigerung der Bodenpreise, mit der zunehmenden Verflechtung der Landwirtschaftsbetriebe in der Geldwirtschaft und dem Fallen der Kauf-

kraft des Geldes muss, bei sonst unveränderten Umständen, die Notwendigkeit einer wiederholten Auswanderung in immer kürzeren Zeitabständen auftreten. Andererseits werden die Ersparungsmöglichkeiten für die eingewanderten Arbeiter in Amerika trotz weitestgehender Bedürfnislosigkeit bei der dort in katastrophalem Ausmass fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel mit der Zeit notwendigerweise immer geringer. Es ist daher, zumal immer neue, entlegene und rückständigere Länder der temporären Auswanderung erschlossen werden, durchaus nicht wahrscheinlich, dass die konservierenden Wirkungen der Aus- und Rückwanderung selbst in dem heutigen Umfange noch sehr lange fortbestehen werden. So können wir die Rückwanderungsbewegung in ihrer heutigen Form und mit ihren spezifischen Wirkungen auf das Heimatland nur als eine vorübergehende Erscheinung ansehen, die einen entscheidenden dauernden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des Auswanderungslandes nicht besitzt. Am ehesten mögen dort, wo ohnehin Vorbedingungen und Tendenzen zu einer fortschrittlichen Weiterbildung der landwirtschaftlichen Produktion vorhanden sind, solche aus der Rückwanderung und dem auswärtigen Gelderwerb eine Belebung erfahren; namentlich in kleinen, isolierten Landesteilen, die wegen ihrer Abgeschlossenheit vom Weltverkehr den revolutionierenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft bisher wenig ausgesetzt waren, mag den Bewohnern durch die im Auslande gewonnenen Kenntnisse und vorzüglich durch das hereinströmende Bargeld der notwendig gewordene Uebergang von der althergebrachten zu intensiveren landwirtschaftlichen Betriebsformen, von der Natural zur Geldwirtschaft sehr erleichtert werden. In dieser Beziehung ist es gewiss bezeichnend und ein Massstab für die Begrenztheit der in der Rückwanderung liegenden Möglichkeiten sozialer Gestaltung, dass zum Beispiel die massenhafte temporäre Abwanderung aus den kontinentalen Agrargebieten Oesterreichs und Ungarns bisher noch nicht vermocht hat, der fortschreitenden Verschuldung des kleinbäuerlichen Grundbesitzes einen Damm zu setzen oder die Wirtschaftsformen sehr wesentlich zu beeinflussen, während im Gegensatz hierzu die in viel kleinerem Umfange vor sich gehende dalmatinische Auswanderung solche Wirkungen in bemerkenswertem Masse zeigt; von hier wird berichtet, dass die Auswanderergelder an vielen Orten zum Freikauf vom Kolonatsverhältnis, zu Investitionen, zur Begründung von lokalen Kreditinstituten und zur Entschuldung eine rationelle Verwendung erfahren haben. Die durchgreifendsten Erfolge weisen abermals die allerabgeschiedensten Teile des Landes (Pago u. a.) auf.

Im übrigen ist, wie wir gesehen haben, weder der Einfluss der zeitweiligen Schwankungen der Rückwanderung auf die jeweilige Lage der Arbeiterklasse noch deren dauernde Einwirkung auf die ökonomische Gesamtsituation des Auswanderungslandes eine grosse. Die gewaltige historische Bedeutung des Rückwanderungsphänomens liegt nicht so sehr in den direkten Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur, die von ihm ausgehen, als in den an anderem Orte zu behandelnden Umwälzungen der geistigen Verfassung der breiten, inmitten der Auflösung ihrer alten Existenzformen von der Auswanderungsbewegung ergriffenen kleinbäuerlichen und landproletarischen Schichten des südlichen und östlichen Europa. Hier stellt die überseeische Rückwanderung, mit der wir uns beschäftigt haben, nur einen Teilprozess innerhalb der viel grösseren allgemeinen Mobilisation der arbeitenden Bevölkerungsschichten dar, die die kapitalistische Produktionsweise bewirkt hat und die sich in zahlreichen gewaltigen Strömen proletarischer Wanderung auch über den ganzen Kontinent verbreitet. Ist die temporäre Ueberseewanderung innerhalb dieses Gesamtprozesses heute noch wegen der grossen räumlichen Entfernung und namentlich wegen der hier besonders extremen Spannung zwischen der ökonomischen Entwicklungsstufe der Aus- und Einwanderungsländer ein besonders auffallendes Teilphänomen, so wird sich doch mit zunehmender Annäherung der beiderseitigen Wirtschaftsformen und mit der stetig fortschreitenden weltwirtschaftlichen Verflechtung und Ausweitung auch der lokalen Arbeitsmärkte dieser Sondercharakter in Hinkunft stark verlieren.

Adele Schönberg: Der Antisemitismus in Russland

Spricht man vom Antisemitismus und seinen Erscheinungsformen in Russland, so denkt man wohl zuerst an die noch allen in Erinnerung stehenden blutigen Judenmetzereien in Kischinew, Bjalostok und anderen Städten, an die wüste Hetze der „Schwarzen Hunderte“, der „echt russischen Leute“, denen jeder Jude als Revolutionär und Staatsverräter gilt, und an den Antisemitismus der zarischen Regierung, der in einer weitverzweigten Ausnahmsgesetzgebung gegen die Juden einen Niederschlag gefunden hat. Doch nicht von diesem politischen, von „obenher“ kommenden Antisemitismus wollen wir hier sprechen, sondern von dem als Bewegung wirtschaftlichen Charakters von untenher aufsteigenden. Bezeichnenderweise beginnt sich der Antisemitismus in dieser Form auch in die Reihen selbst der fortschrittlichen russischen Intelligenz Eingang zu verschaffen, während sie sich bisher in ihrer Masse dem politischen Antisemitismus durchaus ferngehalten hat. Nun haben wir in jüngster Zeit eine antisemitische Blamage der russischen Intelligenz erlebt. Den Anstoss dazu hat kein anderer als Peter Struve gegeben, der ehemals als Sozialdemokrat, später als Führer des bürgerlichen Liberalismus galt und sich unaufhaltsam nach rechts entwickelt. Aus Anlass eines unbedeutenden Konflikts in der Petersburger Literatenwelt veröffentlichte er einen Artikel, worin er die russische Intelligenz auffordert, ihr „nationales Gesicht“ endgültig zu zeigen, das sich ja bereits zu offenbaren beginne, indem die Gefühle des „Anziehens“ und „Abstossens“, „die den nationalen Fragen meist anhaften“, sich „in den verschiedensten Schichten der russischen Bevölkerung“ in Bezug auf die Juden zu äussern beginnen. Damit war das Signal zu einer ganzen Reihe antisemitischer Gefühlsergüsse gegeben: Der hochmoderne mystische Dichter A. Bjely jammert über die „Terrorisierung“ der russischen Sprache durch die Juden, der progressive Novellist und Dramaturg Tschirikow, aus dessen Feder einst das erschütternde Drama „Juden“ hervorgegangen ist, lässt Worte wie die „Fremdherrschaft der Juden in der Literatur“ fallen, der sozialistende Verlag „Lebenswerte“ gibt die antisemitischen Schriften Dührings heraus und der ehemalige Sozialdemokrat — die „ehemaligen“ sind bekanntlich immer die schlimmsten — jetzt friedliche Syndikalist und sentimentale Genossenschaftler Posse lässt eine donnernde Philippika gegen die Juden los, in der er ihnen „Frechheit“, „Unverfrorenheit“, Verdrängung der Russen u. s. w. vorwirft. Gerade der Vorwurf der „Verdrängung“, des „Vorherrschens“ kehrt so oft wieder, dass die ökonomische, die wirtschaftliche Grundlage der antisemitischen Stimmung recht deutlich erkennbar ist. Andererseits unterliegt es auch keinem Zweifel, dass alle diese Klagen die Stimmung nicht nur der literarischen Kreise, sondern überhaupt der sogenannten „freien Berufe“ widerspiegeln, deren getreues Echo die liberale russische Presse in der Hauptsache ist. Welche reale soziale Verhältnisse dienen der antisemitischen Stimmung der russischen Intelligenz zur Grundlage?

Nach der letzten Volkszählung gab es im Jahre 1897 insgesamt zirka 300.000 Juden in den „freien Berufen“, das ist zirka 6 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung. Das entsprechende Verhältnis für die nichtjüdische Bevölkerung ist 0.61 Prozent. In den einzelnen Berufen schwankte die Teilnahme der Juden zwischen 8.44 Prozent (juristische Tätigkeit) und 25.93 Prozent (pädagogische Tätigkeit). In den einzelnen Unterabteilungen der Berufe ist aber die Anzahl der Juden noch viel grösser, da sie von manchen anderen — zum Beispiel der Professur oder der militärärztlichen Laufbahn — ganz ausgeschlossen sind. Diese Zahlen liegen um 13 Jahre zurück, seitdem ist der Prozentsatz der Juden in den „freien Berufen“ sicherlich noch gestiegen, besonders aber seit 1905, als den Juden einige Jahre lang eine grössere Bildungsmöglichkeit offenstand, die Aufnahme in die Hochschulen erleichtert wurde, spezielle jüdische Mittelschulen und Fachschulen entstanden u. s. w. Unter dem Druck der Reaktion ist aber in den letzten Jahren das Betätigungsfeld für jede kulturelle Arbeit bedeutend ver-

engt worden; auf diesem verengten Feld ringt nun eine grössere Anzahl von Konkurrenten denn je ums tägliche Auskommen. So mehren sich die Fälle, wo der russische Intellektuelle im Kampf ums Dasein auf einen jüdischen Konkurrenten stösst — und da haben wir den Boden, auf dem die antisemitischen Stimmungen so gut gedeihen. Sie sind aber dem politischen Antisemitismus bislang noch abhold: die Ausnahmsgesetzgebung gegen die Juden, ihre Beschränkung im Niederlassungsrecht und in der Berufswahl finden nach wie vor nicht den Beifall selbst dieser antisemitisierenden Intelligenzschichten, während sie doch scheinbar in ihrem Interesse liegen. Im Gegenteil — die Gleichberechtigung der Juden gilt ihnen als Ventil, durch das die von Juden „gesättigten“ Berufe von ihnen entlastet werden können. Man sieht: der wirtschaftliche Antisemitismus braucht mit dem politischen gar nicht identisch zu sein. Um so lieber drapiert er sich aber in die edle Toga der Vertretung der Interessen russischer Kultur, die vor der „Fremdherrschaft“ gerettet werden soll; doch verbergen sich unter dieser Toga nur die dürren Knochen des Konkurrenzneides.

Die zweite soziale Schichte, die Trägerin des wirtschaftlichen Antisemitismus wurde, ist das Kleinbürgertum. Hier erscheint das ökonomische Gerippe in seiner ganzen unverhüllten Nacktheit, denn die Kleinbourgeoisie kämpft nicht um „die heiligsten Güter der Nation“, sondern eben um recht greifbare materielle Interessen. Der Ursprung des kleinbürgerlichen Antisemitismus ist in Russland in den Hauptzügen der gleiche wie in Westeuropa, zum Beispiel in Deutschland und Oesterreich: das Vordringen des Kapitals erschwert immer mehr das Fortkommen kleinbürgerlicher Existenzen und der Jude wird zum Bock, der für die Sünden des Kapitalismus aufkommen soll. Doch liegen im Vergleich zu Europa die Dinge in Russland insofern anders, als das Vordringen des Kapitalismus hier zwar nicht so rasch vor sich geht, dafür aber die Kleinbourgeoisie unter den Folgen der lange anhaltenden Wirtschaftskrise einerseits und der revolutionären Bewegung andererseits stark zu leiden hatte. Ein weiterer Unterschied von den westeuropäischen Verhältnissen liegt darin, dass in Russland die Juden in weit geringerem Masse Vertreter des Finanzkapitals sind als dort. Das Schlagwort: „der Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls“ kann hier deshalb keine Anwendung finden, weil die russischen (und russischpolnischen) Juden in ihrer Hauptmasse selbst dem Kleinbürgertum angehören. So führt das russische und polnische Kleinbürgertum den Kampf gegen die Juden im Rahmen seiner eigenen Klasse, es führt ihn gegen seinen eigenen Klassengenossen. Einige Zahlen zur Illustration des Gesagten: Von den in der Volkszählung von 1897 als „selbständig“ bezeichneten 1,205.000 Juden (männlichen Geschlechts) waren 33,87 Prozent — etwas über 408.000 — im Handel beschäftigt. Ein geradezu ungeheuerliches Verhältnis, besonders wenn man sieht, dass bei anderen Völkern Russlands der Prozentsatz selbständiger Handelsleute niemals 4,66 — bei den Grossrussen — überschreitet! Dabei muss aber ganz besonders betont werden, dass mindestens die Hälfte dieser 408.000 selbständiger jüdischer Handelsleute den allerniedrigsten Schichten der Kleinbourgeoisie angehört, dass ihr Handels„kapital“ häufig kaum ein paar Rubel beträgt, kurz, dass sie in ihrer ganzen Lebensweise schlecht entlohnten Proletarierschichten am nächsten stehen, da sie infolge der erbitterten Konkurrenz, die sich in den überfüllten Städten und Städtchen der „Tscherta“* abspielt, sich mit einem lächerlich geringen Verdienst zufrieden geben müssen. Von den 1,205.000 selbständigen Handelsleuten in Russland bilden die Juden zirka 33 Prozent; auf die Bevölkerung der „Tscherta“ berechnet, würde der Anteil der Juden an der Zahl selbständiger Handelsleute mehr als doppelt so hoch steigen. Es ist von zuverlässiger Seite berechnet worden, dass zirka 60 Prozent der jüdischen Handelsbevölkerung sozial überflüssig sind. Man stelle sich vor, welche Höhe der Erbitterung der Konkurrenzkampf innerhalb der Kleinbourgeoisie der „Tscherta“ unter diesen Umständen erreicht haben muss!

In Uebereinstimmung mit dem Gesagten sehen wir, dass in den rein russischen Gegenden, wo kleine jüdische Handelsleute gar nicht und jüdische Handwerker nur vereinzelt und unter strenger polizeilicher Kontrolle sich dauernd aufhalten können, die Formen des ökonomischen Antisemitismus bedeutend mildere sind: sie gehen in der

* Das Gebiet des Niederlassungsrechtes der Juden.

Regel nicht über Bittschriften an die Behörden hinaus, sie mögen doch den jüdischen Handwerkern etwas schärfer auf die Finger sehen. Dort sind eben die Reihen des Kleinbürgertums nicht so etark überfüllt, auch sind die Wirkungen des Kapitalismus auf dasselbe noch nicht so verderblich. Es ist kein Zufall, dass der wirtschaftliche Antisemitismus gerade in Polen am aktivsten auftritt, wo einerseits die Juden einen bedeutenden Bruchteil — oft über 40 Prozent — der städtischen Bevölkerung bilden und wo andererseits die kapitalistische Entwicklung bereits eine hohe Stufe erreicht hat. Hier helfen keine Bittschriften mehr, hier muss das Kleinbürgertum eben zur Selbsthilfe greifen. „Kauft nicht bei Juden! Kauft bei Polen!“ — im Zeichen dieses Rufes steht jetzt die polnische Presse. „Wir müssen die Juden vor allem auf wirtschaftlichem Boden bekämpfen, denn es ist das beste Mittel, sie aus dem Lande zu drängen.“ Wie die Pilze nach dem Regen, so schiessen jetzt überall, insbesondere natürlich im Handel, polnische Konkurrenzunternehmen empor, die von polnischen Banken finanziert werden, polnische Syndikate, polnische Spar- und Kreditvereine, Versicherungsgesellschaften, Käufer- und Konsumvereine. Ganz besonders die letzteren, die sich in hohem Masse der Gunst und tatkräftigen Unterstützung der katholischen Geistlichkeit erfreuen, gewinnen einen immer ausgesprocheneren antisemitischen Charakter. Am lebhaftesten ist hieran die „Narodowa Demokracja“ im Verein mit der Geistlichkeit beteiligt. So hat zum Beispiel der 80.000 Mitglieder zählende „Katholische Verband“ bereits über 70 Konsumvereine, die ihre Spitze gegen die Juden richten, gegründet. Das Ziel der „Verdrängung der Juden aus dem Lande“ wird auf diese Art glänzend erreicht: noch nie hat die Auswanderung alteingessener polnischer Juden so grosse Dimensionen angenommen und ihre Welle ist in fortwährendem Steigen begriffen.

Die Genossenschaften, als Waffe des Antisemitismus, weisen auch in anderen Gegenden der „Tscherta“ eine steigende Tendenz auf, wenn auch ihre Entwicklung hinter der polnischen Bewegung weit zurückbleibt. In letzter Zeit haben sich auch die „echt russischen Leute“ der Genossenschaftsbewegung angenommen, wobei sie es besonders auf die Bauern abgesehen haben: Raiffeisenkassen, Heimarbeitergenossenschaften, genossenschaftliche Getreidespeicher, Brandkassen werden sämtlich dem gleichen Ziel dienstbar gemacht und auf mehreren Genossenschaftskongressen in Südwestrussland und Litauen hatten die „Echtrussen“ eine offizielle Vertretung.

Eine besondere Form des ökonomischen Antisemitismus ist der Kampf gegen jüdische Lieferanten und Submissionsunternehmer für den Fiskus, die städtischen und ähnliche Institutionen. Die Kiewer Echtrussen waren die ersten, die hier aktiv vorgegangen sind. Sie haben es durchgesetzt, dass bedeutende Lieferungen und Bestellungen den jüdischen Kaufleuten und Firmen entzogen und dem „echtrussischen Verband“ zugewendet wurden, der zu ihrer Ausführung spezielle Werkstätten errichtete. Nun haben die in letzter Zeit stattgefundenen Revisionen der Militärintendantur, einiger Eisenbahnen und andere bekanntlich einen ganzen Augiasstall von schweren Missbräuchen der Beamten und der Lieferanten aufgedeckt. So oft nun ein jüdischer Lieferant auf unsauberen Wegen ertappt wurde, gab es in der „patriotischen“ Presse jedesmal ein grosses Hallo, und der Fall wurde weidlich zur Propaganda der Hintansetzung der Juden und der Bevorzugung der „nationalen“ Industrie und des „nationalen“ Handels ausgenutzt. Die Fälle aber, wo die „Echtrussen“ als Langfinger erwiesen wurden, wurden selbstverständlich verschwiegen.

Ein Kapitel für sich ist der in die Arbeitermassen getragene Antisemitismus. Dieser beruht auf der unbestreitbaren Tatsache, dass das jüdische Proletariat dem Proletariat anderer Nationen in der „Tscherta“ (ausgenommen etwa Polen) an Intelligenz, Organisationsdrang, Kampflust, kurz an Klassenbewusstsein bedeutend überlegen ist. Hier ist es nun niemand anderer als das jüdische Unternehmertum selbst, das dem Antisemitismus den Boden ebnet, indem es vielfach (was auch in Fabrikinspektionsberichten erwähnt wird) auf der Suche nach willigen Arbeitskräften seine bisherigen jüdischen Arbeiter durch andere ersetzt und so die Proletarier der verschiedenen Nationen gegeneinander ausspielt. Den Rekord hierin haben wohl die Unternehmer der nordwestlichen Lederindustrie geschlagen, die sich während der Aussperrung der Gerber 1908 bis 1909 durch den „Echtrussischen Verband“ aus Zentralrussland

Streikbrecher kommen liessen. Wie verhängnisvoll solche Anfänge auf die Entwicklung einer gesunden, auf die Solidarität und Interessengemeinschaft der Proletarier aller Nationen beruhenden Arbeiterbewegung werden können, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

Die Regierung hat auch dem wirtschaftlichen Antisemitismus manches Entgegenkommen bewiesen, was ja bei ihrer innern Seelenverwandtschaft nicht wundernehmen darf. Wir verweisen nur auf das Gesetz über den Normalarbeitstag der Handelsangestellten, das in der dritten Dumasession von Duma und Reichsrat angenommen wurde und durch Festsetzung einer obligatorischen Sonntagsruhe dem jüdischen Handel eine zweieinhalb tägige allwöchentliche Ruhepause aufzwingt, wodurch die russischen Kaufleute einen ungeheuren Vorsprung gegenüber ihren jüdischen Konkurrenten haben. Dass diese Massregel eine schwere Schädigung nicht nur des jüdischen Handels, sondern auch der jüdischen Handelsangestellten bedeutet, erhöht nur noch ihre Bedeutung.

Rundschau

Ein Problem der Demokratie

Der niederösterreichische Landesparteitag hat die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen auf ein wichtiges Problem unseres inneren Parteilebens gelenkt. Im Deutschen Reiche werden alle Probleme der Parteitaktik in grossen Parteiversammlungen debattiert; die Parteigenossen sprechen ihre Ansicht über alle wichtigen Probleme des Parteilebens in Resolutionen aus, die oft nach langen erbitterten Redeschlachten beschlossen werden; jedem Parteitag, jeder Wahl eines Delegierten zum Parteitag gehen solche Diskussionen voraus und jeder Berichterstattung der Parteitagsdelegierten folgen sie; die Parteipresse veröffentlicht ausführliche Berichte über die inneren Kämpfe in der Organisation. Und diese inneren Kämpfe in der Partei haben das Wachstum der Organisation nicht verhindert. Die deutsche Sozialdemokratie verfügt heute über eine Organisation, der keine andere Partei der Welt Gleichwertiges zur Seite zu stellen vermag! In Oesterreich dagegen ist das innere Leben in unseren Parteiorganisationen sehr dürftig. Die Fragen, die die österreichischen Arbeiter interessieren — Hat das gleiche Wahlrecht der Arbeiterklasse genützt? Ist zur Abwehr der Teuerung genug geschehen? Ist unsere Reichsratsfraktion um die Erhaltung des Parlaments nicht allzusehr besorgt? Soll der Gewerkschaftskonflikt friedlich beigelegt oder durchgekämpft werden? Entspricht die Schreibweise der Parteipresse unseren Bedürfnissen? — solche Fragen werden sehr selten vor der Gesamtheit der Parteimitglieder diskutiert.

Die praktischen Vorteile der reichsdeutschen Methode wurden auf dem Landesparteitag hervorgehoben: Sie macht das Leben in der Organisation interessanter und erleichtert dadurch

die Werbung und das Festhalten der Parteimitglieder; sie weckt das Bildungsbedürfnis der Parteigenossen; sie zeigt ihnen den Wert der Parteimitgliedschaft, indem sie allen politisch organisierten Genossen, aber auch nur ihnen das Recht einräumt, die Politik der Partei mitzubestimmen; sie stellt die Genossen vor ernste sachliche Fragen und lässt dadurch persönlichem Gezänk weniger Raum; sie macht alle Erscheinungen, die Unzufriedenheit erwecken, zum Gegenstand der Diskussion in der Parteiorganisation selbst und verhindert dadurch, dass die Unzufriedenen ihrem Unmut ausserhalb der Organisation in unfruchtbarer Nörgelei am Wirtshaustisch und in der Werkstätte Ausdruck verleihen. Aber damit sind die Vorzüge der reichsdeutschen Methode nicht erschöpft: sie erst macht die Sozialdemokratie zu einer wahrhaft demokratischen Partei, zu einer grossen Schule demokratischer Selbstbestimmung!

Die Demokratie im Staate ruht nicht nur auf dem Wahlrecht. Vielmehr gibt erst die Diskussion, die während jedes Wahlkampfes in Zeitungen und Versammlungen geführt wird, dem Wahlrecht seinen Sinn. Allgemeines Wahlrecht ohne Press- und Versammlungsfreiheit wäre wertlos! So auch in der Partei. Gewiss, unsere Parteiorgane — die Organisationsausschüsse, die Parteitagsdelegierten, die Parteivertretung, die Kandidaten für öffentliche Vertretungskörper — werden von den Parteimitgliedern gewählt. Aber ihr Wahlrecht bekommt erst dann einen Sinn, wenn der Wahl eine Diskussion in der Parteimitgliedschaft vorausgeht. Dann erst werden die Parteimitglieder aus der Masse der Genossen bei jeder Wahl den Mann oder die Frau aussuchen, dessen Ansichten über aktuelle Parteifragen denen der Mehrheit der Parteimitglieder entsprechen. Dann erst ist die Partei nicht

mehr eine geführte Masse, sondern ein demokratischer Körper, der seine Aktion selbst bestimmt.

Dieses demokratische Ideal kann freilich nur allmählich, schrittweise erreicht werden. Die wahre Demokratie ist ein Erziehungsprodukt; verliehen kann sie nicht werden. Aber man muss ins Wasser gehen, um schwimmen zu lernen! Wir haben, als es not tat, belgisch und russisch reden gelernt. Wir werden es auch erlernen, offen und mutig deutsch zu reden. O. B.

Weltwirtschaft und Weltpolitik

Die Teuerung ist von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgegangen. Solange sie wachsende Massen von Lebensmitteln auf die europäischen Märkte werfen konnten, sanken die Lebensmittelpreise. Indessen sind sie zu einem gewaltigen Industriestaat geworden, dessen schnell wachsende Bevölkerung den grössten Teil der heimischen Lebensmittelproduktion selbst verzehrt. Ihr Lebensmittelexport stockt. Auf dem Weltmarkt steigt das Angebot langsamer als die Nachfrage. Die Preise steigen. Wie das schnelle Steigen der amerikanischen Getreideausfuhr in den Siebzigerjahren auf dem europäischen Festlande den Uebergang vom Freihandel zum Schutzzollsystem herbeigeführt hat, so wird auch das Stocken des amerikanischen Lebensmittelexports überall grosse Umwälzungen herbeiführen.

In den Vereinigten Staaten selbst war in der vergangenen Periode der grossen Lebensmittelausfuhr die Lage der Arbeiter überaus günstig. Einerseits war es den Arbeitern noch leicht möglich, in der Landwirtschaft wirtschaftliche Selbständigkeit zu erringen; durch den Uebergang der Arbeiter in die Klasse der Farmer wurde der Arbeitsmarkt geleert, die Löhne stiegen. Andererseits waren die Lebensmittelpreise dank der schnellen Expansion der Landwirtschaft niedrig. Hohe Löhne, niedrige Lebensmittelpreise, leichter Uebergang in das Farmertum — unter diesen Umständen konnte der Sozialismus in Amerika nicht gedeihen. Heute ist die Lage verändert: da unbebauter Boden nur noch in verhältnismässig geringer Menge vorhanden, ist der Uebergang in das Farmertum erschwert, der Arbeitsmarkt ist überfüllt, die Löhne sinken; da die Expansion der Landwirtschaft stockt, sind die Lebensmittel teuer. Die Unzufriedenheit der amerikanischen Arbeiter hat bei den letzten Wahlen den Sieg der Demokraten über die Republikaner herbeigeführt. Mag auch diese politische Wendung zunächst keine wichtigen Veränderungen in der Gesetzgebung herbeiführen, so ist sie doch als ein Symptom wachsender Unzufriedenheit zu beachten. Unter solchen Umständen gewinnt der Wahlsieg des Genossen Berger, der als erster

Sozialdemokrat in das Repräsentantenhaus einzieht, symptomatische Bedeutung.

In England bauen die Liberalen auf diese Tatsache ihre Hoffnung für die kommenden Wahlen. In einer Zeit, in der die Teuerung überall den Widerstand gegen das Schutzzollsystem weckt, werden die englischen Arbeiter wohl nicht wünschen, ihre Lebenshaltung durch Einführung von Zöllen auf Lebensmittel zu verschlechtern.

Andererseits können sich aber auch die englischen Schutzzöllner auf die veränderte Weltmarktlage berufen. Da die Vereinigten Staaten den Lebensmittelbedarf der Welt nicht mehr decken können, wächst die Bedeutung der Getreide und Fleisch erzeugenden Kolonien Englands. Kanada und Australien werden ihre Lebensmittelproduktion schneller als bisher ausdehnen können; es wird daher auch ihre Kaufkraft für europäische Industrieprodukte schneller als bisher steigen. Der Plan, Englands Kolonien mit dem Mutterlande durch einen Reichszollverein enger zu verknüpfen, gewinnt wachsende Bedeutung. Diese Tatsache stärkt in England die Unionisten.

Zugleich erstarkt das Bedürfnis, neue Getreideländer zu erschliessen. Das Interesse für Vorderasien, die Kornkammer der Zukunft, wächst. Jeder Fortschritt im Bau der Bagdadbahn steigert seine Bedeutung für die europäische Lebensmittelversorgung: heute schon wird, obwohl erst ein sehr kleiner Teil Vorderasiens durch den Bahnbau erschlossen ist, Konstantinopel mit kleinasiatischem Getreide versorgt, während es noch vor wenigen Jahren auf russisches Getreide angewiesen war. Die Bagdadbahn wird aber von deutschem Kapital gebaut. Da deutsches Kapital vom Westen her nach Vorderasien eindringt, sucht sich England im Osten ein Einfallstor zu schaffen. Es sichert sich im Bunde mit Russland die Herrschaft über den Süden Persiens. Der Gegensatz zwischen England, Russland, Frankreich auf der einen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der anderen Seite wird durch den Interessengegensatz in Vorderasien verschärft. Die beiden Staatengruppen kämpfen heute um Einfluss in der Türkei. Frankreich verweigert der Türkei eine Anleihe, da sie seine Bedingungen nicht erfüllen will; Deutschland gewährt der türkischen Regierung die Anleihe, um sie an sich zu ketten. Die Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze wirkt in England für den Imperialismus, wodurch die Wahlchancen der Liberalen verschlechtert, die Aussichten der Schutzzöllner verbessert werden. Der Kampf Englands und Frankreichs gegen die Türkei er-

schwert die Lage der Jungtürken und erweckt neue Hoffnungen in den christlichen Balkanvölkern, die zur Erneuerung der mazedonischen Bandenkämpfe führen.

In den Staaten des europäischen Festlandes steigert die Teuerung die Unzufriedenheit der Volksmassen. Sie wirkt in Portugal und Spanien für die revolutionäre Aktion, in Frankreich verschärft sie mit den gewerkschaftlichen Kämpfen den Klassengegensatz, der das Ministerium Briand in ein Ministerium der sozialen Reaktion verwandelt, in Deutschland verschärft sie die Empörung gegen die Junkerherrschaft, die im preussischen Wahlrechtskampf, in den sozialdemokratischen Wahlsiegen, in der Revolte von Moabit zum Ausdruck kommt.

In Oesterreich hat die Sozialdemokratie diese Situation in grossen Massendemonstrationen gegen die agrarische Teuerungspolitik ausgenützt. Die Bedeutung dieser Aktion liegt nicht in ihren

unmittelbaren Erfolgen, die ja nur klein sein können, da Zölle und Handelsverträge bis 1917 nicht ohne Zustimmung Ungarns geändert werden können; sie liegt vielmehr darin, dass die ganze Bevölkerung wirtschaftspolitisch denken, die Bedeutung der Zoll- und Handelsgesetzgebung verstehen lernt. Die Situation von 1906, in der der agrarische Zolltarif unter völliger Teilnahmslosigkeit der ganzen Bevölkerung beschlossen wurde, wird sich im Jahre 1917 nicht wiederholen. Die Erfolge der Aktion sind schon jetzt sichtbar: die bürgerlichen Vertreter der Städte und Industriegebiete rücken von den Agrariern ab, das agrarische Lager selbst wird durch die von Pantz und Hoffmeister geleitete Bewegung der „Hörndlbauern“ gegen die „Körndlbauern“ gespalten, die Agrarier, die bei der Erledigung des Ermächtigungsgesetzes noch in der Offensive waren, sind durch die Fleischnot in die Defensive gedrängt.

Bücherschau

Gewerkschaftsgeschichte

Die österreichische Gewerkschaftsgeschichte ist wieder um ein wertvolles Bändchen bereichert worden. Aus Anlass des zwanzigjährigen Bestandes der Wiener Tapeziererorganisation erschien im Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp. eine sehr instruktive Schrift „Zwanzig Jahre Tapeziererorganisation 1890 bis 1910“, verfasst von Anton Grolig und Karl Weigl. Die Verfasser führen uns in die Frühzeit der österreichischen Arbeiterbewegung zurück. Als in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre die Wiener Arbeiter darangingen, sich zum Kampfe für eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu organisieren, begann es sich auch unter den Tapezierergehilfen zu regen. Im Frühling des Jahres 1868 fand eine Versammlung der Wiener Tapezierergehilfen statt, die sich mit den schlechten Arbeitsverhältnissen ihres Gewerbes befasste und einige Forderungen zum Schutze der Arbeiter aufstellte. Eine zweite Versammlung, die bald darauf abgehalten wurde, beschloss die Gründung eines Fachvereines. Dieser Verein erfreute sich indes keines langen Lebens. Als nach dem Hochverratsprozess im Jahre 1870 die Wiener Gewerkschaften von der Regierung aufgelöst wurden, verfiel auch der Fachverein der Tapezierer dieser Massregel. Ein neuer Verein wurde gegründet; er führte im Frühjahr des Jahres 1872 einen mannhaften Kampf gegen die Unternehmer, ohne freilich einen allzu grossen Erfolg erringen zu können. Immerhin wäre es möglich gewesen, im Laufe der Zeit noch so manche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, wenn die Organisation nicht in ein falsches Fahrwasser geraten wäre. Dies war der Fall mit der von grossen Hoffnungen begleiteten Gründung der „Ersten Arbeiter-

Produktivassoziation der Tapezierer in Wien“ Die Arbeiter vermeinten, mit dieser Genossenschaft in die Lage versetzt zu werden, Streikenden Arbeitsgelegenheit zu geben. Die Produktivgenossenschaft erschien ihnen aber vor allem als das wunderwirkende Mittel, die Genossenschaftsmitglieder mit einem Schlage von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise zu befreien. Die schönen Hoffnungen erfüllten sich nicht. Eine mangelhafte Geschäftsleitung und die Disziplinelosigkeit der Mitglieder wirkten gleicherweise zusammen, um die Produktivgenossenschaft schon nach wenigen Jahren dem Ruine zuzuführen. Dieser Krach fügte auch der gewerkschaftlichen Bewegung der Tapezierer schwere Schädigungen zu. In den nächsten Jahren siechte die Tapeziererorganisation kümmerlich dahin. Sie konnte sich selbst dann nicht erholen, als die meisten anderen Gewerkschaften wieder einige Fortschritte zu erzielen vermochten. Am 1. Oktober des Jahres 1881 ging der Fachverein vollends ein, sein Mobiliar wurde veräussert.

Erst gegen Ende der Achtzigerjahre gelingt es wieder, eine Tapeziererorganisation zu schaffen. Vorerst erstand eine Unterstützungskasse, die aber bald durch die Gründung eines modernen Fachvereines überholt wurde. Interessant ist, dass die Gründung des Fachvereines von manchen Unternehmern nicht ungerne gesehen wurde. Sie erhofften mit Recht vom Fachverein, dass er gegen die Schmutzkonkurrenz im Gewerbe ankämpfen und auch die fachliche Ausbildung der Gehilfen verbessern helfen werde. Der Genossenschaftsvorsteher August Krönitz schickte an die Proponenten des Vereines ein sehr herzliches Begrüssungsschreiben. Dieses gute Einvernehmen hielt freilich nicht lange an. Bereits im Jahre 1893 standen sich Gehilfen und Meister wieder in erbitterter Gegnerschaft gegenüber

Die Gewerkschaft erhob die Forderung auf Einführung des Neunstundentages und Festsetzung eines Minimallohnes. Die Unternehmer widersetzten sich, so dass ein Zusammenstoss unvermeidlich wurde. Im Herbst des Jahres 1894 kam es zu einem allgemeinen Wiener Tapeziererstreik, der den Gehilfen einen vollen Erfolg brachte. — Inzwischen war auch die Organisationsform der Gewerkschaft geändert worden. Aus dem Wiener Lokalverein wurde im Jahre 1893 ein Landesverein der Tapezierer für Niederösterreich. Einige Monate nach dieser Umwandlung trat die Tapezierergewerkschaft dem Verband der Holzarbeiter bei. Nun war der Weg zu noch rascherer und zielsicherer Entwicklung frei. Die gewerkschaftliche Bewegung der Tapezierergehilfen dehnte sich über den Rahmen des Kronlandes hinaus, bald war sie ein Faktor geworden, mit dem die Unternehmer des Tapezierergewerbes im ganzen Reiche zu rechnen hatten. Das drückte sich auch in der äusseren Form der Organisation aus, indem ein Reichsverein geschaffen wurde. Als im Jahre 1898 ein Rückgang in dieser Gewerkschaft sich bemerkbar machte, ordnete sich der Reichsverein dem Verband der Holzarbeiter, dem er bis dahin als selbständiges Glied angehört hatte, vollständig ein. Der nachfolgende Aufschwung der Organisation rechtfertigte diesen Schritt auf das glänzendste. In den Jahren 1905 und 1906 hatte die zentralisierte Organisation die Feuerprobe zu bestehen. Die Tapezierergehilfen hielten im Kampfe mit der bereits mächtig gewordenen Unternehmerorganisation wacker stand, so dass Kollektivverträge für die einzelnen Branchenkategorien abgeschlossen werden konnten, die unter den gegebenen Umständen als durchaus vorteilhaft betrachtet werden mussten. Noch schwerer war der grosse Kampf, der im Jahre 1908 mit dem Streik der Wiener Tapezierer begann und im folgenden Jahre als Aussperrung weitergeführt werden musste. Auch diesen Krieg haben die Tapezierer ehrenvoll bestanden. Die Verfasser haben wohl recht, wenn sie die Kämpfe der Tapezierergehilfen in den Jahren 1894, 1906, 1908 und 1909 als ein Ruhmesblatt in der Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen.

Wir sind der flott geschriebenen Darstellung, von der wir nur gewünscht hätten, dass sie die Zusammenhänge zwischen der Tapezierergewerkschaft und den übrigen Organisationen der Arbeiter etwas besser beleuchtet hätte, mit grossem Interesse gefolgt. Es scheint uns gewiss, dass auch Nichtangehörige des Tapezierergewerbes aus dem Büchlein Beachtenswertes erfahren können.

J. D.

Wohnungsfrage

Obdachlosenfürsorge in deutschen Städten. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt München. München 1910. J. Lindauersche Buchhandlung (Schöpping). Preis 25 Pf.

Das Münchner Statistische Amt fasst in dieser kleinen Schrift das Ergebnis einer zweimaligen Rundfrage an alle deutschen Städte mit über 150.000 Einwohnern und alle bayrischen Städte mit mehr als 60.000 Einwohnern tabellarisch zusammen. Die Rundfrage suchte alles zu erfassen, was von diesen Städten gegen die Erscheinung der Obdachlosigkeit vorgekehrt wurde. Das ist nicht gelungen. Vor allem geht aus den Tabellen nicht hervor, wie gross der Belegraum der einzelnen Asyle ist. Es ist nur die Zahl der Nächte angegeben, die im Asyl im Jahre 1908 von Obdachlosen zugebracht wurden, was ein selbständiges Urteil über den Umfang der Obdachlosigkeit und darüber, ob die bestehenden Einrichtungen auch ausreichen, nicht zulässt.

Darin ist man auf das Urteil der Leiter der Asyle angewiesen, denen auch eine Frage vorgelegt wurde, ob die vorhandenen Obdachlosenhäuser ausreichen. Diese Frage beantworteten mit nein Berlin, Hamburg, München, Köln (für ein nichtstädtisches Asyl), Nürnberg (für drei nichtstädtische Asyle), Düsseldorf (für zwei nichtstädtische Asyle), Stuttgart, Altona und Magdeburg (für je ein solches) und Halle a. S., Kiel, Schöneberg und Würzburg für je ein städtisches Asyl. In den übrigen von den 38 befragten Städten reichen die bestehenden Einrichtungen aus oder, wie in Dresden, notdürftig. Für Oesterreich, das kein einziges städtisches Asyl besitzt, hat ein Ergebnis der Umfrage wohl besonderes Interesse. Von den 38 befragten deutschen Städten können 32 mitteilen, dass sie sich schon zu der sozialen Pflicht bekannt haben, Obdachlosenasyle zu errichten. Eine Stadt — Kiel — hat eine Obdachlosenbaracke und die übrigen fünf Städte haben mit Herbergswirten oder Vereinen Uebereinkommen getroffen oder sie haben in ihren Armen- und Polizeihäusern gesonderte Räume für die Obdachlosen, das heisst alle 38 deutschen Städte, die befragt wurden, haben eine tatsächliche Obdachlosenfürsorge. In 14 Städten, den grösseren, gibt es auch noch von Vereinen begründete Asyle. Der Vergleich in dieser Richtung fällt also auch für Oesterreich schlecht aus. Auch sonst enthält das reiche Ziffernmateriale manches in der ewigen österreichischen Obdachlosendiskussion Wertvolle.

mw.

Berichtigung

In den Artikel des Genossen Gruber (Linz) über die „Wandlungen in der oberösterreichischen Landwirtschaft“ haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. So soll es auf Seite 79, Zeile 7 von unten, statt „auf je 100 Bewohner“ richtig „auf je 1000 Bewohner“, ferner auf Seite 80, Zeile 5 von unten, statt „Getreidehändler“ richtig „Getreideländer“, endlich auf Seite 81, Zeile 15 von oben, statt „Handmüllerei“ richtig „Handelsmüllerei“ heissen.